

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG
JAHRESBERICHT 2001



INHALT

Vorwort des Vorstandes	3
Nachhaltige Entwicklung und Internationale Strukturpolitik	6
Zukunft der Arbeit und des Sozialen	11
Geschlechterdemokratie und Frauenpolitik	13
Migration und Demokratische Partizipation	16
Menschenrechte, Zeitgeschichte und Zukunft der Demokratie	22
Kunst, Kultur und Neue Medien	29
Bildung und Wissenschaft	33
Studienwerk	36
Feministisches Institut	38
Grüne Akademie	40
Archiv Grünes Gedächtnis	41
Aus der Stiftung	43
Projektpartner im Ausland	46
Gremien	51
Finanzen und Personal	52
Adressen	58
Organigramm	61
Publikationen	62
Förderkreis	63

IMPRESSUM [] Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung e. V. [] Redaktion: Susanne Dittrich, Bernd Rheinberg [] Texte: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung [] Umschlag: Das Tibetan Institute of Performing Arts (TIPA) auf dem Berliner Karneval der Kulturen 2001, fotografiert von Lars Küttner [] Fotos: Bettina Keller (S. 5, 43, 44), Bildschön (S. 6, 8, 27), Ute Sprenger (S. 7 u.), Gabriele Senft (S. 10), Eva Häberle (S. 13), Manfred Kraft (S. 18, 42 I, 45), Francisco Conde (S. 20), Dagmar Morat (S. 25), Lars Küttner (S. 21), Matthias Fechter (S. 27 o.), Tina Tschirch (S. 33) [] Das Gedicht von Faraj Bayrakdar wurde übersetzt von Adel Karasholi [] Gestaltung: blotto, Berlin [] Papier: 100% Altpapier, chlorfrei gebleicht [] Auflage: 2750 [] Stand: 1. Juli 2002 [] Dieser Bericht ist kostenlos erhältlich bei der Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Straße 40/41, 10178 Berlin, Telefon 030-28534-0, Fax 030-28534-109, E-mail: info@boell.de, Internet: www.boell.de

VORWORT DES VORSTANDES

POLITISCHE BILDUNG ZWISCHEN DEM 11. SEPTEMBER UND DEM 26. AUGUST

Kein Ereignis der letzten Jahre hat unsere internationale Bildungsarbeit so schlagartig und umfassend beeinflusst wie die Terrorakte vom 11. September sowie die darauf folgende Erklärung des „Bündnisfalls“ im Rahmen der NATO und die militärische Intervention in Afghanistan, zumal diese Ereignisse sowohl innerhalb der Stiftung wie bei unseren Partnern in aller Welt auf ein geteiltes Echo stießen. In einer Gesprächsreihe sind wir schon unmittelbar nach den Anschlägen in den USA den Interpretationen und den Auswirkungen dieses Ereignisses auf die Weltpolitik nachgegangen. In unserem Internetauftritt www.boell.de haben wir ein umfangreiches Dossier „Nach dem 11. September“ eingerichtet, das Berichte, Analysen und Hintergründe bietet. Parallel zu den Petersberger Gesprächen, bei denen der Fahrplan zur Errichtung einer post-Taliban Regierung festgelegt wurde, veranstaltete die Stiftung die erste Konferenz zur Entwicklung der Zivilgesellschaft in Afghanistan. Die Heinrich-Böll-Stiftung wird sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten am Aufbau einer Zivilgesellschaft in Afghanistan beteiligen – und zwar vor allem in den Bereichen Frauenförderung, Medien und Bildung. Gute Kontakte gibt es schon länger; u. a. machte das Feministische Institut der Stiftung im Jahr 2000 mit einer Veranstaltung auf die Situation der Frauen und Mädchen in Afghanistan aufmerksam.

Weiterhin ganz oben auf unserer Agenda steht der „World Summit on Sustainable Development“, der am 26. August in Johannesburg beginnt. Die zehntägige Konferenz wird zehn Jahre nach dem Weltgipfel in Rio de Janeiro zeigen, ob das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung im kommenden Jahrzehnt eine Chance hat. Der Konflikt um das Kyoto-Protokoll zur Eindämmung der Treibhausgase hat gezeigt, wie brüchig das Fundament der globalen Umweltpolitik ist. Dennoch bietet die Bilanz des letzten Jahrzehnts seit dem Aufbruch der Weltkonferenz von Rio de Janeiro 1992 auch positive Aspekte: Eine Reihe internationaler Umweltabkommen sind in Kraft getreten oder befinden sich auf dem Weg, und an Umweltpolitik kommt kein Staat der Erde mehr vorbei. Das gilt auch für Unternehmen, die es mit ökologisch aufgeklärten Kunden zu tun haben.

Die Stiftung hat schon vor gut zwei Jahren mit den Vorbereitungen auf den Johannesburg-Gipfel begonnen. Wir haben regionale NGO-Koalitionen unterstützt, zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt und eine viel beachtete Publikationsreihe aufgelegt, um die Diskussion über die Ziele internationaler Nachhaltigkeits-Politik für Johannesburg und darüber hinaus voranzubringen. Das herausragende Dokument dieser Bemühungen ist das *Jo'burg Memo*, ein rund 80seitiges Memorandum zum Weltgipfel in Johannesburg. Es ist das Produkt einer fast zweijährigen Zusammenarbeit einer internationalen Redaktionsgruppe aus Wissenschaftlern, Politikern und NGO-Aktivisten. Wir möchten auch an dieser Stelle den Autorinnen und Autoren um den Koordinator des Projekts, Wolfgang Sachs, herzlich für ihre anregende Arbeit danken. Das Memorandum liegt bisher in deutscher, englischer und spanischer Fassung vor und wird in zahlreiche weitere Sprachen übersetzt. Fortgesetzt wurde auch die eigens für den Gipfel aufgelegte Schriftenreihe *World Summit Papers*. Im Internet bieten die beiden Adressen www.worldsummit2002.org und www.joburgmemo.de umfangreiche Informationen.

Ein besonderer Höhepunkt eines an Veranstaltungen reichen Jahres 2001 war die Konferenz „Gut zu wissen. Links zur Wissensgesellschaft“. Wissen ist zur entscheidenden Produktivkraft moderner Ökonomien geworden. Es ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Der Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft erfaßt Arbeitswelt und Beruf, das gesellschaftliche Leben und die politische Kultur. Lebensbegleitendes Lernen wird zu einem Muß. In dem Maße, in dem Wissen zum Schlüssel für die Verteilung von Berufs- und Lebenschancen wird, rücken Bildung und Weiterbildung ins Zentrum sozialer Gerechtigkeit. Es ist ein verheerendes Attest für unser Bildungssystem, daß es wie kaum ein anderes in den industrialisierten Ländern soziale Ungleichheit verstärkt. Die zahlreichen Referentinnen und Referenten der Konferenz „Gut zu wissen“ erörterten die Perspektiven und Konzeptionen für eine „Wissensgesellschaft“, die umfassende Partizipation, soziale Gerechtigkeit, Modernisierung, Kreativität und Verantwortlichkeit verbindet. Das Buch zur Konferenz erscheint im Herbst. Die Heinrich-Böll-Stiftung wird das Thema „Wissensgesellschaft“ weiter in seinen mannigfaltigen Facetten bearbeiten und lädt interessierte Experten, Initiativen und Organisationen zur Zusammenarbeit ein.

Zwei Länder aus der großen Zahl, in denen wir uns in Zusammenarbeit mit über 200 Projektpartnern engagieren, sollen hier genannt werden. Das eine Land ist der Iran. Nach der großen Konferenz im April 2000 setzt die Stiftung ihr Engagement für diese Region des Mittleren Ostens mit kleineren Initiativen, u. a. einem monatlichen *Iran-Dossier*, fort. Ziel ist u. a. die Entwicklung eines zivilgesellschaftlichen deutsch-iranischen Dialogs zur Unterstützung von Reformbestrebungen im Iran und einer Qualifizierung der Diskussion um Islam und Moderne. Das andere Land ist China. Hier kooperiert die Stiftung u. a. mit dem chinesischen Architektenverband und der Berliner Initiative „Stadtkultur International“ in einer Dialog-Reihe zu Fragen der Stadtentwicklung. Außerdem unterstützen wir ein Frauenzentrum in Peking, das Forschung und Beratung zur Situation der Frauen in den rapiden sozialen Umbrüchen in China bietet. Im Herbst vergangenen Jahres gab es eine gelungene Dialogveranstaltung in Peking: „Europa und Asien – Perspektiven multilateraler und bilateraler Zusammenarbeit“ mit der *Chinese Association for International Understanding*. Gleichzeitig setzen wir unsere langjährige Zusammenarbeit mit dem tibetischen Exil zur Bewahrung der kulturellen Traditionen des tibetischen Volkes fort.

Die *Grüne Akademie*, unsere Denkwerkstatt zu politischen und kulturellen Fragen der Zeit, hat sich einen neuen Schwerpunkt gesetzt: die Wissensgesellschaft. Auch dies zeigt, welch großen Stellenwert für unsere Arbeit dieses Thema mit all seinen Facetten in den nächsten Jahren haben wird. Der Höhepunkt in der Arbeit des *Feministischen Instituts* war im vergangenen Jahr die Konferenz „feminist_spaces. Diskurse, Communities, Visionen“. Diese Veranstaltung spürte den feministischen Räumen im weltweiten digitalen Netz nach, analysierte die dortigen neuen Auseinandersetzungen und Erkenntnisse, Perspektiven und Gemeinschaften – und untersuchte die Risiken der virtuellen Kommunikation. Das Buch zur Konferenz erscheint im Herbst. Zur Nachwuchsförderung hat das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung im Jahr 2001 seine Anstrengungen vor allem durch Promovierendenkolloquien mit den Themen „Perspektiven und Konsequenzen technischer Innovation“ sowie „Globalisierung“ erhöht. Im gleichen Zeitraum war es möglich, den Pool an Vertrauensdozentinnen bzw. -dozenten erheblich zu vergrößern. Auch ihnen sei an dieser Stelle einmal herzlich für ihr Engagement gedankt.

Eine Information noch in eigener Sache: Seit dem 1. April 2002 hat die Leitung der Stiftung eine neue Struktur und teilweise auch neue Gesichter. Der Vorstand ist verkleinert worden und besteht nur noch aus zwei Personen: Ralf Fücks ist geblieben, Barbara Unmüßig ist neu dazugekommen. Administrative, finanzielle und personelle Angelegenheiten liegen nun in der Obhut einer Geschäftsführung, zu der Dr. Birgit Laubach bestellt worden ist.

Weitere Aspekte und Details unserer Arbeit des vergangenen Jahres finden Sie in den einzelnen Kapiteln dieses Jahresberichts wieder; darin stellen wir Ihnen weitere exemplarische Veranstaltungen, Projekte und Partnerschaften vor. Angesichts unseres stetig wachsenden Engagements im Ausland produzieren wir nun gleichzeitig auch eine englische Fassung unseres Jahresberichts – wenn auch in knapper Form.

Zum Schluß wie immer ein Wort des Dankes an unsere „Ehrenamtlichen“. Mit den Mitteln des Förderkreises wird die Heinrich-Böll-Stiftung in die Lage versetzt, Einzelpersonen zu unterstützen und Projekte dort zu fördern, wo eine Unterstützung mit öffentlichen Mitteln versagt bleibt – z. B. konnte so ein „musikalisches Mahnmal“ für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung realisiert werden. Im September 2001 fand in Köln zum ersten Mal eine Jahresversammlung des Förderkreises statt – und zwar in Verbindung mit einer öffentlichen Veranstaltung zum Thema „Wieviel Staat braucht die Kultur?“ Über den Förderkreis hinaus wird die Stiftung maßgeblich vom ehrenamtlichen Engagement in Mitgliederversammlung und Aufsichtsrat, Fachkommissionen und Fachbeiräten sowie im Frauenrat getragen. Dafür möchten wir uns bedanken, ebenso bei den Freundinnen und Freunden von Bündnis 90/Die Grünen, die unsere Arbeit unterstützen und begleiten.

Berlin, im Juni 2002

Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Ralf Fücks
Barbara Unmüßig

Barbara Unmüßig



Ralf Fücks



NACHHALTIGE ENTWICKLUNG UND INTERNATIONALE STRUKTURPOLITIK

AUF DEM WEG NACH JOHANNESBURG – DIE AKTIVITÄTEN DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG AUS ANLASS DES WORLD SUMMIT ON SUSTAINABLE DEVELOPMENT IN JOHANNESBURG, VOM 26. AUGUST BIS 4. SEPTEMBER 2002

VORBEREITUNGSKONFERENZEN UND MEMORANDUM GROUP

Die Heinrich-Böll-Stiftung sieht den Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (Rio+10) im Jahr 2002 als große Chance, zentrale „grüne“ Themen wieder ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken. Als Inlands- und Auslandsarbeit übergreifender Schwerpunkt stand der Weltgipfel daher im Zentrum der Stiftungsarbeit 2001. Zur Vorbereitung auf Rio+10 fanden mehrere Konferenzen (PrepComms) statt, an denen sich die Stiftung beteiligte. So tagte vom 30. April – 2. Mai 2001 in New York die PrepComm I; sie traf vor allem Entscheidungen über das weitere Arbeitsprogramm. Anschließend gab es im Herbst 2001 regionale Vorbereitungskonferenzen. Für das Jahr 2002 sind weitere geplant worden, die letzte (PrepComm IV) fand Ende Mai 2002 auf Bali statt – dort sollten Elemente des politischen Abschlußdokuments des Gipfels erarbeitet werden. Im Vorbereitungsprozeß auf Johannesburg unterstützte die Heinrich-Böll-Stiftung auch eine breite Koalition internationaler Frauenorganisationen bei der Ausarbeitung von Positionspapieren und Forderungskatalogen. Ein zentrales Projekt ist dabei die Überarbeitung der Frauen-Aktionsagenda 21, die bei der Rio-Konferenz 1992 als zentrale Diskussionsgrundlage der beteiligten Fraueninitiativen diente. Außerdem wird im Auftrag der UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) ein Dialog-Papier erarbeitet, das für die "Major Group" der Frauen eine Bilanz der bisherigen Agenda-21-Umsetzung zieht.

Als ein sehr wichtiges Projekt rund um Rio+10 ist die *World Summit Memorandum Group* zu nennen. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat 16 prominente Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen, Politik und Wirtschaft, aus Nord und Süd eingeladen, ein Memorandum zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung zu verfassen. Koordiniert von Wolfgang Sachs (Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie) soll das Memorandum in einer mittelfristigen Perspektive politische Orientierung geben. Aufgabe wird weniger die Analyse als vielmehr die Entwicklung und Bündelung einer politisch über den Gipfel hinaus nach vorne weisenden, konstruktiven Agenda sein. Zentrales Thema ist das Spannungsfeld von Ökologie und (Nord-Süd) Gerechtigkeit.

WORKSHOPS, CAPACITY BUILDING UND BESUCHERPROGRAMM

Der Workshop „Gender Perspectives for Earth Summit 2002: Energy, Transport, Information for Decision-Making“ wurde im Januar 2001 zusammen mit dem Bundesministerium für Umwelt (BMU) veranstaltet und vom UNED-Forum organisatorisch vorbereitet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erarbeiteten Gender-Perspektiven für die Themenbereiche des 9. Treffens der UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD 9): Energie, Verkehr und Information für Entscheidungsprozesse.

Um auch die internationale grüne Bewegung auf den Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung einzustimmen und die Vernetzung zum Thema zu fördern, veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung am 12. und 13. April 2001 in Canberra einen Workshop zu Rio+10. Er fand in Kooperation mit dem den



Wolfgang Sachs, Koordinator der Memorandum Group

Die Agenda 21 wurde auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro von mehr als 170 Staaten verabschiedet. Als Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert enthält sie wichtige Festlegungen für eine umweltverträgliche, nachhaltige Entwicklung, u.a. zur Armutsbekämpfung, zur Abfall-, Klima- und Energiepolitik sowie zu finanzieller und technologischer Zusammenarbeit der Industrie- und Entwicklungsländer.

Das Memorandum ist mittlerweile auf Deutsch, Englisch und Spanisch erschienen.

Download unter:
www.joburgmemo.de

Der Workshopbericht (englisch) ist bei der Heinrich-Böll-Stiftung erhältlich: GENDER PERSPECTIVES FOR EARTH SUMMIT 2002. ENERGY, TRANSPORT, INFORMATION FOR DECISION-MAKING. In cooperation with Ministry for the Environment, Nature Conservation and Nuclear Safety, Berlin 2001, 42p.

australischen Grünen nahestehenden Green Institute sowie mit Friends of the Earth Australia (FoE) kurz vor der Global Greens Conference statt. Ca. 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus grünen Bewegungen, grünen Parteien und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) nahmen an dem Workshop teil, der u.a. zwei Resolutionen (zur Klimapolitik und zum Johannesburg-Prozeß) hervorbrachte, die anschließend vom Plenum der Global Greens Conference verabschiedet wurden.

Capacity Building (Kapazitätsbildung) gehört mit zu den Schwerpunkten der Heinrich-Böll-Stiftung. Zahlreiche Partnerorganisationen haben keine oder nur wenig Erfahrung in internationalen Verhandlungsprozessen. Hier will die Stiftung mit verschiedenen Capacity-Building-Aktivitäten die Fähigkeit zur sinnvollen Partizipation und Intervention erhöhen und eine „2. Generation“ von Aktiven heranziehen. Die Büros der Stiftung in San Salvador, Rio de Janeiro, Nairobi und Ramallah führten – z. T. in Kooperation mit lokalen NGOs – jeweils mehrtägige Capacity-Building-Workshops durch. Dabei wurden sowohl Überblicke über verschiedene internationale Verhandlungsprozesse gegeben als auch Fähigkeiten zur Intervention (Medienarbeit, Lobbying) vermittelt. Für besonders engagierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestand die Möglichkeit, ein mehrmonatiges Praktikum in internationalen Institutionen und NGOs in Brüssel und Washington zu absolvieren. Die Praktikantinnen und Praktikanten sollten auch an der PrepComm III in New York und am Johannesburg-Gipfel teilnehmen und entsprechend betreut werden.

Im Rahmen des Projektes „Zukunftsfähiges Deutschland – eine Südperspektive 10 Jahre nach Rio“ kam im September 2001 auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung (in Kooperation mit der niedersächsischen Landesstiftung Leben und Umwelt) eine Gruppe von fünf Expertinnen und Experten von NGOs aus Indien, Jordanien, Kenia, Chile und Mexiko für zwei Wochen in die Bundesrepublik, um einen kritischen Blick auf den Stand der Umsetzung nachhaltiger Entwicklung in Deutschland zu werfen. Ein weiterer Besuch fand im April 2002 statt. Eine Publikation mit dem Titel „Zukunftsfähiges Deutschland? – Ein Blick aus dem Süden 10 Jahre nach Rio“ erscheint Ende August 2002.

AKTIVITÄTEN DER AUSLANDSBÜROS UND REGIONALREFERATE

Neben den Capacity Building Programms engagieren sich zahlreiche Büros und Regionalreferate auf regionaler Ebene in der Vorbereitung auf Rio+10. Das Büro Südafrika z.B. spielte eine entscheidende „Hebammenrolle“ bei der Etablierung einer legitimen Vertretung der südafrikanischen Zivilgesellschaft (Civil Society Indaba) für den Johannesburg-Prozeß. Zudem war es Gastgeber des zweiten Treffens der World Summit Memorandum Group und organisierte einen Dialog mit südafrikanischen NGOs und Regierungsvertretern. Während des Gipfels wird das Büro eine Schlüsselrolle bei der Durchführung der Aktivitäten der Stiftung einnehmen.

Das Büro Washington organisierte für Projektpartner vor allem aus Südafrika ein Besucherprogramm zur PrepComm I. Vom 19. – 20. April 2001 veranstaltete es während des Ministersegments der CSD 9 in New York die Konferenz „The Road To Earth Summit 2002“. Zu den prominentesten Rednerinnen und Rednern zählten u.a. Jürgen Trittin, Uschi Eid und Klaus Töpfer. Des weiteren informiert ein Newsletter des Büros Washington (www.boell.org) in unregelmäßigen Abständen über die Entwicklungen im internationalen Rio+10-Prozeß.

Das Büro Brüssel veranstaltete im Vorfeld des EU-Gipfels im Juni 2001 in Göteborg zusammen mit Friends of the Earth Europe und Friends of the Earth Sweden die Konferenz „Sustainability and Solidarity: Europe on the way to the World Summit on Sustainable Development“.

Das Büro Chiang Mai (Thailand) setzte durch eine Serie von Veranstaltungen wie z. B. der Konferenz „Debating Growth and Sustainable Development“ und der Kunstausstellung „The end of Growth? Ways of Development into a Sustainable Future“ den kommenden Johannesburg-Gipfel auf die Ta-



Sarojini Krishnapillai, Organisatorin des Rio 10-Workshops in Canberra

Das Buch zum Workshop und der Konferenz mit einer umfangreichen Textsammlung: *THE GLOBAL GREENS. INSPIRATION, IDEAS AND INSIGHTS FROM THE RIO+10 INTERNATIONAL WORKSHOP AND GLOBAL GREENS 2001*. Edited by Margaret Blakers, published by The Australian Greens and The Green Institute, Canberra 2001, 266 p., ISBN 0-9580066-0-1



Internationale Umweltexpertinnen und -experten auf Besuch in Deutschland

Infos: www.worldsummit2002.org

World Summit Papers of the Heinrich Böll Foundation Nr. 4: *VON RIO NACH JOHANNESBURG. BEITRÄGE ZUR GLOBALISIERUNG DER NACHHALTIGKEIT*. Mit Beiträgen von Jürgen Trittin und Uschi Eid. Berlin 2001, 40 Seiten

Tagungsbericht (englisch): *THE ROAD TO EARTH SUMMIT 2002*. April 20, 2001, New York, NY. The Heinrich Böll Foundation Washington Office, Washington 2001, 82 p.

Siehe hierzu auch das Hintergrundpapier: 10 YEARS AFTER RIO: DEBATING DEVELOPMENT PERSPECTIVES. World Summit Papers No. 2, Chiang Mai 2001. Ein weiteres Papier mit dem Titel „Debating the Limits to Sustainable Development“ ist in Vorbereitung.

In den World Summit Papers der Heinrich-Böll-Stiftung werden Diskussionsbeiträge, Dokumentationen, Studien etc. zu Themen des Johannesburg-Gipfels publiziert. Downloads: www.boell.de oder zu bestellen über info@boell.de

Eine Schwerpunktausgabe des Stiftungsmagazins www.boell.de zum Umweltgipfel war für den Herbst 2001 geplant. Sie wurde jedoch aus aktuellem Anlaß den Folgen des 11. September gewidmet. Der Schwerpunkt „Johannesburg“ ist nun im Frühjahr 2002 erschienen.



Farida Akhter, Policy Research for Development Alternative (UBINIG), Dhaka, Bangladesch

Mitglieder der Memorandum Group: Prof. Henri Acselrad, Farida Akhter, Ada Amon, Dr. Tewolde Gebre Eghziaber, Hilary French, Pekka Haavisto, Paul Hawken, Dr. Hazel Henderson, Ashok Khosla, Sara Larrain, Dr. Reinhard Loske, Anita Roddick, Dr. Wolfgang Sachs (Koordinator), Dr. Vivienne Taylor, Dr. Christine von Weizsäcker, Sviatoslav Zabelin

gesordnung der NGOs. Es gelang, Basisbewegungen und kritische NGOs darin zu unterstützen, ihre Positionen in die offiziellen und Alternativberichte zur Umsetzung der Agenda 21 in Thailand einzubringen. Die Vorbereitung auf Johannesburg wurde zum Anlaß für einen nationalen Diskurs um ein für Thailand tragfähiges Paradigma nachhaltiger Entwicklung.

Das in Nairobi eröffnete Büro für das Horn von Afrika unterstützt NGOs in Kenia, Uganda, Äthiopien und Sudan im Johannesburg-Prozeß. Im September veranstaltete es unter dem Titel „Sustainable Development, Governance and Globalisation“ ein afrikanisches Strategieforum, eine afrikaweite NGO-Vorbereitungskonferenz fand im Dezember statt.

Das Büro in Brasilien organisierte im Mai 2001 den Besuch einer südafrikanischen Delegation in Rio. Ziel war der Erfahrungsaustausch mit brasilianischen NGOs, die 1992 an der Organisation der NGO-Aktivitäten in Rio beteiligt waren.

DIE NACHHALTIGE GESTALTUNG DER GLOBALISIERUNG ZWEITES ENTWICKLUNGSPOLITISCHES FORUM

Die globalen wirtschaftlichen und ökologischen Probleme sind eine politische Herausforderung, für deren Lösung die Länder des Nordens und des Südens eine gemeinsame Verantwortung tragen. Entscheidende Voraussetzung hierfür ist die Weiterentwicklung der demokratischen Systeme auf nationaler und internationaler Ebene – soweit herrschte Einigkeit beim Zweiten Entwicklungspolitischen Forum der Heinrich-Böll-Stiftung vom 29. – 30. Juni 2001 in Berlin. Kontrovers diskutiert wurde allerdings darüber, ob wirtschaftliche Liberalisierung diesem Ziel zuträglich oder eher hinderlich ist. Während Benjamin Barber von der Rutgers University in New Jersey die Ansicht vertrat, der Neoliberalismus gefährde die Demokratie, Nachhaltigkeit aber könne nur durch Demokratie gesichert werden, stellte Lord Meghad Desai vom Londoner Center for the Study of Global Governance eine andere These auf: Er sprach sich für eine Ausweitung des Freihandels und gegen den Protektionismus der Industrieländer aus. Erst dann könnten die Entwicklungsländer mehr und hochwertigere Produkte exportieren und so Arbeit und Einkommen schaffen.

In einem weiteren Themenblock ging es um das Verhältnis von Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeit. Vieles deutet darauf hin, daß der Konflikt um die Erhaltung der Umwelt durch Globalisierung und kommerzielle Ausbeutung von genetischen Ressourcen eine neue Qualität erreicht hat. Christoph Görg vom Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse der Universität Frankfurt warnte vor einer Verdrängung von ökologischen und entwicklungspolitischen Zielen durch eine neue Phase beschleunigter kapitalistischer Entwicklung.

Mit der Frage, ob Umwelt- und Entwicklungsprobleme wirklich als Gegensätze gesehen werden müssen, oder ob es gelingt, einen Ausgleich zwischen dem Schutz der Biosphäre und dem Verlangen nach Entwicklung zu finden, beschäftigte sich auch die „World Summit Memorandum Group“ der Heinrich-Böll-Stiftung. Der Startschuß für das inzwischen fertiggestellte Memorandum wurde auf dem Entwicklungspolitischen Forum gegeben, wo sich die 16köpfige Gruppe konstituierte und von Wolfgang Sachs vom Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie vorgestellt wurde. Die Vorschläge für eine nachhaltige und an den Prinzipien der Gerechtigkeit orientierte Gestaltung der Globalisierung sollen NROs, Regierungen und Experten u.a. zur Vorbereitung auf den Johannesburg-Gipfel dienen.

KONGRESS: „ZUKUNFTSFÄHIGE REGIONEN – PERSPEKTIVEN FÜR EINE INTEGRIERTE ENTWICKLUNG LÄNDLICHER RÄUME“ IN STUTTGART

Regionale Entwicklung ist zu einem Kernthema geworden, wenn es um die Umsetzung und Steuerung von Nachhaltigkeit geht. Ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg liegt hier in der Integration: der Abstimmung der verschiedenen Politikfelder aufeinander. Im November 2001 beschäftigten sich Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher politischer Entscheidungsebenen – darunter Renate Künast, Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, und Dr. Heino von Meyer, Umweltdirektorat der OECD, Paris – sowie Fachleute aus Wissenschaft und regionaler Praxis auf einer Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg e.V. mit den Chancen zur Förderung einer zukunftsfähigen Entwicklung ländlicher Gebiete. Die zweitägige Veranstaltung fand in Kooperation mit der Bundesstiftung und dem Bundesamt für Naturschutz in Stuttgart statt. Ziel war es, die Perspektiven für nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsformen im ländlichen Raum aufzuzeigen und politische Strategien und konkrete Schritte zur Entwicklung lebendiger, zukunftsfähiger Regionen zu diskutieren. Einen recht schonungslosen Überblick über die nachhaltige Entwicklung in Deutschland gab Dr. Heino von Meyer. Er bemängelte das Fehlen nationaler Strategien und sah das Hauptübel im Ressort- und Besitzstandsdenken, dort vor allem in der Ansicht, eine Entwicklung des ländlichen Raumes habe ausschließlich etwas mit der Landwirtschaft zu tun. Daß es dennoch Handlungsmöglichkeiten gibt, machte die Präsentation von Praxisbeispielen für integrierte Entwicklung in Baden-Württemberg deutlich.

Eine Dokumentation der Konferenzbeiträge ist in Vorbereitung und über die Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg e.V. zu beziehen

Info: www.boell-ba-wue.de

„Wenn wir aus der Sackgasse herauskommen wollen, dann brauchen wir einen grundsätzlichen gesellschaftlichen Wandel. Die Agrarwende bedeutet dicke Bretter bohren. Also bohren wir sie.“

Renate Künast

TAGUNG „MACHT HAMBURG ZUKUNFT? LOKALE AGENDA 21 UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG – BILANZ UND PERSPEKTIVEN“

Das Ende der Legislaturperiode in Hamburg und der bevorstehende 10. Jahrestag der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio gaben Anlaß für eine Bilanz der Umsetzung der lokalen Agenda 21 und die Frage nach möglichen Perspektiven. Zu diesem Zweck lud die Hamburger Landesstiftung *umdenken* in Kooperation mit dem Eine-Welt-Netzwerk, dem BUND und dem Zukunftsrat Hamburg im Juli 2001 interessierte Bürgerinnen und Bürger in die Internationale Schule in Othmarschen. Dort stellten sich Umweltsenator Alexander Porschke, als Vertreter des Hamburger Senats, und Vertreterinnen und Vertreter weiterer Behörden der Diskussion über die Zukunftsfähigkeit Hamburgs. Nach einem einleitenden Vortrag von Prof. Arnim von Gleich, Mitglied der Bundestags-Enquetekommission zur Nachhaltigkeit, gab Alexander Porschke die Sicht des Senats wieder. Anschließend verglichen Veranstalterinnen und Veranstalter aus ihrer Erfahrung heraus Anspruch und Wirklichkeit des Nachhaltigkeits-Leitbildes in Politik und Gesellschaft. Zentrale Frage der Veranstaltung war, wie sich Nichtregierungsorganisationen und die Hamburger Regierung gegenseitig unterstützen können, um die Verantwortung und Verpflichtungen, die sich aus der Agenda 21 ableiten, verbindlich in allen Ressorts und Politikbereichen zu verankern. In mehreren Foren wurden Vergleiche mit anderen Städten gezogen, die Aktivitäten der Hamburger Bezirke zur lokalen Agenda 21 vorgestellt und Umfrageergebnisse zu zukunftsfähigem Verbraucherverhalten in Hamburg präsentiert. In einer Diskussion mit der Ausländerbeauftragten der Stadt Hamburg ging es schließlich um die Frage, welche Migrationspolitik zukunftsfähig ist. Den kulturellen Schlußakkord setzte „Bert Bricht“ – die mobile Einsatzkapelle in Sachen Agenda 21 – mit ihrem Programm „Brot für die Welt“. Im Foyer stellten zahlreiche Initiativen und Gruppen ihre Arbeit in Form von Ausstellungen und Informationsständen vor.

Eine Dokumentation der Veranstaltung ist bei *umdenken* erhältlich.

Info: www.umdenken-boell.de

„Den Bedürfnissen der heutigen Generation zu entsprechen, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen“ – so definierte eine UN-Kommission unter Leitung der früheren norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland 1987 den Begriff Nachhaltigkeit, der inzwischen weltweit Karriere machte.



Rudolf Bahro

WEICHEN STELLEN ZWISCHEN VISION UND PRAGMATISMUS. BEITRÄGE ZUM GENERATIONEN-DIALOG DER UMWELTBEWEGUNG – u.a. von Carl Amery, Ralf Fücks, Reinhard Loske, Anja Köhne und Günter Nennung. Beilage in ZUKÜNFTIGE – Zeitschrift für Zukunftsgestaltung und Vernetztes Denken, Berlin 2001, 32 Seiten

Im Herbst erscheint im Chr. Links Verlag in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung eine Biographie Bahros von Guntolf Herzberg und Kurt Seifert: Rudolf Bahro. Glaube an das Veränderbare.

„Bahros starke Betonung von dezentralen Lösungen hat bei mir große Zustimmung gefunden. Auf der anderen Seite hatte ich bei Bahro auch manchmal das Gefühl, daß für ihn prinzipiell nichts Richtiges im Falschen möglich war. Alles, was den Anstrich von Reformpolitik hatte, fand vor seinen Augen keine Gnade.“

Reinhard Loske,
Bundestagsabgeordneter der Grünen

WISSEN, WAS NICHT MEHR GENÜGT – ZIVILISATIONSKRITIK UND PERSPEKTIVEN EINER SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN GESELLSCHAFT GESPRÄCHSRUNDE ZUR ERINNERUNG AN RUDOLF BAHRO

Am Anfang der Ökologiebewegung der 70er und 80er Jahre standen die großen Visionäre und Mahner. Persönlichkeiten wie Robert Jungk, Hoimar von Ditfurth, Petra Kelly, Herbert Gruhl, Erhard Eppler, Horst Stern, Carl Amery, Günter Altner und Jürgen Dahl rüttelten die Menschen auf und mobilisierten zum Widerstand gegen die drohende Ökokatastrophe. Die 90er Jahre scheinen dagegen eine Generation eher pragmatisch orientierter Umweltbewegter hervorgebracht zu haben. Das Vorantreiben von hier und heute umsetzbaren Schritten ökologischer Modernisierung mit unterschiedlichsten Bündnispartnerinnen und -partnern steht im Zentrum ihres Denkens und Handelns. Tendenziell in den Hintergrund getreten sind die fundamentale Kritik am naturzerstörenden Kurs der Gesellschaft und die große Vision ökologischer Gesellschaftsalternativen. Ein hierzulande weitgehend in Vergessenheit geratener Vordenker einer integralen, d.h. Ökologie, Gesellschaftsreform und Spiritualität verbindenden Politik war Rudolf Bahro. Ihm zur Erinnerung veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung im März 2001 in Kooperation mit der Berliner Humboldt-Universität eine Gesprächsrunde. Aktivistinnen und Aktivisten der Umweltbewegung aus ihren Anfängen bis heute reflektierten gemeinsam den Wandel der Bewegung und die offenen Fragen einer sozial-ökologischen Perspektive. Die Veranstaltung wurde dokumentiert und ist über die Stiftung erhältlich.

STÄRKUNG WIRTSCHAFTSETHISCHER VERANTWORTUNG UND NACHHALTIGE KLEININDUSTRIEFÖRDERUNG IN INDIEN

Die Vereinbarkeit von ökologisch nachhaltigem Wirtschaftswachstum und sozial gerechter Verteilung als Grundvoraussetzung zur Sicherung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte ist eines der Projektziele der Auslandsarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung. In Indien unterstützt die Stiftung beispielsweise das *Centre for Social Markets (CSM)*, eine von renommierten entwicklungspolitischen Aktivistinnen und Aktivisten neu gegründete Nichtregierungsorganisation (NRO). Anders als die meisten NROs in Entwicklungsländern und auch in Europa, die kaum oder keine Beziehungen zur Privatwirtschaft pflegen, möchte sich CSM vor allem einer intensiven Zusammenarbeit mit großen und kleineren Unternehmen widmen, um deren Wirtschaftsethik und soziale Verantwortung zu stärken. Hierfür werden spezielle Seminare und Workshops in Kalkutta und anderen indischen Metropolen für Unternehmer angeboten. CSM arbeitet an der Entwicklung von Konzepten für eine ökologische und nachhaltige Förderung von Kleinindustrien und informiert über Möglichkeiten der Verbesserung von Sozial- und Umweltstandards. Darüber hinaus werden Investoren und potentielle Investoren in Dialogprozesse über ökologisch nachhaltige Investitionsvorhaben eingebunden.

Ökologie und Nachhaltigkeit ist einer der Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit in Indien. Seit Oktober 2001 ist die Heinrich-Böll-Stiftung mit einem kleinen Büro in Neu Delhi vertreten, örtlicher Büroleiter ist der Umweltjournalist Mukul Sharma.

ZUKUNFT DER ARBEIT UND DES SOZIALEN

ZUKUNFT DER ARBEIT V: DEMOGRAPHISCHE ENTWICKLUNG – CHANCEN FÜR NEUE GENERATIONEN- UND GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE? KONFERENZ VOM 9. BIS 10. NOVEMBER IN BERLIN

Die Suche nach Wegen zu mehr Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit bei schrumpfenden Bevölkerungszahlen stand im Zentrum der fünften Veranstaltung der Reihe „Zukunft der Arbeit“. Bereits vor zwanzig Jahren mahnten Demographen angesichts des schon damals erkennbaren Bevölkerungsrückgangs, die Systeme der sozialen Sicherung unabhängig von Bevölkerungszahlen zu gestalten. Nun werden die Probleme und damit der Handlungsbedarf dringlicher.

Zum Auftakt der Veranstaltung gab Prof. Dr. Reiner Dinkel vom Lehrstuhl für Demographie an der Universität Rostock Einblick in die demographische Entwicklung der kommenden Jahrzehnte, nicht ohne kritisch auf Methodik und Zuverlässigkeit von Prognosen einzugehen. Im Anschluß fragte Prof. Dr. Bernhard Nauck vom Institut für Soziologie an der TU Chemnitz nach den Ursachen und der Steuerbarkeit der demographischen Entwicklung: „Wir wissen, daß Zuwanderung hier mildernd eingreifen könnte, allein auf Zuwanderung zu setzen wird allerdings nicht ausreichen.“ Auch andere Steuerungsmechanismen fand er nur bedingt wirksam, außerdem würde der Effekt einer Steuerung sehr verzögert eintreten. Dies sei ein besonderes Kennzeichen von demographischen Problemen und entbinde deshalb nicht vom Handlungsbedarf.

In den Workshops ging es u. a. um die demographischen Herausforderungen an unsere sozialen Sicherungssysteme, den Arbeitskräftemangel und um soziale Konflikte in den neuen Bundesländern. Praxisbeispiele belegten, wie die Zusammenarbeit von Alt und Jung organisiert werden kann. Rechenbeispiele führten die Dramatik der Entwicklung vor allem im Osten des Landes vor, in dem durch Geburtenrückgang und Abwanderung in den Westen ganze Landstriche veröden und Professoren u. a. um ihre Zuhörerschaft bangen müssen. Daß nicht nur eine neue Ressourcenverteilung (Einkommen, Transfers und Zeit) auf der Agenda der Zukunft steht, sondern auch neue Aufgaben und eine neue Rollenverteilung zwischen den Generationen anstehen, darüber waren sich am Ende alle Konferenzteilnehmer einig.

DIE ÖKONOMISCHE BASIS DER BÜRGERGESELLSCHAFT – BÖRSENFIEBER, MITARBEITER ALS UNTERNEHMER UND TEILHABEGESELLSCHAFT

80.000 US \$ „Bürgerkapital“ jedem jungen Erwachsenen auf die Hand? Die Summe könnten junge Bürgerinnen und Bürger als Startkapital für ihren Lebensweg in Wissen, Wohnung oder Weltreise investieren ... Was auf den ersten Blick seltsam anmutet, fand in den USA unter Experten „als Wiederentdeckung der Chancengleichheit“ bemerkenswerte Resonanz. Der Vorschlag stammt von Bruce Ackerman, Professor an der Yale-Universität. Er fordert, das Versprechen von Chancengleichheit ernst zu nehmen und über das „Bürgerkapital“ die Verteilung von Wohlfahrt zu organisieren. Ob sich dieses Modell auch für Deutschland eignet, darüber diskutierten u. a. die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz „Die ökonomische Basis der Bürgergesellschaft“ im Oktober 2001 in Berlin. Angesichts der sinkenden Bedeutung von Arbeitseinkommen gegenüber Einkommen aus Unterneh-

„Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland stellt uns vor schwierige Aufgaben: die Überalterung und deren Folgen für die sozialen Sicherungssysteme, Umbrüche am Arbeitsmarkt, Knappheit von Arbeitskräften, Lebenslanges Lernen für alle muß organisiert werden, sich verschärfende Generationenkonflikte deuten sich an und dramatisch schrumpfende Bevölkerungszahlen in den neuen Bundesländern lassen ganze Regionen ausbluten.“

Prof. Dr. Reiner Dinkel

Im Herbst erscheint die Dokumentation der Tagung in der Reihe „Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung“.

Reihe „Texte zur Einmischung“ Nr. 1:
 ARGUMENTE FÜR DAS
 STAKEHOLDING
 Von Bruce Ackerman
 Herausgegeben von der Heinrich-Böll-
 Stiftung, Berlin 2002, 24 Seiten

mertätigkeit und Vermögen befaßte sich die Konferenz mit Verteilungsfragen: Welche Möglichkeiten gibt es, möglichst viele am Produktivvermögen teilhaben zu lassen? Welche Auswirkungen hat die steigende Zahl der Aktionäre auf die Vermögensverteilung und -entwicklung? Welche Formen der Mitarbeiterbeteiligung gibt es, und welche haben sich bewährt? Auch die besondere Situation in den ost-deutschen Ländern war Thema. Und schließlich die Frage, wie soll die Teilhabegesellschaft aussehen? Mit der Veröffentlichung des Vortrages von Bruce Ackerman „The Stakeholder society – oder: Welchen materiellen Unterbau brauchen Freiheit und Gleichheit?“ startete die Heinrich-Böll-Stiftung zugleich eine neue Publikationsreihe. Mit den „Texten zur Einmischung“ will sie politisch Interessierten und Aktiven neue Ideen, prägnante Analysen und fundierte Argumente für die aktuelle politische Debatte bieten.

Ein Textauszug: „Die Trickle-down-Wirtschaft [starkes Wachstum kommt auch den „Schwachen“ zugute] hat auf ganzer Linie versagt und wird in der globalisierten Wirtschaft der Zukunft weiterhin versagen. Die Vergangenheit ist zugleich Zukunft: 1998 waren die reichsten ein Prozent der US-Bevölkerung im Besitz von 39 Prozent des verfügbaren Einkommens des Landes. Im Jahre 1983 lag dieser Wert noch bei 33,8 Prozent. Während der 90er Jahre erreichte das von den obersten 20 Prozent erwirtschaftete Gesamteinkommen den höchsten Stand seit 1947. In Europa ist der Reichtum nicht in dem Maße konzentriert wie in den USA. Es gibt jedoch keinerlei Grund anzunehmen, daß die Europäer in der Zukunft einem ähnlichen Schicksal entkommen werden.

Eines steht fest: Unsere Politik trägt dieser Dreiklassenrealität nicht Rechnung. Am oberen Ende der sozialen Skala wird die symbolverwendende Klasse mit umfangreichen Subventionen überschüttet, so etwa durch die großzügige Subventionierung der Studenten. Am entgegengesetzten Ende erhalten die unterprivilegierten Klassen beträchtliche Hilfen. Es wird jedoch recht wenig für den breiten Mittelstand getan. Während die Reichen mit Steuervergünstigungen überhäuft werden, wird die Mittelschicht lediglich mit einer Reihe von symbolischen Gesten bedacht, welche von geringer oder keiner Bedeutung sind.

Es ist höchste Zeit, nach einer konstruktiven Antwort auf wirtschaftliche Ungleichheit zu suchen. Wie können wir die Vorzüge der Globalisierung nutzen, um jedem Bürger einen fairen Start ins Leben zu ermöglichen? [...] Im Rahmen seines Geburtsrechts als Bürger sollte jeder junge Amerikaner mit Erreichen des Erwachsenenalters Anrecht auf einen Anteil von 80.000 Dollar haben. Dieser Anteil könnte durch eine jährliche Vermögenssteuer finanziert werden, die zwei Prozent jedes individuellen Vermögens über 230.000 Dollar beträgt. Diese Verbindung zwischen dem Besitz von Vermögen und Stakeholding spiegelt eine grundlegende soziale Verantwortung wider. Es ist die Verpflichtung jedes Amerikaners, einen Beitrag zu leisten, um allen einen gerechten Start ins Leben zu ermöglichen.“



Bruce Ackerman und Ralf Fücks

GESCHLECHTERDEMOKRATIE UND FRAUENPOLITIK



Die Stabsstelle: Gabriele Schambach,
Henning von Bergen, Kerstin Ahrens

DIE GEMEINSCHAFTSAUFGABE GESCHLECHTERDEMOKRATIE DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Geschlechterdemokratie ist ein Leitbegriff für die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung und hat die Herstellung demokratischer Verhältnisse zwischen Frauen und Männern zum Ziel. Dies bezieht sich sowohl auf die politischen Partizipationschancen wie auch auf die gesellschaftliche Ressourcenverteilung; gleichzeitig verbindet die Idee der Geschlechterdemokratie die Kritik an autoritär-hierarchischen Strukturen in den privaten Verhältnissen und explizit gewaltförmiger Herrschaftsausübung von Männern über Frauen mit der Forderung eines offenen Umgangs mit Geschlechterdifferenzen und die Anerkennung von gleichen Rechten und Chancen für Verschiedene. Mit dem Begriff Geschlechterdemokratie sollen auch Männer stärker angesprochen und zu einem größeren Engagement und gemeinsamer Verantwortung für dieses politische Ziel bewegt werden.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat seit 1997 Geschlechterdemokratie als Gemeinschaftsaufgabe und damit als internes Organisationsprinzip festgelegt. Als Gemeinschaftsaufgabe liegt die Verantwortung für die Umsetzung in den einzelnen Abteilungen und Bereichen der Stiftung, d. h. sie ist keine Ressortpolitik, sondern wird von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getragen und weiterentwickelt. Sie ist insbesondere auch Führungsaufgabe des Vorstandes und der Abteilungsleitungen. Der ehrenamtliche Frauenrat unterstützt die frauen- und geschlechterpolitischen Ziele der Stiftung und begleitet die Umsetzung der Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie nach innen und außen.

Die Stabsstelle Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie begleitet, initiiert und fördert Prozesse und Projekte der Umsetzung in den einzelnen Bereichen, Abteilungen und Teams der Stiftung. Im Rahmen der eigenen Bildungsarbeit organisiert die Stabsstelle seit April 2000 die Reihe „Geschlechterdemokratische Dialoge“ und koordiniert und betreut das Netzwerk *Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse*.

Info: gender@boell.de

Reihe „Schriften zur Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung“ Nr. 3: BEISPIELE ZUR UMSETZUNG VON GESCHLECHTERDEMOKRATIE UND GENDER MAINSTREAMING IN ORGANISATIONEN. Von Angelika Blickhäuser. Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit ihren Landesstiftungen, Berlin 2002, 48 Seiten.

Das Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse ist ein lockeres Netzwerk von Männern, die in den Feldern Männer-/ Geschlechterforschung, Männerbildung, Männerberatung und -politik arbeiten. Es veranstaltet zweimal jährlich Fachtagungen, die themenzentriert unterschiedliche Blickrichtungen aus Theorie, Forschung, Praxis und Politik zusammenzubringen und insbesondere dem Erfahrungsaustausch dienen. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt das Forum als Koordinationsstelle organisatorisch, finanziell und ideell.

Reihe „Schriften zur Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung“ Nr. 1: ALLES GENDER? ODER WAS? – Theoretische Ansätze zur Konstruktion von Geschlecht (ern) und ihre Relevanz für die Praxis in Bildung, Beratung und Politik, Berlin 2002, 68 Seiten



Hans-Joachim Lenz, Sozialwissenschaftler und Männerforscher

TAGUNG „ALLES GENDER? ODER WAS? – THEORETISCHE ANSÄTZE ZUR KONSTRUKTION VON GESCHLECHT (ERN) UND IHRE RELEVANZ FÜR DIE PRAXIS IN BILDUNG, BERATUNG UND POLITIK“

Vom 9. bis 10. März 2001 veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung zusammen mit dem *Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse* die Fachtagung „Alles Gender? Oder was?“. Die Veranstaltung ging u. a. der Frage nach, wie Theorien Geschlechter konstruieren, ob es sich dabei um mehr als abstrakte akademische Diskurse handelt und welche Relevanz diese für die Praxis in (Männer-) Bildung und Beratung haben. Zwei einleitende Vorträge gaben einen Überblick über den Diskussionsstand der feministischen Theorie zur Konstruktion von Geschlechtern sowie eine Vorstellung der Theorie Judith Butlers, Philosophin und Gender-Forscherin aus Berkeley. Nach einer kritischen Betrachtung der bisherigen Jungen- und Männerarbeit diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einem Workshop am Beispiel der Jungenarbeit alternative Praxen, die einer dekonstruktivistischen Perspektive folgen. Ein anderer Workshop beschäftigte sich mit der Frage, inwieweit ein dekonstruktivistischer Ansatz zum Abbau von Gewalt beitragen kann. Im Gegensatz zum gängigen Ansatz der Anti-Gewaltarbeit, der Gewalt und Männlichkeit entkoppelt und eine positive, gewaltfreie Männlichkeit als persönliche und gesellschaftliche Utopie postuliert, verzichtet der dekonstruktivistische Ansatz auf (positive wie negative) männliche Identitäten und bekämpft den kulturellen Zwang zur Abgrenzung vom Weiblichen, da Grenzen die Gewalt gegen Frauen erst ermöglichen. Ein dritter Workshop widmete sich schließlich dem Thema „Erkenntnisinteresse und Konstruktion von Erkenntnis bzw. Dekonstruktion von Dogmen“.

Die Dokumentation dieser Tagung bildet den Auftakt einer neuen Publikationsreihe der Heinrich-Böll-Stiftung „Schriften zur Geschlechterdemokratie“ und ist über die Stiftung erhältlich.

„MANN ODER OPFER?“ – FACHTAGUNG VOM 12. BIS 13. OKTOBER 2001

Das traditionelle Männerbild hat Frauen wie Männer bislang weitgehend daran gehindert, Männer auch als Opfer zu sehen. Überlegenheitsdrang und Täterschaft sind Kennzeichen von Männlichkeit, Unterlegenheit als wichtiges Merkmal von Opfern hingegen gehört nicht zu „richtigen“ Männern und wird nicht wahrgenommen. Die Fachtagung „Mann oder Opfer?“, von der Heinrich-Böll-Stiftung zusammen mit dem *Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse* geplant und durchgeführt, hatte zum Ziel, die Zuschreibung „Täter sind männlich, Opfer sind weiblich“ in Frage zu stellen und männliche Opferperspektiven in verschiedenen Bereichen zugänglich zu machen. Ausgangspunkt war die These, daß eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse nur geschehen kann, wenn solche polaren Sichtweisen aufgelöst werden. Die Tagung wollte die Opferperspektiven von Jungen und Männern kenntlich machen und Impulse geben, sowohl für die politische Arbeit am Geschlechterverhältnis als auch für die praktische Arbeit mit männlichen Gewaltopfern. Eine Dokumentation der Veranstaltung ist in Vorbereitung.

GESCHLECHTERDEMOKRATISCHE DIALOGE DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Der Begriff Geschlechterdemokratie wird in der (bildungs)politischen Landschaft zunehmend selbstverständlich verwendet, ohne daß die Reichweite des Konzepts im jeweiligen Kontext deutlich wird. Die Reihe „Geschlechterdemokratische Dialoge“, in Kooperation mit der Wochenzeitung „Freitag“, zielt darauf ab, anhand aktueller Themen den Dialog mit und zwischen Expertinnen und Experten aus der Praxis über die politische Relevanz von Geschlechterdemokratie zu initiieren. Zum Auftakt im Frühjahr 2001 widmete sich die mittlerweile fünfte Veranstaltung dieser Reihe dem Thema Rechts extremismus und Geschlecht. Während sich Oliver Geden, Humboldt-Universität Berlin, dem männ-

lichen Teil der Rechten zuwandte, referierte die Göttinger Politologin Dr. Renate Bitzan über die weiblichen Hintergründe rechtsextremer Einstellungen. Ziel war es, durch die Analyse der Konstruktion von Weiblichkeit, Männlichkeit und den Geschlechterverhältnissen einen Aufschluß über die Attraktivität und Faszination an der rechtsextremen Szene zu gewinnen. Der sechste Dialog befaßte sich mit der Frage, inwieweit Chancengleichheit und Geschlechterpolitik bei der EU-Erweiterung eine Rolle spielen wird. Lisa Paus, Bündnis 90/Die Grünen, und Czeslaw Fiedorowicz, Abgeordneter der polnischen Unia Wolnosci (Freiheitsunion) im Sejm, diskutierten über Chancengleichheit von Frauen und Männern im Rahmen der EU-Erweiterung und loteten dabei die politische Relevanz von Geschlechterdemokratie aus.

AUF DEM WEG ZU GESCHLECHTERDEMOKRATIE – STAND UND PERSPEKTIVEN ROT-GRÜNER GESCHLECHTERPOLITIK – TAGUNG VOM 29. BIS 30. OKTOBER 2001

Die rot-grüne Koalition ist angetreten, eine Neuorientierung in der bis dahin konservativen Frauen- und Gleichstellungspolitik der Bundesrepublik einzuleiten. Mit dem Kabinettsbeschuß vom Juni 1999 ist Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern erklärtes Leitbild der Bundesregierung, Gender-Mainstreaming soll in allen Ministerien umgesetzt werden. Allerdings stagniert das Vorhaben eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft; dem Programm „Frau und Beruf“ fehlt noch immer das Pendant „Mann und Familie“; die Förderung von „Mehr Spielraum für Väter“ beschränkt sich weitgehend auf eine Werbekampagne. Wie lassen sich diese Entwicklungen bewerten? Ist rot-grüne Geschlechterpolitik auf dem Weg zur Geschlechterdemokratie oder verharrt sie in ausgetretenen Pfaden? Wie läßt sich Frauenpolitik stärken und in eine umfassende Geschlechterpolitik integrieren? Die Fachtagung der Heinrich-Böll-Stiftung zur rot-grünen Geschlechterpolitik versuchte ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl Antworten auf diese Fragen zu geben, eine Bilanz der bisherigen rot-grünen Geschlechterpolitik zu ziehen und neue Ansätze und Forderungen für eine geschlechterdemokratische Politik aufzuzeigen.

Dr. Christina Klenner, Hans-Böckler-Stiftung, und Prof. Peter Grottian, FU Berlin, kamen im Forum zur Arbeitsmarktpolitik zu dem Ergebnis, daß in der bisher von der rot-grünen Bundesregierung verfolgten Arbeitsmarktpolitik kein geschlechterdemokratisches Leitbild ausgemacht werden kann. Während das „Teilzeit-“ und das „Elternzeitgesetz“ tendenziell positiv zu bewerten seien, müsse das „JobAQTIV-Gesetz“ eher ambivalent beurteilt werden. Aus der Perspektive der Kinder formulierten Sabine Walther, Kinderschutzbund Deutschland, und Dr. Werner Sauerborn, Zeitschrift PAPS, im Forum „Politik für Kinder/Leben mit Kindern“ eine kritische Bestandsaufnahme. So fehlten Väter zu häufig in den Familien, da sie aufgrund von Trennung oft aus den Familien herausfielen oder wegen ihrer Erwerbstätigkeit in Vollzeit nicht präsent seien. Die Möglichkeit eines Sorgerechts von Vätern in nicht-ehelichen Beziehungen sei zwar als Fortschritt anzusehen, gefordert wurde aber u. a. die Reform des Unterhaltsrechts, ein bedarfsgerechtes Kindergeld sowie eine Entprivilegierung der Ehe. Dies ging einher mit der Forderung nach Aus- und Umbau der Kinderbetreuung und einer Kampagne „Männer in Erziehungsberufen“. Darüber hinaus sei es wichtig, die Partizipation von Kindern zu stärken. Im Forum „Wirtschaftspolitik“ konstatierten Elke Holst, DIW, und Detlef Hensche, ver.di, zwar Ansätze von Frauenförderung, Klärungsbedarf bestehe aber bei der Frage was Geschlechterpolitik überhaupt sei. Als Ziel einer geschlechterdemokratischen Wirtschaftspolitik benannten sie die Anerkennung der Vielfalt an Lebensentwürfen von Männern und Frauen. Um dies zu erreichen, sei es notwendig, die Prämissen des vorherrschenden ökonomischen Modells zu reflektieren. Dieses Modell setze als Leitbild den Mann voraus, der sich aller anderen Arbeiten außerhalb der Erwerbstätigkeit entledigen könne.

Reihe „Schriften zur Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung“ Nr. 2: POLITIK FÜR KINDER! ZUR NEUEN KINDER- UND FAMILIENPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG, Berlin 2002, 20 Seiten

MIGRATION UND DEMOKRATISCHE PARTIZIPATION

GEMEINSCHAFTSAUFGABE MIGRATION

Die Heinrich-Böll-Stiftung orientiert sich in ihrer Arbeit u. a. am Leitbild einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft, in der diskriminierende Strukturen verändert und zivile Formen und Maßnahmen des Zusammenlebens entwickelt werden. Dies kann nur in der Verantwortung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammen geleistet werden und ist daher eine „Gemeinschaftsaufgabe“. Für die Heinrich-Böll-Stiftung bedeutet dies, unter Beteiligung von Migrantinnen und Migranten solche gesellschaftspolitischen Diskurse zu initiieren oder zu unterstützen, die politische Veränderungen im o. g. Sinne bewirken.

Innerhalb der Stiftung wird dazu mit Elementen der Gleichstellungspolitik und mit Methoden der interkulturellen Organisationsentwicklung gearbeitet: Eine Quote von mindestens 10 Prozent Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht-deutscher Herkunft ist in der Satzung festgeschrieben. Ein weiteres Lernziel ist der Umgang mit und die Gestaltung von Kulturunterschieden und ethnischer Vielfalt. Im Jahr 2001 wurde die Gemeinschaftsaufgabe Migration durch den Schwerpunkt Interkulturelles Management erweitert. Der neue Teilbereich zielt auf die interne Qualitätssicherung und die zusätzliche Kompetenzentwicklung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Umgang mit kultureller Vielfalt und Interkulturalität innerhalb der Stiftung wie auch in der Arbeit mit den Projektpartnern im In- und Ausland. Erste Aktivitäten waren die Konzeptentwicklung für eine interkulturelle Organisationsentwicklung der Stiftung sowie projektbezogene Beratungen.

Infos: migration@boell.de

EINWANDERUNG GESTALTEN!

ANHÖRUNG ZU DEN EMPFEHLUNGEN DER ZUWANDERUNGSKOMMISSION

Konzeptionelle Empfehlungen und praxisorientierte Vorschläge für eine neue Zuwanderungs- und Integrationspolitik der Bundesrepublik – so lautete der Auftrag der von Innenminister Schily eingesetzten „Unabhängigen Zuwanderungskommission“ unter Leitung der ehemaligen Präsidentin des Deutschen Bundestages, Prof. Rita Süßmuth. Nachdem über den Bericht der Sachverständigen viel spekuliert worden ist, stellten auf einer öffentlichen Anhörung der Heinrich-Böll-Stiftung am 12. Juli 2001 Frau Süßmuth und weitere Mitglieder der Kommission den Abschlußbericht vor. Anschließend hatten Vertreterinnen und Vertreter gesellschaftlicher Verbände sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Gelegenheit, zu den Ergebnissen Stellung zu nehmen und mit den Kommissionsmitgliedern über strittige Punkte zu diskutieren. In der abschließenden Podiumsdiskussion debattierten Politikerinnen und Politiker quer durch die Parteien über Fragen der politischen Umsetzung der Empfehlungen.

„Die Kommission empfiehlt die Schaffung eines Zuwanderungs- und Integrationsgesetzes des Bundes. Sie ist der Überzeugung, dass bestehende Gesetze sich nicht dazu eignen, den Paradigmenwechsel und die Grundentscheidungen einer neuen Zuwanderungspolitik bewußt zu machen. Das neue Gesetz sollte u. a. die Arbeitsmigration regeln und den integrationspolitischen Rahmen setzen“

Auszug aus dem Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“

KONGRESS „EINWANDERUNGSLAND DEUTSCHLAND: IDENTITÄT – INTEGRATION – VIELFALT“

Vor dem Hintergrund der politischen Debatte um ein neues Zuwanderungsgesetz richtete sich der Kongreß Ende August in Frankfurt/Main, der von der Heinrich-Böll-Stiftung, der hessischen Landesstif-

tung und der Bundeszentrale für politische Bildung veranstaltet wurde, an eine breite Öffentlichkeit. Ziel war es, die verschiedenen Integrationskonzepte wie auch die Praxis der Integration zu diskutieren. In ihrem Eröffnungsvortrag plädierte die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck (Bündnis 90/Die Grünen), für eine Neuorientierung in der Integrationspolitik. Nachdrücklich wies sie darauf hin, daß die Integration von Migrantinnen und Migranten gestärkt und auch finanziell gefördert werden muß, daß aber Zuwanderung nicht gegen den humanitären Flüchtlingsschutz ausgespielt werden darf. In der anschließenden Podiumsdiskussion „Zwei Monate nach dem Bericht der Süßmuth-Kommission“ waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer trotz aller Unterschiedlichkeit in der politischen Einschätzung an einem zentralen Punkt einig: Ein Zuwanderungsgesetz auf Basis des Referentenentwurfs im „Hau-Ruck-Verfahren“ durchzupeitschen wäre fatal.

Das Forum „Deutsche Einwanderungs- und Integrationskonzepte und europäische Migrationspolitik im Vergleich“ gab einen Überblick vor allem über die derzeit in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern diskutierten Zuwanderungsmodelle. Um Chancen und Nutzen von Arbeitsmigration für Wirtschaft und Gesellschaft ging es in einem Parallel-Forum. Daß es um die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt für Migranten schlecht bestellt ist, machte Pari Niemann (NDR-Gleichstellungsbeauftragte) deutlich: Die Arbeitslosenquote unter Ausländern sei mit 18,4 Prozent mehr als doppelt so hoch wie unter Deutschen. Der Anteil der ungelernten Erwerbstätigen mit 10 Prozent dreimal höher als unter Deutschen. In keinem anderen gesellschaftlichen Bereich Deutschlands ist die Integration unterschiedlicher Nationalitäten dagegen soweit fortgeschritten wie in dem der Kunst und Kultur. Ein besonderer Fall ist die Literatur derjenigen Autorinnen und Autoren, die ihre Kunst bereits in der Sprache ihrer neuen Heimat ausdrücken. Im Forum „Neue Heimat – Sprache Deutsch“ berichteten drei Autorinnen aus Rumänien, der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien über ihre Erfahrungen mit der „neuen Sprache“ und ihre Erlebnisse in Deutschland und lasen aus ihren Werken vor.

Menschen, die wegen der Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder gesellschaftlichen Gruppe oder weil sie Frauen oder Kinder sind, in ihrer Heimat ausgebeutet, diskriminiert, mißhandelt oder gar getötet werden, standen im Blickpunkt des Forums zu „Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit“. Aktivisten aus Indien und Südafrika berichteten über die Situation in ihren Heimatländern und die Arbeit vor Ort. Thema eines weiteren Forums war die in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegene Zahl der in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten und die Konsequenzen für das Bildungs- und Schulsystem. Wie kann man der sprachlichen und kulturellen Vielfalt an unseren Schulen gerecht werden? Welche Bildungssysteme sind erforderlich damit Migrantinnen und Migranten die gleichen Chancen erhalten wie Deutsche? Fragen, über die Ingrid Gogolin vom Institut für international und interkulturell vergleichende Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg und Ursula Neumann, Ausländerbeauftragte des Hamburger Senats, diskutierten.

TAGUNG „BÜRGERSCHAFT UND DIFFERENZ – POLITISCHE UND RECHTLICHE STRATEGIEN GEGEN DISKRIMINIERUNG“

Die deutsche Politik steht mit den von der Europäischen Union im Jahr 2000 verabschiedeten Richtlinien gegen Diskriminierung vor neuen Herausforderungen. Binnen drei Jahren müssen diese Richtlinien in nationales Recht umgesetzt werden. Mit den Chancen und Grenzen einer deutschen Antidiskriminierungspolitik in verschiedenen gesellschaftsrelevanten Bereichen beschäftigte sich die Tagung „Bürgerschaft und Differenz – Politische und rechtliche Strategien gegen Diskriminierung“, die von der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin – Projekt Feministische Rechtswissenschaft – in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung im Frühjahr 2001 veranstaltet wurde. Den theoretischen und politischen Kontext der Debatte erörterten Erna Appelt, Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck, und Dieter Grimm, Juristische Fakultät der Humboldt-Universität



Marieluise Beck, Ausländerbeauftragte der Bundesregierung

„Ohne substantielle Zuwanderung wird die Einwohnerzahl im Jahre 2040 von 82 Millionen auf 67 Millionen Menschen sinken. Ein Drittel davon wäre über 60 Jahre alt.“

Dita Vogel, Universität Oldenburg



Emine Sevgi Özdamar, Schriftstellerin und SchauspielerIn, Berlin

zu Berlin, am ersten Abend im Dialog „Recht und Diskriminierung – Bürgerschaft und Differenz“. In praktisch orientierten Workshops zu den Bereichen Nichtregierungsorganisationen, Glaubensgemeinschaften, Bildung, Medien, Rechtsetzung und Rechtsprechung tauschten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Erfahrungen aus und entwickelten gemeinsame Strategien gegen Diskriminierung. Die Ergebnisse und Forderungen wurden zum Abschluß der Tagung mit Vertreterinnen und Vertretern der Parteien diskutiert. Eine der Forderungen war die frühzeitige Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen an der gesetzgeberischen Arbeit und gegebenenfalls die Einrichtung einer Enquete-Kommission. Die Diskussion zeigte, daß die Arbeit am Recht gegen Diskriminierung gerade erst beginnt. Sie zeigte auch, daß übergreifende Perspektiven geeignet sind, politische Kräfte zu bündeln und konsistente ebenso wie handhabbare Forderungen an die Politik zu formulieren. Insofern war die Tagung ein erster Schritt auf einem längeren Weg.

„STRATEGIEN GEGEN DEN RECHTSEXTREMISMUS“

Die Demokratie in Europa ist in Gefahr – so lautet das Resümee eines Berichts des Europarates, in dem vor dem wachsenden Einfluß rechtsradikaler Parteien und dem Vormarsch der Skinhead-Bewegung gewarnt wird. Für die Bundesrepublik hat die NPD im Streben nach kultureller Hegemonie ein „Drei-Säulen-Konzept“ entwickelt. Neben dem Kampf um die Straße und die Parlamente kommt es ihr – wie anderen rechtsextremen Gruppierungen auch – auf den Kampf um die Köpfe an. Grund genug für die Heinrich-Böll-Stiftung, auch im Jahr 2001 einen Schwerpunkt ihrer Bildungsarbeit auf die „Strategien gegen den Rechtsextremismus“ zu legen. Neu war dabei die Ergänzung durch die Themen „Neue Rechte“ und „Intellektueller Rechtsextremismus“. Die sowohl als Ideologiekritik als auch als „Immunisierung der Köpfe“ angelegte aktuelle Auseinandersetzung stellte sich Fragen wie: Wo berühren sich antidemokratisches, völkisches und rechtskonservatives Denken? Wie thematisieren rechtsradikale Ideologen aktuelle Streitthemen wie Biopolitik, Europäische Einigung und Migration? Aufgegriffen wurden diese Themen auf der Veranstaltung „Rückt der Geist nach rechts? – Rechtspopulismus und Neue Rechte im Vergleich“ im Mai 2001. Frank Decker von der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg und Michael Minkenberg von der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder diskutierten mit Blick auf ganz Europa u. a. die Fragen: Wieso sind rechtsextreme Positionen so erfolgreich? Wer bereitet den „geistigen Boden“ für die Art und Weise, in der sich Medien und intellektuelle wie politische Eliten mit dem Phänomen „Rechtsextremismus“ auseinandersetzen und inwiefern sind rechtskonservative Ansichten in bestimmten Milieus nicht nur chic, sondern auch selbstverständlich geworden?

Der 5. Geschlechterdemokratische Dialog widmete sich ebenfalls dem Schwerpunkt „Rechtsextremismus“. Unter dem Titel „Männlich. Weiblich. Rechtsextrem“ stand im Mittelpunkt des Dialogs die Analyse von Männer- und Frauenbildern in der rechten Szene sowie deren Geschlechterverhältnisse aus wissenschaftlicher Sicht.

An den von der Bundesregierung aufgelegten Programmen zur Förderung von zivilgesellschaftlicher Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit beteiligte sich die Stiftung durch Unterstützung von auf mehrere Jahre angelegten Projekten der Landesstiftungen Sachsen und Brandenburg. Daneben wurden Initiativen über die Förderprogramme selbst informiert, wie in einer Veranstaltung zum Programm „Xenos – Leben und Arbeiten in Vielfalt“.

Im Projekt „Handlungsfähig gegen Rechtsextremismus“ der sächsischen Landesstiftung werden Konzepte für politische Bildungsveranstaltungen entwickelt, die Multiplikatoren in der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus weiterbilden und handlungsfähiger machen sollen. Die Zielgruppen sind dabei Sozialarbeiter, Lehrer, Polizisten, Journalisten sowie Mitarbeiter in kommunalen Behörden. In der ersten Phase im Jahr 2001 wurden die zielgruppenspezifischen Probleme, Methodiken und Bildungsbedarfe ermittelt, Netzwerke geknüpft und Veranstaltungen entwickelt.



Aufmarsch in Berlin gegen die Eröffnung der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“

Info: www.weiterdenken.de

In Brandenburg unterstützte die Stiftung die erste Phase des Projektes „Bunt statt braun“. Es richtet sich an Jugendliche und Multiplikatoren im Raum Frankfurt/Oder, Fürstenwalde und Eisenhüttenstadt. Kern des Projektes ist es, mit einem Netz von Angeboten der politisch-kulturellen Bildung zu informieren, aufzuklären und zu Widerstand und Engagement gegen rechte Inhalte und Strukturen aufzurufen. Das Besondere an diesem Projekt liegt in der Schaffung von kontinuierlichen Bildungsangeboten im ländlichen Raum, wo Angebote dieser Art für gewöhnlich fehlen.

KINDER HABEN RECHTE – OFT HABEN SIE AUCH RECHT! EVALUATIONSPROJEKT DER LANDESSTIFTUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wenn es um die Planungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen geht, richtet sich der Blick in den Norden der Bundesrepublik. Dort rief 1989 die schleswig-holsteinische Landesregierung und das Deutsche Kinderhilfswerk die Gemeinschaftsaktion „Schleswig-Holstein – Land für Kinder“ ins Leben. Seit Anfang der neunziger Jahre werden aus diesen Mitteln Partizipationsmodelle und -projekte gefördert, und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Planungen und Vorhaben, die deren Interessen berühren, ist seit 1996 Bestandteil der Gemeindeordnung im nördlichsten Bundesland. Auch für die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein haben Erfahrungen mit Partizipationsformen, die Kindern und Jugendlichen einen Weg in demokratische Entscheidungswege eröffnen, immer eine wichtige Rolle gespielt. Gemeinsam mit der Fachhochschule Kiel, dem schleswig-holsteinischen Kinderschutzbund und dem Jugendministerium in Schleswig-Holstein hat die Heinrich-Böll-Stiftung über drei Jahre hinweg Beteiligungsprojekte in Schleswig-Holstein evaluiert. Die Untersuchung brachte insbesondere Erkenntnisse darüber, wie sich die Beteiligungen von Kindern und Jugendlichen auf konkrete kommunale Planungen auswirken, welche Veränderungen die Projekte bei den Beteiligten bewirken und welche Rahmenbedingungen erforderlich sind. Dem Projekt folgte die Herausgabe einer Broschüre, gedacht als eine praxisnahe Hilfe für Menschen, die Beteiligungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen durchführen oder durchführen wollen. Wirkungen und Qualitätsstandards von Partizipationsprojekten in der Kommune werden an konkreten Beispielen in Schleswig-Holstein aufgezeigt.

„STOLPERSTEINE“ – EIN SCHÜLERPROJEKT IN ERFURT

Vom 9. April bis 13. Mai 2001 machte die internationale Wanderausstellung „Anne Frank – eine Geschichte für heute“ auf Initiative der Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen Station in Erfurt. Durch die Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von Kooperationspartnern gab es zudem ein breitgefächertes Rahmenprogramm, das insbesondere Schülerinnen und Schüler zur weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema einlud. Besonders zu erwähnen ist das Schülerprojekt „Stolpersteine“. Im Mittelpunkt dieses Projektes standen ehemalige jüdische Mitbürger, die von den Nationalsozialisten ermordet wurden. Erfurter Schülerinnen und Schüler begaben sich auf Spurensuche und gestalteten jeweils einen Gedenkstein für die Opfer, deren Namen die Forschungsgruppe „Geschichte der Juden im nationalsozialistischen Thüringen“ am Europäischen Kulturzentrum Thüringen zur Verfügung gestellt hatte. Bei der Gestaltung ging es weniger um künstlerisch hochwertige Arbeiten, als darum, den Deportierten und Ermordeten zu gedenken, sie wieder in Erinnerung zu bringen. Über 120 Schülerinnen und Schüler beteiligten sich an dem Projekt und gestalteten circa 45 Steine. Am Aktionstag, dem 5. Mai 2001, wurden die Steine nach einer Eröffnungsveranstaltung in der Innenstadt plaziert. Die Fußgänger stießen unwillkürlich auf die Objekte, „stolperten“ darüber. An jedem Stein standen Schülerinnen und Schüler und suchten das Gespräch mit den Passanten. Nach dem Aktionstag wurden die Steine an verschiedenen öffentlichen Orten der Stadt Erfurt ausgestellt.

Info: www.boell-brandenburg.de

Praxishandbuch BETEILIGUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN IN DER KOMMUNE – VOM BETEILIGUNGSPROJEKT ZUM DEMOKRATISCHEN GEMEINWESEN, März 2002

Wissenschaftliche Publikation „VOM BETEILIGUNGSPROJEKT ZUM DEMOKRATISCHEN GEMEINWESEN“, erscheint im Herbst 2002 im Votum-Verlag.

Info: www.boell-sh.de



Stolperstein – von Erfurter Schülern gestaltet

„TAKING ROOT IN HARD GROUND. WURZELN SCHLAGEN AUF HARTEM BODEN“
FOTOAUSSTELLUNG DER LANDESSTIFTUNG MECKLENBURG-VORPOMMERN



„Mein Körper ist hier, aber mein Geist...“, so die Bildunterschrift der Schüler der Klasse 8a der Borwinschule

Wie sich nach den rassistischen Auseinandersetzungen von Rostock-Lichtenhagen das Zusammen- und Nebeneinanderherleben von Deutschen und Nichtdeutschen in Rostock und der Region gestaltet, das war die Frage bzw. Idee hinter der Fotoausstellung „Taking Root in Hard Ground. Wurzeln schlagen auf hartem Boden“. Konzipiert und entwickelt wurde sie, mit Unterstützung des Kultusministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern, vom Bildungswerk Mecklenburg-Vorpommern der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Rostocker Verein *Diên Hong – Gemeinsam unter einem Dach*. Der in Berlin lebende spanische Fotograf Francisco Conde bekam den Auftrag, sich auf künstlerische Weise dem Berufs- und Lebensalltag der in Rostock lebenden Migrantinnen und Migranten zu nähern. Dabei entstanden Aufnahmen, die neben den Hoffnungen, Träumen und Illusionen der Zugewanderten auch deren Bemühungen einfangen, in der Fremde heimisch zu werden. Gezeigt wird der Nachbar oder die Arbeitskollegin, der erfolgreiche Unternehmer, ein Gebet in einer muslimischen Gemeinde. Im Zentrum steht der oder die Zugewanderte als Mensch, mit all seinen Chancen und Risiken, Hoffnungen und Enttäuschungen, mit Wut und Freude oder Gleichgültigkeit. Sowohl die Portraitierten als auch deutsche Jugendliche entwickelten zu den einzelnen Bildern Textunterschriften. Dadurch wurde die Spannbreite zwischen Eigen- und Fremdwahrnehmung eindrucksvoll deutlich gemacht. Die Ausstellung war vom 01. Februar bis 09. März 2001 in Rostock zu sehen, in Anschluß daran wanderte sie durch zahlreiche Städte im Norden Deutschlands.

Auch im Jahr 2002 tourt die Ausstellung durch Deutschland. Für das Jahr 2003 kann sie noch gebucht werden. Näheres unter:

Bildungswerk Mecklenburg-Vorpommern
in der Heinrich Böll Stiftung
Mühlenstraße 09
18055 Rostock
Fon: 0381-49 22 184
Fax: 0381-49 22 156
Email: boell.m-v@fliix.de
Homepage: www.boell-mv.de

BUDDHISTISCHES INSTITUT, KAMBODSCHA

Gegründet im Jahr 1926, war das Buddhistische Institut in Phnom Penh national und international als intellektuelles, kulturelles und spirituelles Zentrum Kambodschas in der Region Südostasien bekannt geworden. Das Institut besaß eine der größten Bibliotheken der Region mit einem Bestand von 30.000 Bänden, es wurde daher als „Seele Kambodschas“ bezeichnet. Unter der Roten Khmer wurde das Buddhistische Institut völlig zerstört.

Erst im Juni 1992 begann mit kaum vorhandener Infrastruktur und wenig Personal die Wiederbegründung, seit 1993 unterstützt die Heinrich-Böll-Stiftung das Projekt. Ein erstes ambitioniertes Ziel

war, das Buddhistische Institut in seinen alten Strukturen wieder aufzubauen und vor allem die Bibliothek mit 18 Zweigstellen in den Provinzen des Landes der interessierten kambodschanischen Öffentlichkeit wieder zu öffnen. So sollte das Institut zu Beginn des neuen Jahrtausends seine Rolle als nationales Zentrum des Lernens, der Dokumentation und der Wissensvermittlung um die eigene kambodschanische buddhistische Tradition und Geschichte wieder einnehmen und der modernen Gesellschaftsentwicklung des Landes gerecht werden. Dies ist weitgehend gelungen. Nachdem bisher in die materielle Infrastruktur und die Ausbildung des Personals investiert wurde, geht es nun darum, die Aktivitäten des Instituts – regelmäßige Bildungsveranstaltungen, Workshops und andere öffentlichkeitswirksame Maßnahmen – weiter zu institutionalisieren und das Institut damit auch zu einem „think tank“ für eine Kultur des Friedens und der nachhaltigen Entwicklung in Kambodscha zu machen.



Darbietung traditioneller tibetischer Tänze und Gesänge auf dem Berliner Karneval der Kulturen

TIBETISCHE LHAMO-OPER AUF DEM KARNEVAL DER KULTUREN IN BERLIN

Das *Tibetan Institute of Performing Arts* (TIPA) war Anfang Juni 2001 mit der Aufführung einer traditionellen tibetischen Lhamo-Oper Teil des Umzuges des Karnevals der Kulturen in Berlin. Die Künstlerinnen und Künstler befanden sich auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung in Deutschland. Seit Anfang der neunziger Jahre unterstützt die Stiftung die tibetische Exilgemeinde im nordindischen Dharamsala beim Aufbau demokratischer Institutionen und der Wahrung ihrer kulturellen und religiösen Identität. Die Zusammenarbeit mit dem *Tibetan Institute of Performing Arts* (TIPA) begann 1997 im Rahmen des Projektes „Kulturelles Erbe und Entwicklung für die Exilgemeinschaft der Tibeter in Indien“. Das Projekt zielt wesentlich auf die Wiederbelebung und Popularisierung der Lhamo-Oper innerhalb der Exilgemeinschaft ab, um publikumswirksam bildend und erzieherisch Themen von gesellschaftspolitischer Bedeutung darzustellen und zugleich kulturelle Traditionen wiederaufleben zu lassen. Auf dem Berliner Karneval der Kulturen präsentierte das Ensemble in farbenprächtigen Kostümen und Masken Tänze und Gesänge mit musikalischer Begleitung aus allen Landesteilen Tibets.

Das Tibetan Institute of Performing Arts, mit Sitz in Dharamsala, wurde 1959 unmittelbar nach der Flucht des Dalai Lama nach Indien gegründet. Zur Zeit arbeiten ca. 120 Personen in verschiedenen Abteilungen wie Forschung und Archivierung, Dramaturgie, Ausbildung und Kunsthandwerk.

Info: www.tibetanarts.org

MENSCHENRECHTE, ZEITGESCHICHTE UND ZUKUNFT DER DEMOKRATIE

DIE HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG UND DER 11. SEPTEMBER



Navid Kermani und Citha Maaß

Seit den Terroranschlägen vom 11. September steht die Welt vor einer neuen Dimension von kriegsrischem Terror. Die Folgen der Ereignisse berühren auch Kernbereiche der Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung: Ob internationale Beziehungen und Konfliktprevention, Innere Sicherheit und Bürgerrechte oder der Dialog zwischen den Kulturen – diese Themen haben seit den Anschlägen in den USA eine neue Bedeutung erhalten. Um dem starken Informations- und Diskussionsbedürfnis unmittelbar nach den Anschlägen ein Forum zu bieten, initiierte die Heinrich-Böll-Stiftung die Gesprächsreihe „Nach dem 11. September – Auswirkungen, Interpretationen, Fragen“. Mit dem Anspruch größtmöglicher Aktualität und unter Hinzuziehung kompetenter Fachleute wollte die Stiftung der interessierten Öffentlichkeit die Hintergrundexpertise zur aktuellen politischen Lage liefern.

In der Auftaktveranstaltung am 18. September referierte Citha Maaß, Südasienreferentin der Stiftung Wissenschaft und Politik, u. a. über die Hintergründe des Aufstiegs der Taliban. Über Möglichkeiten im Kampf gegen den Terrorismus sprach der Publizist und Islamwissenschaftler Navid Kermani, und als dritter Referent des Abends steuerte Steven E. Sokol, Leiter des Berliner Aspen-Instituts, seine persönliche Einschätzung der Stimmungslage in den USA bei. Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, erinnerte zum Schluß an die Bedeutung, die Amerika über Jahrhunderte hinweg als Zufluchtsort für Verfolgte und Bedrängte inne hatte.

Wie denn eine Bündnis-Solidarität, die diese Überlegungen mit einschließt, politisch wirkungsvoll werden kann, war eines der Themen der Folgeveranstaltung. Unter dem Titel „Wohin gehen die USA? Auswirkungen der Terroranschläge für die USA und das transatlantische Verhältnis“ diskutierten u. a. Margit Mayer, Professorin am John F. Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin, und Karsten Voigt, Koordinator für deutsch-amerikanische Verhältnisse im Auswärtigen Amt, über mögliche Reaktionen der USA und deren Folgen für das transatlantische Bündnis.

Die dritte Gesprächsrunde fand in Kooperation mit der *tageszeitung* statt und widmete sich dem Thema „Entstaatlichung des Krieges: Terrorismus und internationale Sicherheitspolitik“. Daß die Kluft zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden wenn nicht die Ursache, so doch zumindest eine der Grundlagen globaler Terroranschläge ist, darüber herrschte weitgehend Einigkeit unter den Referenten. Nicht jedoch über die Konsequenzen, die aus diesem Befund zu ziehen wären.

Auf der vierten Veranstaltung der Reihe diskutierten der ehemalige Berliner Justizsenator Wolfgang Wieland, der Publizist Bahman Nirumand, die Journalistin Bettina Gaus und Markus Beckedahl vom Netzwerk Neue Medien über den Umgang der liberalen Gesellschaft mit terroristischen Bedrohungen. Die Wirksamkeit der bisher erwogenen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung wurden größtenteils mit Skepsis betrachtet, zu Befürchten stände auch die Einschränkung von Grundrechten einer freien Gesellschaft im Zuge des Ausbaus der Sicherheitsmaßnahmen.

„Anreden gegen Krieg und Terror – Ein internationaler feministischer Dialog“ war das Thema der fünften Veranstaltung, die vom Feministischen Institut der Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit dem Frauenfriedensnetzwerk Scheherazade ausgerichtet wurde. Internationale Aktivistinnen verschiedener Fraueninitiativen diskutierten über zivile Konfliktstrategien und die Möglichkeiten internationaler Frauennetzwerke, Alternativen zu militärischen Strategien und Interventionen aufzuzeigen und durchzusetzen.

Die letzte Diskussionsveranstaltung, knapp zwei Monate nach den Anschlägen, befaßte sich mit dem Verhältnis von Islam und Moderne und ging der Frage nach, inwiefern der Konflikt auch Anknüpfungspunkte für die Annäherung scheinbar unversöhnlicher Gegensätze bieten kann. Es diskutierten Katajun Amirpur, Publizistin und Islamwissenschaftlerin, und Ahmed Badawi, Journalist aus Ägypten, zu jener Zeit Research Associate an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Ausführliche Berichte zu allen Gesprächsrunden sind im Internet nachzulesen unter www.boell.de.

Unmittelbar nach dem 11. September richtete die Heinrich-Böll-Stiftung auf ihrer Homepage ein Dossier zu diesem Thema ein. Fortlaufend aktualisiert, bietet es ein umfassendes Angebot an Aufsätzen, Hintergrundinformationen und Berichten zu den Folgen der Anschläge, zur Außenpolitik des Westens und zur Lage in Afghanistan. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Auslandsbüros der Stiftung berichten aus verschiedenen Regionen der Welt von den Reaktionen auf die Terrorakte in den USA. Die durchaus unterschiedlichen, zum Teil kontroversen Betrachtungsweisen rückten dabei die Vielschichtigkeit der brisanten Gemengelage von Terror und Gegenschlag ins Bewußtsein. Ebenfalls auf der Homepage zu finden sind sämtliche Erklärungen, Aufrufe und Offene Briefe im Zusammenhang mit den Anschlägen sowie eine Liste mit weiterführenden Links.

Auch das Stiftungsmagazin setzte seinen Schwerpunkt auf das Thema „Nach dem 11. September“. Stiftungsvorstand Ralf Fücks analysiert die Debatte und Schlußfolgerungen um Ursachen und Konsequenzen der Terroranschläge in den USA. Um innenpolitische Reaktionen und das rotgrüne Sicherheitspaket geht es in einem Beitrag von Cem Özdemir. Ulrich Fischer, Referent für Menschenrechtspolitik der grünen Bundestagsfraktion, berichtet von den Bedingungen, unter denen die Taliban und Al Qaida ihre Vormachtstellung in Afghanistan erlangen konnten, und in einem Interview äußert sich die afghanische Soziologin Mariam Notten zur Lage der Frauen und Flüchtlinge in Afghanistan. Auch einige Auslandsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter kommen zu Wort und berichten von den Reaktionen aus Washington, Pakistan, dem Nahen Osten und Moskau.

DIE NEUE HERAUSFORDERUNG AFGHANISTAN

Der Wiederaufbau Afghanistans nach dem Sturz des Taliban-Regimes bedeutete auch für die Heinrich-Böll-Stiftung eine neue entwicklungspolitische Herausforderung auf bislang ungewohntem Terrain. Zwar gehört die Beobachtung des Nachbarlandes seit 1993 zu den Aufgaben des Regionalbüros in Pakistan, auch wurden in Einzelfällen kleinere Projekte in den afghanischen Flüchtlingslagern von Quetta gefördert, doch war es den Stiftungen bis vor kurzem aus politischen Gründen untersagt, Projekte im Kontext Afghanistan zu fördern. Das änderte sich nach den Anschlägen vom 11. September mit dem internationalen Kampf gegen den Terrorismus. Um mögliche eigene Handlungsoptionen neu bewerten und gleichzeitig Expertise gewinnen zu können, lud die Heinrich-Böll-Stiftung am 14. November 2001 zu einem hochrangig besetzten Fach- und Koordinierungsgespräch. Afghaninnen und Afghanen der deutschen Diaspora wie Mariam Notten und Rangin Dadfar Spanta diskutierten zusammen mit Vertretern der afghanischen Botschaft und über 30 weiteren Expertinnen und Experten die aktuelle Lage in Afghanistan. Kontroverse Impulsreferate u. a. von Citha Maaß, Stiftung Wissenschaft und Politik, Prof. Michael Pohly, Fachbereich Iranistik der Freien Universität Berlin, und Uli Fischer, Referent Menschenrechtspolitik, Bündnis 90/Die Grünen, sowie von Lotte Leicht, Human Rights Watch, und Erhard Bauer, Deutsche Welthungerhilfe, beleuchteten politische und humanitäre Probleme und das Kräftespektrum in Afghanistan und im Exil.

Einige der abschließend formulierten Handlungsempfehlungen wurden zwar vom Lauf der Geschichte schnell überholt, insgesamt haben sich aus diesem Fachgespräch allerdings sowohl personelle als auch politische Beziehungen und Perspektiven entwickelt. Diese werden der Heinrich-Böll-Stiftung in den nächsten Jahren helfen, sich als eine kompetente Adresse für den Wiederaufbau Afghanistans im Bereich Frauenförderung, Medien und Bildung anzubieten. Das erwies sich schon im Dezember 2001,

Das Magazin www.boell.de, 2001 Zwei: NACH DEM 11. SEPTEMBER ist in der Stiftung erhältlich.

Dokumentation des Fachgesprächs unter www.boell.de im Dossier zum 11. September.

als die Stiftung die erste, parallel zu den historischen Petersberger Gesprächen stattfindende „Zivilgesellschaftskonferenz Afghanistan“ mit ermöglichte. Mittlerweile unterhält die Heinrich-Böll-Stiftung in Kabul erste Kooperationspartnerschaften. Ergebnisse von eigenen Reisen und Studien werden helfen, die Arbeit zum Thema Afghanistan in den nächsten Jahren zu konsolidieren und möglicherweise um den Bereich Demokratieförderung fortzuentwickeln.

FRIEDENSGESPRÄCHE IM ZEICHEN DER GEWALT? – PODIUMSDISKUSSION ÜBER DEN STAND DES NAHOST-KONFLIKTES

Die fortlaufende Zuspitzung der israelisch-palästinensischen Beziehungen seit Herbst 2000 lassen die Hoffnungen auf ein baldiges Ende der Auseinandersetzungen in Israel und Palästina schwinden. Jahrelange Bemühungen um einen Ausgleich der unterschiedlichen und gegensätzlichen Interessen sind gescheitert, die Gewalt nimmt kein Ende. Auf einer Podiumsdiskussion der Heinrich-Böll-Stiftung im Mai 2001 debattierten u. a. Mordechai Lewy, Gesandter des Staates Israel in Deutschland, und Abdallah Hijazi, Stellvertretender Generaldelegierter Palästinas, über den Stand des Nahost-Konfliktes und die Chancen für mögliche Auswege aus der Krise. Die zeitweise hitzig geführte Debatte zwischen Lewy und Hijazi und das gegenseitige Beharren auf ihren Positionen machten deutlich, daß auf dem Weg zu einer friedlichen Problemlösung noch viele Hindernisse überwunden werden müssen. Diskutiert wurde auch über die Rolle Europas und der Internationalen Staatengemeinschaft für einen möglichen Friedensweg.

Die Podiumsdiskussion war eine Veranstaltung im Rahmen des „krisenspiels“, einem studentisch organisierten Projekt zur Simulation internationaler Konflikte. In Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung ermöglicht es Studierenden am Otto-Suhr-Institut für Politische Wissenschaften der Freien Universität Berlin, aktuelle Konfliktsituationen und deren Strukturen in Form eines Rollenspiels zu untersuchen. Das durch vorbereitende Seminarsitzungen, Expertenreferate zur Konfliktforschung und historischen Zusammenhängen gebildete Hintergrundwissen wird dann an einem Wochenende in „reales“ Handeln umgesetzt. So übernehmen die Teilnehmenden die Rollen relevanter Akteure des Konfliktes und versuchen ihre Ziele in Verhandlungen zu erreichen. Nach dem „Kaschmir-Konflikt“ im Jahr 2000 nahm sich das „krisenspiel“ im Sommer 2001 den Nahost-Konflikt vor.

Weitere Informationen zum „krisenspiel“ unter www.krisenspiel.de, zur Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung in Nahost unter www.boell.de

AL MUWATIN – DAS PALÄSTINENSISCHE INSTITUT FÜR DEMOKRATIESTUDIEN

Im Nahen Osten unterstützt die Heinrich-Böll-Stiftung u. a. das 1992 in Ramallah, Palästinensische Autonomiegebiete, von palästinensischen Geisteswissenschaftlern und Journalisten gegründete Institut für Demokratiestudien, Al Muwatin (Der Bürger). Mittlerweile hat sich das Institut zu einem der wichtigsten Träger der demokratischen und zivilgesellschaftlichen Debatte zu Gegenwartsfragen in Palästina und der Region entwickelt. Die Symposien, Konferenzen und Publikationen des Instituts zu aktuellen Fragen und Herausforderungen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung finden im gesamten arabischen Raum ein positives und nachhaltiges Echo. Zudem ist es als eines der Gründungsmitglieder treibende Kraft im Netzwerk der palästinensischen unabhängigen Nichtregierungsorganisationen. Die politische Bildungsarbeit von Al Muwatin zielt auf die Herausbildung eines demokratischen Bewußtseins und Handelns und damit auf die Förderung des Demokratisierungsprozesses in Palästina und den Ländern des arabischen Nahen Ostens. Die Entwicklung und Förderung der Zivilgesellschaft sowie deren Vernetzung auf lokaler und regionaler Ebene soll gestärkt werden. Allerdings wurde die Arbeit von Al Muwatin im Jahre 2001 stark von den Maßnahmen des israelischen Militärs (Abriegelung, Ausgangssperren und Besetzung der Stadt Ramallah) behindert. So mußte u. a. die für November 2001 geplante internationale Konferenz zu den Herausforderungen einer zukünftigen palästinensischen Politik leider verschoben werden.

www.muwatin.org

„MAZEDONIEN ZWISCHEN STAATLICHER SOUVERÄNITÄT UND ETHNISCHER SELBSTBESTIMMUNG – CHANCEN FÜR FRIEDENSPOLITISCHE ANSÄTZE?“
FACHTAGUNG DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG AM 24. SEPTEMBER 2001



Teuta Arifi, St. Cyril and Methodius University, Skopje

Wenige Tage vor dem Ende des NATO-Einsatzes in Mazedonien veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung eine Fachtagung zu den Chancen friedenspolitischer Ansätze in Mazedonien. In Zusammenarbeit mit dem *Stability Pact for South Eastern Europe* wurden Fachleute und Gäste aus Südosteuropa eingeladen, um sich über ihre Standpunkte zur Entstehung, zu den Einwirkungsmöglichkeiten von außen und den regionalen Dimensionen des Konfliktes auszutauschen. Thema des ersten Forums waren die Akteure, insbesondere die seit Anfang des Jahres 2001 mit bewaffneten Aktionen agierende „Nationale Befreiungsarmee“ (UÇK). Das zweite Forum beleuchtete Einwirkungsstrategien internationaler Organisationen und Akteure und fragte nach Lehren aus der Vergangenheit. In der Diagnose waren sich hier alle Expertinnen und Experten schnell einig: Diese Strategien sind wenig erfolgreich gewesen, ja sie beförderten nicht selten desaströse Zustände. Nicht umsonst wurde die Frage gestellt, ob nicht die Politik externer Akteure in der Region selbst ein Teil des Problems darstelle. Man konstatierte dabei gravierende Fehler der einwirkenden Akteure, aber auch teilweise widersprüchliche strategische und nationale Interessen einzelner westlicher Staaten. Die Auswirkungen des Mazedonienkonflikts auf die Stabilität in der Region wurden im dritten Forum überwiegend negativ beurteilt. Dabei geriet die labile Staatenordnung in der Balkanregion und die Gefahr einer Kettenreaktion von gewaltsamen Grenzrevisionen in den Blick. Daß die westliche Balkanregion seit nunmehr über zehn Jahren durch tiefgreifende Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen geprägt ist, ohne daß ein Ende von Instabilität und wirtschaftlichem Niedergang absehbar wäre, war Ergebnis der Diskussionen des vierten Forums: „Konfliktmanagement – aber wie? Konzeptionelle Fragen und neue Ansätze“. Es gebe kaum Beispiele von Lösungsansätzen, die aus der Region selbst entwickelt würden. Die Einwirkungen wären von gegensätzlichen völkerrechtlichen Grundpositionen der Souveränität von Staaten auf der einen und des Selbstbestimmungsrechts der Völker auf der anderen Seite geprägt. Die Minderheitenrechte würden nicht einheitlich in ihren Folgen für die Stabilität der Staaten bewertet. Auf der abendlichen Podiumsdiskussion zum Thema „Konzept gegen Konzeptionslosigkeit? Strategien und Instrumente internationaler Akteure im Mazedonienkonflikt“ gab die Verteidigungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis '90/Die Grünen, Angelika Beer, einen Überblick zum Stand des Entscheidungsprozesses am Ende der NATO-Operation „Essential Harvest“. Frau Beer wies auf die labile Lage im Land hin, da sowohl die UÇK als auch die von zahlreichen

„Die wichtigste langfristige Aufgabe ist der Wiederaufbau einer demokratischen und wirtschaftlich stabilen Gesellschaft im Kosovo. Nur so kann der Aktionsradius von Mafia, Extremisten und organisierter Kriminalität wirksam eingeengt werden. In diesem Kontext müssen auch konstitutionelle und demokratische Veränderungen mit dem Ziel der wirklichen Gleichstellung der Albaner in Mazedonien vollzogen werden.“
Zlatko Dizdarevic, Freier Journalist aus Sarajevo

Reihe „Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung“ Nr. 19: MAZEDONIEN ZWISCHEN STAATLICHER SOUVERÄNITÄT UND ETHNISCHER SELBSTBESTIMMUNG – CHANCEN FÜR FRIEDENSPOLITISCHE ANSÄTZE? Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin 2001, 32 Seiten

Die ukrainische Bürgervereinigung „Ji“ ist Projektpartnerin der Heinrich-Böll-Stiftung. Ihr Anliegen ist es, die ukrainische Gesellschaft für die politischen, kulturellen und intellektuellen Entwicklungen und Debatten West- und Mitteleuropas zu öffnen. Sie beschäftigt sich mit der Aufarbeitung und Vergegenwärtigung der multiethnischen Vergangenheit der Westukraine, um damit die aktuelle Verständigung mit den polnischen Nachbarn zu fördern.

Info: www.ji-magazine.lviv.ua

paramilitärischen Gruppierungen flankierten mazedonischen Sicherheitskräfte ihre Kampffähigkeit – auch nach „Essential Harvest“, die der UÇK galt – nicht verloren hätten. Otfried Nassauer, Leiter des Berliner Informationszentrums für transatlantische Sicherheit, kritisierte u. a. die „Zwangsethnisierung“ der Krisen in Südosteuropa durch die westlichen Medien und legte dagegen ein besonderes Augenmerk auf die verheerende sozioökonomische Lage in Mazedonien, das unter den Jugoslawienkriegen und den Wirtschaftssanktionen überdurchschnittlich gelitten habe. Er kritisierte die „Kriminalitätsprivatisierungen“ von Staatseigentum, die letztlich radikalen ethno-politischen Kräften zugute kämen.

INTERNATIONALE KONFERENZ: WAS FOLGT AUF DIE OST-ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION? – DER FALL POLEN/UKRAINE

Die Ost-Erweiterung der Europäischen Union stellt nicht nur für Mitglieder und Beitrittsländer eine enorme Herausforderung dar, sondern besonders auch für die Nachbarn, deren Beitritt auf absehbare Zeit ausgeschlossen wurde. Zwar ist vielen Bürgern der sogenannten „Outsider“-Staaten durchaus bewußt, daß die neue direkte Nachbarschaft der Europäischen Union auch Chancen birgt, gleichwohl hat in den letzten Jahren doch eher Angst und Mißtrauen die öffentliche Debatte geprägt – Angst vor Ausgrenzung, vor neuerlicher Isolation und vor einer Verfestigung bzw. Verschärfung des west-östlichen Wohlstandsgefälles. Infolgedessen könnte sich – so die häufigste Befürchtung – in diesen Ländern ein spezifisches, leicht entzündliches und nur schwer kontrollierbares Konfliktpotential anhäufen. Mit einer internationalen Konferenz in Kooperation mit der „Unabhängigen Kulturzeitschrift „Ji“ (Lviv) und dem Südosteuropa-Institut (Przemysl) wollte die Heinrich-Böll-Stiftung dazu beitragen, diese Ängste – nicht zuletzt im Interesse einer verantwortungsvollen Konfliktprävention – ernst zu nehmen. Ausgewiesene Spezialisten, Journalisten, Politiker und andere Personen des öffentlichen Lebens aus der Ukraine, Polen, Deutschland, Frankreich, Belgien, Rußland und der Schweiz trafen sich vom 22. – 25. Mai 2001 in Lviv (Ukraine) und Przemysl (Polen), um brauchbare Analysen, Prognosen und Entwürfe sowohl für die Politik der EU als auch der Ukraine vorzustellen und zu diskutieren. Ziel der Konferenz war es, praktische „Grenzerfahrungen“ mit einer qualifizierten Ideenwerkstatt zur Gestaltung grenzüberschreitender Kooperation an der zukünftigen EU-Ostgrenze zu verbinden. Im Verlauf des Programms referierten u. a. Daniel Cohn-Bendit, Mitglied des Europaparlaments (Fraktion der Grünen) und Prof. Dr. Myroslaw Popowytch (Kiew), Mitglied der Akademie der Wissenschaften. In drei Arbeitsgruppen wurden Empfehlungen an die Regierungen und die EU erarbeitet, die abendlichen Presseklubs boten weiteren Raum für Diskussionen. Die Veranstaltung fand in der Ukraine ein erstaunlich breites Medienecho, sowohl die ausländische bzw. ukrainische oppositionelle politische Prominenz kam zu Wort als auch Sprecher der veranstaltenden Organisationen.

PODIUMSDISKUSSION: EUROPA IN GUTER VERFASSUNG? – EIN AUSBLICK INS 3. JAHRTAUSEND

Mit der Ost-Erweiterung, mit der Schaffung einer politischen Union und der notwendigen Demokratisierung steht der Prozeß der Europäischen Einigung vor einer enormen Herausforderung. Gleichzeitig begreifen die Bürgerinnen und Bürger Europas dies weniger denn je als ihr Projekt. Wie die notwendigen institutionellen Reformen mit einem politisch-kulturellen Projekt verbunden werden könnten, darüber diskutierten auf Einladung der Hessischen Gesellschaft für Demokratie und Ökologie (HGDÖ) und der Heinrich-Böll-Stiftung am 22. Juni 2001 in der Frankfurter Paulskirche der polnische Schriftsteller und Menschenrechtler Adam Michnik, die belgische Vizepremierministerin Isabelle Durant (Grüne), der deutsche Außenminister Joschka Fischer und der Europaparlamentarier Daniel Cohn-Bendit.



Joschka Fischer



Isabelle Durant

Daniel Cohn-Bendit eröffnete die Debatte mit dem leidenschaftlichen Plädoyer, ein für die EU-Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbares Projekt anzugehen: „eine Verfassung, in der wir uns darüber verständigen, wie wir zusammenleben und wie wir das organisieren wollen.“ Die belgische Präsidentschaft solle auf einem Konvent aus Parlamentariern und der Zivilgesellschaft die nächste Regierungskonferenz vorbereiten und eine Verfassung entwickeln, über die dann in allen Mitgliedsländern per Volksentscheid abgestimmt werden solle. Joschka Fischer äußerte hingegen Zweifel am Konventsmodell und riet dringend dazu, den Vertrag von Nizza zu ratifizieren und die folgenden, sehr viel schwierigeren Schritte zu gehen. Die Ost-Erweiterung und die Einführung des Euro sowie die Tatsache, daß in den internationalen Krisen des 21. Jahrhunderts nicht mehr die Nationalstaaten, sondern nur noch Europa als Staatengemeinschaft Einfluß nehmen könnte, würden den Druck auf die heutigen Institutionen hin zu einer politischen Integration Europas wesentlich erhöhen.

Isabelle Durant sprach sich dafür aus, die Diskussion über den Föderalismus zu entdramatisieren und Föderalismus als ein Regierungsprinzip anzuerkennen, das es erlaube, auf friedliche Art und Weise Differenz und Einheit zu artikulieren. Ihr konkreter Vorschlag: Aus der EU-Kommission solle eine europäische Regierung werden.

Adam Michnik machte demgegenüber deutlich, daß seine Generation in Polen sehr empfindlich sei, wenn es um nationale Souveränität ginge. Für ihn war der „Kampf gegen den Kommunismus ein Kampf gegen eine doppelte Diktatur und für eine doppelte Emanzipation, d. h. für eine bürgerliche Emanzipation und eine nationale Emanzipation“. Die Generation seines Sohnes aber denke ähnlich wie Joschka Fischer: Sie wolle jedenfalls einen europäischen Paß haben. Michnik plädierte für eine schnelle EU-Osterweiterung, da nach Göteborg und dem irischen Referendum deutlich geworden sei, daß die gute Konjunktur für eine EU-Erweiterung nicht immer anhalten werde. Seine Aufforderung: „Heute und jetzt ist der Zeitpunkt richtig! Frau Vizepremierministerin, Herr Minister, strengen Sie sich noch mal so richtig an!“

„JEDEM SEINE AKTE“ – DAS STASI-UNTERLAGENGESETZ UND SEINE FOLGEN AUF DEM PRÜFSTAND

Der in der ersten Runde der juristischen Auseinandersetzung vom ehemaligen Bundeskanzler Helmut Kohl vor Gericht erzielte Erfolg in der Frage der Herausgabe seiner Akten führte im Jahre 2001 zu einer erneuten Debatte über den rechtmäßigen Umgang mit der Hinterlassenschaft des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. In einer Podiumsdiskussion der Heinrich-Böll-Stiftung am 10. September 2001 diskutierten Journalisten, Historiker sowie Politikerinnen und Politiker, darunter Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, vor dem Hintergrund der grundlegend veränderten Herausgabe-Praxis über Fragen wie den Stellen-



Marianne Birthler

wert des Informationsrechts der Öffentlichkeit gegenüber dem Schutz der informationellen Selbstbestimmung und die Folgen einer restriktiven Gesetzesauslegung für die politische und historische Aufarbeitung. Bei der Formulierung des Gesetzes über den Umgang mit Stasi-Akten im Jahr 1992 war man davon ausgegangen, den Opfern uneingeschränkter Zugang zu den über sie widerrechtlich gesammelten Daten zu gewährleisten. Außerdem ermöglichte das Gesetz die Herausgabe von Informationen über Personen der Zeitgeschichte. In Folge der juristischen Auseinandersetzung um die Akten Helmut Kohls hat die Bundesbeauftragte Marianne Birthler neue Richtlinien für die Einsicht in die Stasi-Akten erlassen.

In der Diskussion verwies Birthler darauf, daß für Personen der Zeitgeschichte, Inhaber politischer Funktionen und Amtsträger im Stasi-Unterlagengesetz ausdrücklich ein anderes Verfahren für die Herausgabe ihrer Akten gelte. Und daß gerade dieser Personenkreis für die kritische Debatte über die Strukturen der DDR von großer Bedeutung sei. Zudem würde die neue Richtlinie allen Bedenken des Persönlichkeitsschutzes Rechnung tragen. Hans-Hermann Hertle, Historiker am Zentrum für Zeithistorische Studien in Potsdam, bestand darauf, daß Stasi-Akten auch weiterhin für die Forschung zugänglich sein müßten. Ohnehin beständen schon genügend Restriktionen bei der Einsicht in die Unterlagen.

DER BÜNDNIS-FALL POLITISCHE PERSPEKTIVEN 10 JAHRE NACH GRÜNDUNG DES BÜNDNIS 90

Die Partei Bündnis 90, die 1993 mit den Grünen zu Bündnis 90/Die Grünen fusionierte, wurde am 21. September 1991 aus dem Zusammenschluß von drei Bürgerbewegungen der DDR gegründet. Anläßlich des zehnten Jahrestages dieser Gründung gaben Werner Schulz und die Heinrich-Böll-Stiftung einen Sammelband heraus, in dem Akteure von damals wie Marianne Birthler, Wolfgang Ullmann, Heiko Lietz und Wolfgang Templin an die Anfänge erinnern und nach nunmehr zehn Jahren Politik im vereinigten Deutschland Bilanz ziehen. Im Vorwort schreibt Ralf Fücks: „Dieser Sammelband entspricht nicht den landläufigen Vorstellungen einer Festschrift. Gerade für die Grünen, die als einzige bundesdeutsche Partei einen ernsthaften und langwierigen Anlauf zu einer gleichberechtigten gesamtdeutschen Parteibildung unternommen haben, ist seine Lektüre kein reines Vergnügen. Aber sie lohnt. Wer will, kann darin eine Menge Anregungen für die Erneuerung bündnisgrüner Politik finden. Vor allem aber vermitteln viele Beiträge die Lust am Denken auf eigene Rechnung, die Ernsthaftigkeit im Umgang mit den eigenen Erfahrungen und eine unkonventionelle, lebendige Sprache, die sich so wohltuend von den vorgestanzten Formeln des Politikbetriebs abhebt.“



DER BÜNDNIS-FALL. POLITISCHE
PERSPEKTIVEN 10 JAHRE NACH
GRÜNDUNG DES BÜNDNIS 90
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
und Werner Schulz
Edition Temmen, 1. Auflage, Bremen
2001, 202 Seiten,
Preis: €12,50, ISBN 3-86108-796-0

KUNST, KULTUR UND NEUE MEDIEN

FRIEDENSFILMPREIS 2001 FÜR „VIVRE APRÈS – PAROLES DE FEMMES“

Der Friedensfilmpreis wurde erstmalig 1986 im UNO-Jahr des Friedens ausgelobt und wird seitdem jährlich im Rahmen der Internationalen Filmfestspiele Berlin verliehen. Er war im Jahr 2001 mit einem Preisgeld von 8.000 DM und einer Plastik des Künstlers Ottmar Alt dotiert. Das Preisgeld stellt seit 1996 die Heinrich-Böll-Stiftung, die mit ihrer finanziellen und organisatorischen Unterstützung auch ihre Wertschätzung des Films als eines wichtigen, weil außerordentlich öffentlichkeitswirksamen Mediums gesellschaftlicher und damit kultureller Kommunikation zum Ausdruck bringen möchte. Ausgezeichnet werden Filme, die ästhetische Qualität mit humanem Denken, demokratischer Grundhaltung und sozialem Engagement verbinden. Die Schirmherrschaft für den Friedensfilmpreis liegt bei den Internationalen Ärzten zur Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in Sozialer Verantwortung e. V.

Der mittlerweile 16. Friedensfilmpreis ging im Jahr 2001 an den französischen Dokumentarfilm „Vivre après – paroles de femmes/Leben danach – Worte von Frauen“ des Regisseurs Laurent Bécue-Renard. Der Film begleitet die Trauma-Bearbeitung dreier Frauen in Bosnien. Sie kommen aus Flüchtlingslagern, um ein Jahr lang in einem geschützten Haus – zusammen mit zwölf anderen traumatisierten Frauen – die Ermordung ihrer engsten Verwandten aufarbeiten zu können. „Sedina, Jasmina und Senada aus Bosnien ermöglichen uns einen Einblick in die über Generationen andauernden Folgen von Kriegsleiden. Sie zeigen uns, wie das Erinnern von unerträglichen seelischen Schmerzen die einzige Möglichkeit ist, weiter leben zu können. [...] Ungewöhnlich ist, daß uns dieser Film den schmerzhaften Prozeß dieses Erinnerns miterleben läßt. Wie die Therapeutin und die Kamera die Trauer dieser Frauen begleiten und ihr Raum geben, ist zukunftsweisend und beispielhaft“, so die Begründung der Jury. Die Preisverleihung fand am 18. Februar in der Berliner Akademie der Künste statt. Die Laudatio hielt der Künstler Klaus Staeck.

Eine lobende Erwähnung und eine finanzielle Unterstützung von 2.000 DM fand der Film „The Optimists“ von Jacky Comforty. Der Dokumentarfilm beschreibt, wie in Bulgarien während des Zweiten Weltkrieges der Protest von Bevölkerung, Kirche und Teilen des politischen Establishments die Deportation von Juden in die Vernichtungslager verhinderte. Der Film mache deutlich, erklärte die Jury, daß es tatsächlich möglich war, als Bürger selbständig und mutig zu handeln und jüdische Mitbürger zu schützen.

HEINRICH BÖLL-HAUS LANGENBROICH

Seit Gründung des Heinrich-Böll-Haus Langenbroich im Jahre 1989 konnten inzwischen siebenundachtzig nicht-deutsche Schriftstellerinnen und Schriftsteller, Künstlerinnen und Künstler, Komponistinnen und Komponisten in das ehemalige Wohnhaus der Familie Böll eingeladen werden. In Zusammenarbeit mit dem Verein Heinrich-Böll-Haus Langenbroich und dem Land Nordrhein-Westfalen ermöglichten die Stipendien den vielfach aus bedrängten Situationen kommenden Gästen für einige Zeit ein ungestörtes, finanziell gesichertes, kreatives Arbeiten, frei von staatlicher Kontrolle oder gar Verfolgung.



Heinrich-Böll-Archiv
 Leitung: Viktor Böll
 Antwerpener Str. 19-29
 D-50672 Köln
 Tel: 0221 221-27728
 Fax: 0221 5102589
 Email: boell-archiv@netcologne.de

Im Juni 2001 fand auf dem Gelände des Böll-Hauses Langenbroich das traditionelle Sommerfest des Vereins statt. Bei dieser Gelegenheit wurde der neue Vorstand des Vereins vorgestellt: Viktor Böll, Leiter des Böll-Archivs der Stadt Köln; Dr. Karin Clark, Vizepräsidentin des P.E.N. Deutschland und „Writers in Prison“-Beauftragte; Godula Faupel, Mitglied der Auswahljury des Böll-Hauses; Liesel Koschorrek, stellv. Landrätin des Kreises Düren und Paul Larue, Bürgermeister der Stadt Düren. Der vormalige Vorstand des Böll-Hauses wurde verabschiedet.

Annemarie Böll, Dieter Kühn und Josef Vosen haben den Verein seit seiner Gründung mit Umsicht und Erfolg gelenkt.

STIPENDIATEN IM JAHR 2001

Ilja Falikov

Ilja Falikov, russischer Schriftsteller und Literaturkritiker. Nach dem Studium an der philologischen Fakultät der staatlichen Fernostuniversität in Wladiwostok war er als Matrose, Bibliothekar und Kulturfunktionär auf verschiedenen Schiffen der Fernosthandelsflotte. Seine Werke wurden nach anfänglichen Schwierigkeiten – er widerstand dem Druck der literarischen Nomenklatura, „patriotische Gedichte“ zu schreiben – seit den achtziger Jahren regelmäßig publiziert und Ilja Falikov avancierte zum renommierten Meister der Essayistik und Literaturkritik. Er veröffentlichte eine Reihe von Studien über die russische Poesie der letzten dreißig Jahre. In seinen Essays befaßt er sich u. a. mit den Gedichten von Aleksandr Pushkin, Boris Pasternak, Boris Sluzkij, Vladimir Vyssozkij. Seit 1994 publiziert Falikov regelmäßig Übersichten der aktuellen Poesieveröffentlichungen, die einen großen Teil seines Buches „Prosa über Gedichte“ bilden. Sein Roman „Das Dreiblatt des harten Wassers“ wurde für den Booker-Preis nominiert. Ilja Falikov ist Jurymitglied des Anti-Booker-Literaturpreises.

Sokol Beqiri

Sokol Beqiri, Maler, Grafiker und Bildhauer aus dem Kosovo. Nach dem Studium an der Academy of Figurative Arts in Prishtina nahm er an Ausstellungen in Belgrad, Zagreb, Ljubljana, Maastricht, Mailand, Kristiansen und Frankfurt teil. Er gehört zu einer Generation von Künstlerinnen und Künstlern aus dem Kosovo, die geprägt von der Eskalation der Gewalt eine neue Strömung in der bildenden Kunst zum Vorschein bringt. Während seines Aufenthaltes im Heinrich Böll-Haus-Langenbroich hatte er Ausstellungen im Kunsthaus Tacheles (Berlin) „(prishtina – berlin)“ und in der Bonner Ifa Galerie „Beautiful Strangers – Albanische Kunst“.

Meja Mwangi

Meja Mwangi, kenianischer Schriftsteller. Mwangis Geburtsstadt Nanyuki liegt im alten Siedlungsgebiet der Kikuyu und war in den frühen fünfziger Jahren Schauplatz des Mau-Mau-Aufstands gegen die weißen Siedler und die britische Kolonialverwaltung, einem der heftigsten Guerillakriege im Zuge der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen. Die Jugendeindrücke Mwangis waren durch den 1952 verhängten Ausnahmezustand bestimmt. Ab Mitte der siebziger Jahre erwarb er sich internationale Anerkennung als Schriftsteller und wurde mit diversen Preisen ausgezeichnet: Jomo Kenyatta Award für „Killing me quick“ (1973), Lotus Award (1978), Adolf-Grimme-Sonderpreis zur „Nord-Süd-Problematik“ (1992), Deutscher Jugendbuchpreis für „Kariuki“ (1992). Mwangi gilt als Autor des modernen Afrika. In seinen sozialkritischen Romanen, Theaterstücken und Kinderbüchern beschreibt er das Leben der Unter- und Mittelschichten. In seinem zuletzt auf Deutsch erschienenen Roman „Die achte Plage“ (1997) thematisiert er den Umgang mit Aids. Seine Literatur ist auf eine neue Art afrikanisch und weltläufig zugleich, Chronik ihrer Zeit und ihres Herkunftslandes.

Neben den Stipendiaten der Heinrich-Böll-Stiftung waren im Haus Langenbroich auch drei Künstlerinnen und Künstler zu Gast, die durch den Böll-Fonds des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert wurden:

Adem Gashi, Schriftsteller, Journalist und Vorsitzender des Schriftstellerverbandes Kosovo. Nach dem Studium der albanischen Sprache und Literatur in Prishtina arbeitete er als Fernsehjournalist. Im Jahre 1982 wurde er wegen seiner politischen Überzeugung verhaftet und vom serbischen Regime mit Berufsverbot belegt. 1998 wurde sein Haus in Brand gesetzt und seine Bibliothek mit 4000 Büchern sowie drei Manuskripte fielen den Flammen zum Opfer.

Adem Gashi

Hasiba Abdulrahman, Schriftstellerin und Menschenrechtsaktivistin aus Syrien. Sie wurde mehrmals wegen ihrer Mitgliedschaft in der „Kommunistischen Aktions-Liga“ inhaftiert. Zuletzt wurde sie aufgrund ihrer Begegnung mit einer Delegation von Amnesty International verhaftet und gefoltert. 1993 aus der Haft entlassen, erschien im Libanon ihr Roman „Der Kokon“. In diesem Roman mit autobiographischen Zügen erzählt Hasiba Abdulrahman die Geschichte einer Frau in Gefangenschaft.

Hasiba Abdulrahman

Faraj Bayrakdar, Schriftsteller, Lyriker und Journalist aus Syrien. 1987 wurde er aufgrund seiner politischen Aktivitäten und seiner Mitgliedschaft in der verbotenen „Kommunistischen Aktions-Liga“ verhaftet. Vor seiner Verhaftung war er Journalist und Verleger einer literarischen Zeitschrift. 1997 wurde ein Band mit aus dem Gefängnis geschmuggelter Poesie Faraj Bayrakdars im Libanon veröffentlicht, im Jahr darauf folgte eine französische Übersetzung. Im Mai 2000 erhielt er den Freedom to Write Award des PEN/New York. Im November 2000 wurde er im Rahmen einer Amnestie des syrischen Präsidenten Bashar Al-Assad aus der Haft entlassen.

Faraj Bayrakdar

Hasiba Abdulrahman

Faraj Bayrakdar



Rechtschreibung

Mit ihren Augen
Schreibt sie mich
Wenn sie einen Fehler macht
Besonders bei den Zwischensilben
Leihe ich ihr mein Herz
Um auszuradieren damit den Fehler
Um zu beginnen
Wieder von vorn
Die Zeile

Faraj Bayrakdar

„DIE ZUKUNFT DES DENKMALSCHUTZES – PERSPEKTIVEN DER STADTENTWICKLUNG AUF DEM PRÜFSTAND“ – PODIUMSDISKUSSION

Am 26. November 2001 veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem sächsischen Landesbildungswerk „Weiterdenken“ und der Villa Salzburg in Dresden eine Podiumsdiskussion zum Thema Denkmalschutz in Deutschland. Anlaß war die aktuelle Debattenlage zum Thema, denn die Erfolge des Schutzes und der Pflege von Baudenkmalern auf der einen und der drastische wirtschaftliche und städtebauliche Strukturwandel auf der anderen Seite machen eine erneute Diskussi-

„Der Denkmalschutz als staatliche Aufgabe muß erhalten bleiben. Er muß aber aus seiner behördlichen Exklusivität heraustreten und sich der offenen gesellschaftlichen Kommunikation stellen. Wenn das bürgerschaftliche Engagement für den Denkmalschutz gestärkt werden soll, muß der staatliche Denkmalschutz auf Dialog und Kooperation setzen.“

Auszug aus dem Eckpunktepapier von Franziska Eichstädt-Bohling und Antje Vollmer zur Stärkung des Denkmalschutzes

„Wenn staatliche Akteure übereinkommen könnten, ihre zivilgesellschaftlichen IT-Systeme wechselseitig nicht zum Kriegsschauplatz ihrer Militärs zu erklären, und darüber hinaus ein Konsens erzielt werden könnte, daß kritische Infrastrukturen auch in militärischen Auseinandersetzungen nicht zum IW-Schlachtfeld werden – wozu es durchaus ja Analogien im Kriegsvölkerrecht gibt –, wäre man der Realisierung einer unbedrohten zivilgesellschaftlichen Nutzung des Cyberspace einen Schritt näher gekommen. Dem Problem des ‚Cyberterrorismus‘ ist damit freilich nicht beizukommen.“

Georg Schöfbänker, Direktor des Österreichischen Informationsbüros für Sicherheitspolitik und Rüstungskontrolle (OISR)

Reihe „Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung“ Nr. 20, RÜSTUNGSKONTROLLE IM CYBERSPACE – PERSPEKTIVEN DER FRIEDENSPOLITIK IM ZEITALTER VON COMPUTERATTACKEN
Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung im Juni 2001
Berlin 2001, 68 Seiten

on der Voraussetzungen, Möglichkeiten und Ziele des Engagements von Staat und Bürger für den Denkmalschutz erforderlich. In ihrem Einführungsreferat schilderte Franziska Eichstädt-Bohling, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), u. a. die konkreten Auswirkungen des städtebaulichen Strukturwandels auf Baudenkmale und das Engagement von Staat und Bürger. Die anschließende Diskussion hinterfragte die Kriterien der Denkmalwürdigkeit, insbesondere mit Blick auf die noch erhaltenen, allerdings sehr umstrittenen Bauwerke der NS-Zeit und der DDR, und suchte Antworten auf Fragen wie: Wer sind die Nutzer von unter Schutz gestellten Bauwerken? Wer sind ihre Geldgeber und Investoren? In welchem Verhältnis stehen ästhetische, historische und städtebauliche Bewertungskriterien zu wirtschaftlichen und ökologischen Kriterien des Erhalts von Architektur? Wie können die Bürgerinnen und Bürger selbst stärker in eine qualitätsorientierte Diskussion über den heutigen Umgang mit baulichem Erbe eingebunden werden?

KONFERENZ: RÜSTUNGSKONTROLLE IM CYBERSPACE – PERSPEKTIVEN DER FRIEDENSPOLITIK IM ZEITALTER VON COMPUTERATTACKEN

Rüstungskontrolle im Cyberspace – wie kann so etwas funktionieren? Dieser Frage widmete sich die internationale Konferenz „Rüstungskontrolle im Cyberspace – Perspektiven der Friedenspolitik im Zeitalter von Computerattacken“, die von der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe Informationsgesellschaft und Sicherheitspolitik, dem Netzwerk Neue Medien, dem Forum InformatikerInnen für den Frieden, den Friedensforschungsinstituten IFSH aus Hamburg und HSK aus Frankfurt sowie dem Forschungsverbund Naturwissenschaft, Abrüstung und internationale Sicherheit am 29. und 30. Juni 2001 in Berlin ausgerichtet wurde.

Internationale Expertinnen und Experten, darunter Richard W. Aldrich, US Air Force Office of Special Investigations (Andrews, Maryland), Alexander Nikitin, Center for Political and International Studies (Moskau), und Andy Müller-Maguhn, Chaos Computer Club/ICANN, werteten Konzepte der Rüstungskontrolle und Abrüstung aus und überprüften ihre Übertragbarkeit auf den neuen Bereich der „Computer Network Attacks“. Drei Aspekte schienen im Laufe der Tagung bedeutsam: Zum einen die Frage nach den relevanten Akteuren: Wer kann und soll den Cyberspace schützen? Die Streitkräfte, die Polizei, die private Wirtschaft, der private User – oder eine neuartige Liaison zwischen Industrie, Datenschützern, kritischen Informatikerinnen und Informatikern, unabhängigen Risikoexperten und Friedens- und Konfliktforschern? Zum anderen die Frage nach dem Gut, das geschützt werden soll: Sind es die Technologien, die Netze oder Webseiten, oder Werte wie Freiheit und Privatsphäre? Schließlich stellt sich die Frage, mit welchen Mitteln und in welcher Form geschützt werden kann und soll. Wieviel Sicherheit ist ausreichend, wann wird ein Zuviel an Sicherheit selbst zur Gefahr für Demokratie und Informationsaustausch? Und auf welcher Ebene soll angesetzt werden: national (Strafrecht), international (Völkerrecht), oder regelt das Netz sich selbst?

Nach diesen drei Punkten – Akteure, Ziele und Mittel – lassen sich auch die Beiträge zur Konferenz gliedern, die in einem Heft der Reihe Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung in einer Auswahl dokumentiert sind.

BILDUNG UND WISSENSCHAFT



Benjamin Barber



Richard Sennett

KONGRESS „GUT ZU WISSEN – LINKS ZUR WISSENSGESELLSCHAFT“

Vom 4. bis 6. Mai 2001 veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung in der Humboldt-Universität zu Berlin den Kongress „Gut zu wissen – Links zur Wissensgesellschaft“, um u.a. den Begriff der Wissensgesellschaft gegenüber dem technizistischen Konzept der Informationsgesellschaft zu profilieren. Der Begriff der Wissensgesellschaft rückt die Menschen in den Mittelpunkt, die Informationen verarbeiten, ordnen und deuten können, die also etwas wissen. In international wie interdisziplinär besetzten Plenarvorträgen und insgesamt acht Foren erkundeten die Referenten und Teilnehmer, welche Ansprüche daraus für Demokratie, Risikobereitschaft, Arbeitsmarkt, Eigentumsordnung, Ökologie, ästhetische Weltaneignung, Wissenschaft und Bildung entstehen und welche Reformimpulse sich daraus entwickeln lassen. Schon die große Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigte, daß solche Reformimpulse keine Sache marginalisierter Utopisten ist, sondern breites gesellschaftliches Interesse finden.

Der Ansatzpunkt für die Profilierung des Begriffs der Wissensgesellschaft ist der neue Stellenwert des Menschen – bzgl. seiner Motivation, seines Wissens und seiner Kreativität – in der Wertschöpfungskette, der auch in der New Economy und innovativen Teilen von Industrie- und Dienstleistungsbetrieben zu beobachten ist. Die mit Blick auf den neuen Typ des „Wissensarbeiters“ seit kurzem formulierte Entdeckung, daß sich im Wertschöpfungsprozeß nicht nur das Kapital verzinst, sondern pro Mitarbeiterin oder Mitarbeiter auch ein „added value“ entsteht, ist wiederum so neu nicht. Sie wurde bereits im 19. Jahrhundert in der Marxschen Mehrwerttheorie formuliert und hat seitdem sozial-emanzipative Bewegungen und verschiedene Traditionen gesellschaftskritischen Denkens beflügelt. Das Konzept der Wissensgesellschaft, so die Idee des Kongresses, könnte also eine Klammer bilden für gesellschaftskritische, sozial-ökologische Ansprüche und ökonomisch und technisch vermittelte Umsetzungschancen an der Schwelle von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. Bewußt weit gefaßt war denn auch das Spektrum der auf der Veranstaltung repräsentierten Denkstile und gesellschaftlichen Bereiche: International prominente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wie Nancy Fraser oder Benjamin Barber, innovative Dienstleistungsunternehmer und Gewerkschafter, Politikberater, Politikerinnen und Politiker sowie Vertreterinnen und Vertreter alter-

Im Verlag Westfälisches Dampfboot wird im Herbst 2002 ein Buch mit den wichtigsten Beiträgen des Kongresses erscheinen. Wichtiger noch als diese Dokumentation ist die Fortsetzung und Vertiefung der auf dem Kongreß begonnenen Diskussionen im Internet.

Seit September 2001 können unter www.wissensgesellschaft.org die Beiträge des Kongresses, aber auch bereits weiterführende Projekte und Links zu anderen Projekten abgerufen werden.

„Bildung ist der einzig verlässliche Motor für Forschung. Sieht man genauer hin, könnte man den Kindern und der Demokratie Gutes tun, indem man (...) die jungen Menschen zwingt, ein einziges Buch zu lesen und einen Sinn daraus zu ziehen. Zugang und Quantität können nicht mehr wert sein als Qualität, Information ist nicht gleichbedeutend mit Wissen, und Wissen ist noch immer weniger als Weisheit.“

Benjamin Barber

nativer Forschungseinrichtungen und lokaler Bewegungen. Unterstützt wurde der Kongreß durch die Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog und durch DaimlerChrysler Services – auch dies ein Beleg für mögliche neue gesellschaftliche Allianzen. Besonders unter jungen Menschen fand der Kongreß ein reges Interesse. Als Ergebnis hielt das Abschlußpodium drei Punkte für eine zukunftsorientierte Reformpolitik fest: Zum einen werden die Herausforderungen wissender Bürgerinnen und Bürger an das politische System weit über die bisher diskutierten Fragen elektronischer Wahlen und Abstimmungen hinausgehen; zum anderen wird die Wissensgesellschaft eine Risikogesellschaft sein, in der der Fortschritt des Wissens von der Vermehrung des Nicht-Wissens begleitet sein wird; was künftig gebraucht wird, ist die Hinwendung zu einem dialogischen Politikstil, der sich auf die Moderation und das Management widersprüchlichen, alternativen (darunter auch künstlerischen) Wissens versteht; und drittens verdient die Wissensgesellschaft ihren Namen, sofern sie als Kulturgesellschaft ausgestaltet wird, d. h. wenn der Zugang zu Wissen im umfänglichsten Sinn allgemein erhalten bleibt und vor den gegenwärtigen Tendenzen einer industriellen Kontrolle der elektronischen und vor allem digitalen Netze bewahrt bleibt, wenn Wissen als Gemeingut erhalten bleibt, wenn Bildung als demokratisches Recht des Zugangs und der Teilhabe am gesellschaftlichen Prozeß zur zentralen Aufgabe wird.

BERLINER HOCHSCHULDEBATTEN

Mit fünf Veranstaltungen im Jahr 2001 setzte die Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit Initiativgruppen von Studierenden und Lehrenden der Berliner Hochschulen die Reihe „Berliner Hochschuldebatten“ fort. Seit 1999 bietet sie ein Forum, um jenseits üblicher hochschulpolitischer Gremien und Fronten Menschen mit neuen Konzepten zusammenzubringen. Die Hochschuldebatten greifen dabei Themen rund um die Rolle der Universitäten in der Wissensgesellschaft auf und verknüpfen diese mit der konkreten Situation in der Region Berlin-Brandenburg.

Das Themenspektrum war auch 2001 wieder breit. Zu Beginn des Jahres diskutierten die Teilnehmer eines Streitgesprächs die Frage, wozu an den Hochschulen überhaupt noch Geisteswissenschaften gelehrt werden. Ebenfalls noch im Wintersemester blickten die Hochschuldebatten nach Europa, um der Frage nachzugehen, welche Chancen mit der Schaffung eines Europäischen Hochschulraums verbunden sind. Im Sommer wurde das Modell „Stiftungsuniversität“ erörtert. Nachdem in Berlin die Vorschläge, eine der drei Universitäten in eine Stiftung umzuwandeln, immer lauter wurden, stellte sich die Frage, welche Vorteile und Konsequenzen diese neue Rechtsform mit sich bringt. Handelt es sich um die Entlassung der Hochschulen in die Autonomie oder um eine feindliche Übernahme? Im Wintersemester nahmen sich die Berliner Hochschuldebatten schließlich das Thema „Reformstudiengänge“ vor. Reformstudiengänge sind das große Thema der nächsten Jahre, denn bei einer Diskussion um gestufte Abschlüsse und modularisierte Studiengänge alleine kann es nicht bleiben; sie sind vor allem sinnvoll als Impulse für Studienreformen. Als besonders interessantes Reformmodell wurde dabei der Reformstudiengang Medizin an der Berliner Humboldt-Universität diskutiert, der anstelle der Trennung von klinischer und vorklinischer Ausbildung von Beginn an auf selbstgeleitetes, problemorientiertes Lernen setzt und dabei auch Fragen der Prävention, der Gesundheitsförderung und des Alterns in das Studium integriert.

Auch im Jahr 2002 gibt es die Berliner Hochschuldebatten. Um die oftmals vorherrschende Trennung zwischen Podium und Publikum aufzuheben, werden die Veranstaltungen zunehmend nach der sogenannten „Fishbowl-Methode“ durchgeführt: In der Mitte eines runden Plenums findet die Diskussion mit den geladenen Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt, in deren Kreis zunächst ein oder zwei Stühle frei bleiben. Dies sind „Wechselstühle“, die durch Gäste aus dem Publikum besetzt werden können, um sich an der Diskussion zu beteiligen. Ist ihr Anliegen behandelt, so machen sie Platz für die oder den nächsten Gast. Es kann und soll also mit diskutiert werden.

Informationen über die nächsten Veranstaltungen sowie Berichte, Dokumentation und Links finden sich im Netz unter der Adresse: www.hochschuldebatten.de

DIE ARBEIT DER BILDUNGSKOMMISSION DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Im Bildungssystem zeigt sich die Diskrepanz zwischen Reformbedarf und Veränderung besonders deutlich. Quer durch alle Parteien und Kommissionen wird betont, daß fast alle Institutionen der Bildung dringend reformiert werden müssen. Gleichzeitig glaubt kaum jemand, daß diese Veränderungen auch tatsächlich rasch und umfassend stattfinden werden. Die Heinrich-Böll-Stiftung möchte dazu beitragen, daß sich dieser Zustand ändert. Aus diesem Grunde hat die Stiftung eine Bildungskommission ins Leben gerufen. Die Kommission versammelt Menschen, die unterschiedliche Sichtweisen auf das Bildungssystem haben und bringt sie miteinander ins Gespräch. Zu den vorrangigen Fragen der Kommission gehört die Gestaltung und Steuerung des Bildungssystems. Die Arbeit der Kommission gliedert sich in vier Arbeitsbereiche: Arbeitsgruppen, in denen Empfehlungen vorbereitet werden; Kommissionssitzungen, in denen Entwürfe für Empfehlungen beraten und verabschiedet werden; öffentliche Veranstaltungen, in denen Entwurfsfassungen von Empfehlungen öffentlich zur Diskussion gestellt werden, und schließlich die Beteiligung an öffentlichen Veranstaltungen Dritter, auf denen die Empfehlungen der Bildungskommission vertreten werden. Im Jahr 2001 konzentrierte sich die Arbeit auf die Empfehlungen zur Bildungsfinanzierung, zur Chancengleichheit, zur Autonomie für die Schule sowie zur Neukonzeption des schulischen Curriculums. Im Laufe des Jahres konnten die ersten beiden Empfehlungen verabschiedet werden:

Die *Empfehlung zur Bildungsfinanzierung in der Wissensgesellschaft* hebt darauf ab, daß die Teilhabe an Bildung in der Wissensgesellschaft immer größere Bedeutung gewinnt und daß die in der Bundesrepublik vorherrschenden Finanzierungssysteme wegen ihrer einseitigen Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Mittelschichten und auf die Finanzierung von Institutionen statt von Einzelpersonen zu Fehlzusweisungen von Mitteln führen. Im Zentrum der Empfehlung steht ein Modell der gemischten Bildungsfinanzierung, das aus der Finanzierung von Bildungsinstitutionen (Kindergärten, Schulen, Hochschulen), aus der subjektbezogenen Finanzierung von Lernzeiten über Bildungsgutscheine sowie aus privat und öffentlich über Subventionen und Darlehen finanzierte Bildungskonten besteht.

Die mit großem Interesse aufgenommene Empfehlung führte zur Aufnahme der programmatischen Forderung nach Einführung innovativer Finanzierungsinstrumente für Bildung in das Grundsatzprogramm „Grün 2020“ von Bündnis 90/Die Grünen.

Die *Empfehlung zur Chancengleichheit* fragt nach Fehlentwicklungen der Bildungspolitik, die sich auf eine falsche Interpretation des Chancengleichheitspostulats zurückführen lassen. Reformbedarf sieht die Empfehlung für die Entwicklung der pädagogischen Fähigkeit zum Umgang mit Individualität, also mit der Unterschiedlichkeit von Kindern und Jugendlichen. Demgegenüber verfehlt der Maßstab der „peer group“ (Bezugsgruppe), der beim pädagogischen Handeln bisher meist im Vordergrund stand, die Individualität und führt zu einer hohen, aber in keiner Weise zielführenden Selektivität der Schulen. Große Aktualität erlangte die Empfehlung durch das zeitgleiche Erscheinen der PISA-Studie, die gerade diese hohe Selektivität des deutschen Schulsystems beklagt, das weder die Begabten und erst recht nicht die weniger Begabten fördert, dringend zu hebende Bildungsreserven brach liegen läßt und in bezug auf individuelle Biographien in hohem Maße ungerecht ist. Die Dokumentation der Empfehlungen ist über die Stiftung erhältlich.

Mitglieder: Prof. Dr. Gerd de Haan, Dr. Warnfried Dettling, Prof. Dr. Wolfgang Edelstein, Herbert Hönigsberger, Reinhard Kahl, Undine Kurth, Elizabeth Neswald, Prof. Dr. Jens Reich, Cornelia Stern, Volkmar Strauch, Dr. Dieter Wunder und Sybille Volkholz (Koordinatorin)

Kontakt: Dr. Andreas Poltermann,
Heinrich-Böll-Stiftung,
Tel.: 030-285 34 -410, Fax: -108,
E-mail: Poltermann@boell.de

„Je vielfältiger der Bildungsprozeß angelegt ist, desto eher kann von einer ganzheitlichen Bildung gesprochen werden, die auch für die allgemeine Entwicklung der Persönlichkeit von Bedeutung ist. So erlernen Jugendliche soziale Verhaltensweisen oder erwerben übend Schlüsselqualifikationen wie Teamarbeit oder Selbstständigkeit. Ein vielfältiges Angebot ist geeignet, unterschiedliche Fähigkeiten zu entfalten und damit auch Mißerfolgslebnisse in Teilbereichen auszugleichen.“

Aus der Empfehlung zur Chancengleichheit

STUDIENWERK

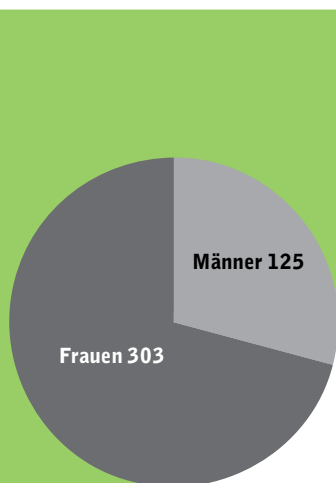
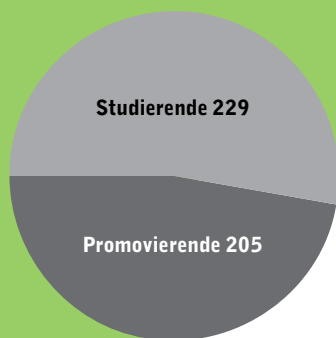
Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung fördert Studierende und Graduierte aller Fachrichtungen und Nationalitäten, die überdurchschnittliche wissenschaftliche Leistungen mit der nachweisbaren Bereitschaft zur Übernahme gesellschaftspolitischer Verantwortung und einer aktiven Auseinandersetzung mit den Zielen der Stiftung verbinden. Dabei ist das Studienwerk einem Bildungsbegriff verpflichtet, der Ausbildungsqualifikation, interdisziplinäre und interkulturelle Bildungsperspektiven mit dem Anspruch auf Persönlichkeitsbildung verbindet. Mit dieser Verpflichtung und seiner Realisierung in Förderpolitik und Förderprogrammen trägt das Studienwerk zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und zum Dialog zwischen Politik und Wissenschaft bei.

Vor diesem Hintergrund fördert das Studienwerk aktiv und gezielt

- Stipendiatinnen und Stipendiaten, deren Themenstellungen und Studienschwerpunkte aus unterschiedlichen Perspektiven und Fachrichtungen heraus zu den Schwerpunkten der Stiftung beitragen;
- Stipendiatinnen und Stipendiaten, deren Themenstellungen und Studienschwerpunkte zur fachübergreifenden Diskussion zwischen Technik- bzw. Naturwissenschaften und Sozial- bzw. Geisteswissenschaften beitragen;
- Frauen bzw. Nachwuchswissenschaftlerinnen;
- Programme, die Wissenschaft und außeruniversitäre Praxis ins Verhältnis setzen;
- Programme, die den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik anregen.

Das hauptamtliche elfköpfige Team des Studienwerks wird von einer großen Anzahl ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützt: von etwa 200 Vertrauensdozentinnen und -dozenten, dem Fachbeirat Studienwerk, den verschiedenen Auswahlgremien wie den Selbst- und Mitbestimmungsgremien der rund 430 Stipendiatinnen und Stipendiaten. Jährlich können rund 100 Stipendien neu vergeben werden; im Jahr 2001 waren es 63 Neuaufnahmen in der Studienförderung und 49 Neuaufnahmen in der Promotionsförderung. Die Dauer der Förderung variiert im Regelfall zwischen ein und drei Jahren.

Neben den „Kernaufgaben“ – Stipendienvergabe, Betreuung der Stipendiatinnen und Stipendiaten, Begleitprogramm – lag im Jahr 2001 ein besonderer Schwerpunkt des Studienwerks auf dem Ausbau bestehender und dem Aufbau neuer Kooperationsbeziehungen. Das „Gunda-Werner-Promotionskolleg“, das seit 1999 in Kooperation mit Hochschullehrerinnen der Universität Bochum und Bielefeld sowie dem Feministischen Institut ein umfangreiches wissenschaftliches Begleitprogramm für Promovierende bietet, wurde fortgesetzt. Weitergeführt wurde auch die Zusammenarbeit mit der Grünen Akademie, wo Promovierende ihre Forschungsarbeiten einem akademischen Kreis präsentieren und damit die Diskussion der Grünen Akademie ergänzen konnten. Erstmals nahmen im Jahr 2001 Stipendiatinnen und Stipendiaten der Heinrich-Böll-Stiftung an einer Sommer(sprach)schule teil, die bereits seit einigen Jahren von der Hans-Böckler-Stiftung organisiert und durchgeführt wird. Die Sommerschule bietet einen dreiwöchigen Russisch-Sprachkurs in Verbindung mit einem umfangreichen



Begleitprogramm, das Einblick in das politische und kulturelle Leben des modernen Rußlands gewährt. In Rußland unterstützt das Studienwerk bereits seit mehreren Jahren zusammen mit russischen Partnerorganisationen ein Sur-Place-Programm zur Förderung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Jährlich werden 28 thematisch eingegrenzte Stipendien zu den Forschungsbereichen Repressionsgeschichte, Menschenrechte und neuere soziologische Fragestellungen vergeben.

Der wissenschaftlich-politischen Netzwerkbildung dient ferner das mittlerweile schon traditionelle Internationale Bundestagspraktikanten-Programm, vom Studienwerk in Kooperation mit der Grünen Akademie und gemeinsam mit wechselnden Länderbildungswerken der Heinrich-Böll-Stiftung durchgeführt. Vorzugsweise Graduierte, die eine internationale Karriere auf Regierungsebene bzw. im öffentlichen Sektor anstreben, arbeiten in diesem „Internship-Programm“ einige Zeit lang im Büro eines bzw. einer Bundestagsabgeordneten. Das Einführungs- und Begleitprogramm umfaßt auch Seminare anderer politischer Stiftungen – mit dem Ziel, einen breiten Einblick in das politische System bzw. Leben in der Bundesrepublik zu geben.

Ganz andere Ansichten bot die 3. Studieninitiative auf Einladung der BASF: Insgesamt 60 Stipendiatinnen und Stipendiaten aller politischen, kirchen-, wirtschafts- und gewerkschaftsnahen Studienstiftungen hatten von August 2000 bis März 2001 die Gelegenheit, sich in Akademietagungen und Studiencamps mit der Unternehmensphilosophie und -praxis eines global operierenden Unternehmens der chemischen Industrie auseinanderzusetzen. International und multidisziplinär zusammengesetzte stipendiatische Gruppen arbeiteten zu den Themenfeldern Gentechnik, Globalisierung, Ökologie und Ökonomie.

Einen Überblick über Probleme, Handlungsfelder und Perspektiven deutscher Entwicklungszusammenarbeit gaben die Referentinnen und Referenten unterschiedlicher Fachdisziplinen und Institutionen auf den Entwicklungspolitischen Diskussionstagen, die das Studienwerk in Kooperation mit dem Seminar für Ländliche Entwicklung der Humboldt Universität im März 2001 veranstaltete. Der mittlerweile vierte *SommerCampus* des Studienwerks bot verschiedene Seminare und Qualifikationsveranstaltungen an, u. a. zu den Themen „Umwelt und Entwicklung – Politische Ökologie in den Zeiten der Globalisierung“ und „Geschlecht – Viel Lärm um nichts“. Daneben stand eine Palette von berufsfeld- und studienbezogenen Qualifikationsangeboten (u. a. eine Schreibwerkstatt „Deutsch als Zweitsprache“ und Präsentations- bzw. Mediationstrainings) sowie – als Ergebnis eines „call for activities“ – musische und diskursive Initiativen der Stipendiatinnen und Stipendiaten.

Auch mehrere Neuerungen wurden im Jahr 2001 erprobt, so z. B. ein von Stipendiatinnen und Stipendiaten konzipierter Workshop für Promovierende als Form kollegialer Beratung mit dem Ziel, der Individualisierung des „Projekts Dissertation“ entgegenzuwirken. Auch die Promovierendenkolloquien, diesmal zu den Themen „Gedächtnispolitik“ und „Globalisierung“, sind als Möglichkeit gedacht, die Einsamkeit des Forschungsprozesses zu verlassen und die jeweiligen Forschungsfelder in einen übergreifenden Diskussionszusammenhang zu stellen.

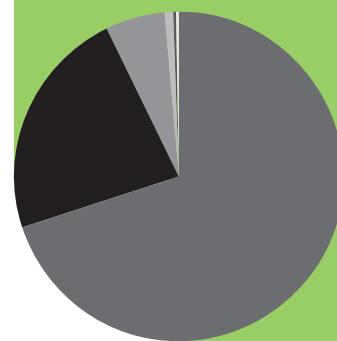
Das Studienwerk legt auch in Zukunft einen großen Schwerpunkt auf den Ausbau eines internationalen Kooperationsnetzwerks. Dazu gehören die Intensivierung der Wissenschaft-Praxis-Programme, die Zusammenarbeit mit den Hochschulen und dem Programmteam Bildung und Wissenschaft in der Heinrich-Böll-Stiftung sowie die Konzeption und Umsetzung eines *follow up*-Programms. Durch solch ein „Ehemaligen-Programm“ will die Stiftung mit den Stipendiatinnen und Stipendiaten über deren Förderzeit hinaus in einem produktiven Gedanken- und Ideenaustausch bleiben.

* Geschwister-Weck-Stiftung im Förderfonds des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft

** Behörde für Wissenschaft und Forschung, Freie und Hansestadt Hamburg

Verteilung Finanzierung:

BMBF	69,95%
AA	22,72%
BMI	5,98%
Bundestag	0,77%
Stifterverband *	0,22%
Senat HH **	0,20%
Eigenmittel	0,16%



Die Arbeit des Studienwerks wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), des Auswärtigen Amtes (AA) und des Bundesministeriums des Innern (BMI) in folgender prozentualer Verteilung finanziert, wobei der Haushalt des Studienwerks 2001 in Höhe von 6.975.761 DM 100 Prozent entsprechen.

FEMINISTISCHES INSTITUT



Mercy Wambui, Vertreterin der European Commission for Africa (ECA)

Das Programm und die Abstracts des Kongresses können unter www.glow-boell.de abgerufen werden. Das Buch zum Kongreß mit Beiträgen von Wendy Harcourt, Manuel Castells, Gillian Youngs, Mercy Wambui, Helga Braun u.a. erscheint im Herbst 2002 im Ulrike Helmer Verlag.

Das Feministische Institut wurde 1998 mit dem Ziel gegründet, die Partizipation und politische Präsenz von Frauen zu stärken sowie den Austausch und die Vernetzung unter Frauen zu fördern. Ebenso sollen der Transfer von feministischen Erkenntnissen in die Öffentlichkeit und die politische Praxis sowie die Förderung von Nachwuchs vorangetrieben werden. Konzeptionell und inhaltlich begleitet wird das Institut durch ein internationales Kuratorium, zusammengesetzt aus Expertinnen aus Politik, Kunst, Kultur und dem Medienbereich.

Einer der Schwerpunkte im Jahr 2001 war der weitere Ausbau des 1998 gestarteten Internetprojektes Glow (www.glow-boell.de), einem virtuellen Informations- und Bildungsangebot für Frauen. Neu war die Einrichtung des Hochschulnetzwerkes *Women's Campus*, mit dem ein internationaler und interkultureller Diskurs um feministisch-politische Forschung und Lehre in Gang gesetzt und darüber auch die Medienkompetenz von Studentinnen gestärkt werden soll. Nach einem neu entwickelten Cost Sharing-Modell wird es ab 2002 auch interaktive Seminare als Kooperation zwischen dem Feministischen Institut und den verschiedenen Netzwerkpartnerinnen geben.

Am 16. und 17. November 2001 veranstaltete das Feministische Institut die internationale Konferenz „feminist_spaces im Netz. Diskurse, Communities und Visionen“. Es ging dabei um das digitale Netz als neue Plattform für einen globalen feministischen Diskurs und die daraus entstehenden neuen Erkenntnisse, Perspektiven und Gemeinschaften. So scheinen auch durch das Netz Geschlechtergrenzen zu verschwimmen und interkulturelle Kommunikation selbstverständlich zu werden. Doch bringt die Entwicklung auch neue soziale und politische Probleme sowie Gefahren mit sich: Die Spaltung vertieft sich zwischen den Nutzern der neuen Informations- und Kommunikationsmedien und denjenigen, die abseits stehen, weil sie nicht über Mittel, Zugänge und Wissen verfügen. Über die neuen Chancen und Risiken der virtuellen Kommunikation diskutierten u. a. Manuel Castells (University of California, Berkeley), Natalia Babich (Open Women Line, Moskau), Wendy Harcourt (SID, Rom), Gillian Youngs (Center for Mass Communication Research, University of Leicester), Ingrid Volkmer (Global Media Consultants, Boston) und Helga Braun (Büro für e-learning, Hamburg).

Erfolgreich fortgeführt wurde 2001 das *Green Ladies Lunch*. Anstelle der bisherigen Schirmherrin Renate Künast übernahm Claudia Roth als Vorsitzende und Frauenpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen das Amt. Das Green Ladies Lunch dient der Vernetzung, dem Informationsaustausch und dem Meinungsbildungsprozeß zu gesellschaftspolitisch aktuellen Themen zwischen engagierten Frauen aus grünen und anderen frauenpolitischen Zusammenhängen. Der erste Ladies Lunch im März 2001 widmete sich dem Thema „Generationenkonflikt unter Feministinnen“. Im Juni ging es um das „Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft“ und die dritte Veranstaltung im September befaßte sich mit dem Thema „Erfordernisse einer Integrationspolitik für Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen“. Geplant ist, in Zusammenarbeit mit den Landesstiftungen das Ladies-Lunch-Konzept im Jahr 2002 unter Beibehaltung der Veranstaltung in Berlin als „Ladies Lunch on Tour“ auf das gesamte Bundesgebiet auszudehnen.

Das im Jahr 2000 in Kooperation mit dem Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung eröffnete Gunda-Werner-Promotionskolleg „Organisationsreform und Geschlechterdemokratie im globalen Kontext“ wurde fortgesetzt. Angesichts des Erfolges der ersten Kollegrunde gab es 2001 eine neuerliche Aus-

schreibung mit dem gleichen thematischen Schwerpunkt. Das Kolleg dient vor allem der Nachwuchsförderung. Insgesamt wurden 2001 sieben Stipendiatinnen betreut, eine Stipendiatin schloß ihre Promotion mit Erfolg ab. Die wissenschaftliche Betreuung lag wie im Vorjahr bei Prof. Dr. Ilse Lenz (Universität Bochum) und Prof. Dr. Ursula Müller (Universität Bielefeld). Im März 2001 fand zudem eine Arbeitstagung zum Thema „Internationale Frauenbewegung, Organisationsreform und globale Regulierung“ an der Universität Bochum statt, die von den Stipendiatinnen organisiert und vom Feministischen Institut und dem Studienwerk unterstützt wurde.

Neu initiierte das Feministische Institut die Veranstaltungsreihe „Menschenrechte sind Frauenrechte“, die einmal jährlich stattfinden soll. Den Auftakt bildete im Januar der Informations- und Diskussionsabend zum Thema „Frauen in Afghanistan – Entrechtung und Unterwerfung“. Die Veranstaltung wollte den Blick wieder verstärkt auf die extreme Lage der Frauen und Mädchen in Afghanistan richten und nach Perspektiven zu ihrer Unterstützung suchen. Die Resonanz war groß und die Veranstaltung diente darüber hinaus der Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit des Feministischen Instituts und knüpfte an internationale Frauenaktivitäten an, wie den in Frankreich organisierten „Marche pour les femmes en Afghanistan“. Die Beiträge der Veranstaltung können unter www.glow-boell.de abgerufen werden.

Zur aktuellen politischen Situation nach dem 11. September 2001 kooperierte das Feministische Institut mit den *Frauen für Frieden* und dem Förderkreis der Heinrich-Böll-Stiftung und lud am 27. September zu einer Diskussionsveranstaltung mit dem Titel „Terrorismus, Kreuzzüge und heilige Kriege – was ist jetzt zu tun?“ in den französischen Dom in Berlin. Am 19. Oktober veranstaltete es zusammen mit dem Frauenfriedensnetzwerk *Scheherazade* die Gesprächsrunde „Anreden gegen Krieg und Terror – Beiträge aus internationaler feministischer Perspektive“. Die Veranstaltung diente dem internationalen und interkulturellen Austausch und der Entwicklung erster tragfähiger Aktivitäten.

Erstmalig führte das Feministische Institut im Juni 2001 auch eine gesundheitspolitische Veranstaltung durch. Fünf Expertinnen diskutierten das Thema „Gesundheitsversorgung und -politik am Beispiel Brustkrebs“. Abgerundet wurde die Veranstaltung durch die Übernahme einer Wanderausstellung auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung, mit der sich das Feministische Institut an einer laufenden Kampagne zu „Frauen und Brustkrebs“ beteiligte.

Der eintägige Workshop im Juli 2001 „Feministische Visionen und geschlechter-demokratische Perspektiven“ zum Entwurf des Grundsatzprogramms von Bündnis 90/Die Grünen diente der Analyse und Perspektivenentwicklung gesellschaftlicher Erfordernisse an eine moderne Frauenpolitik. Expertinnen analysierten aus feministischer Perspektive den Entwurf des Grundsatzprogramms und diskutierten anschließend mit einem Fachpublikum. Dem Workshop folgte die Ausarbeitung von Verbesserungsvorschlägen, die der Kommission zum Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen vorgelegt wurden und die letztendlich ihren Niederschlag in einem veränderten Programmentwurf fanden.

Die Eröffnungsveranstaltung des Gunda-Werner-Kollegs von 2000 wurde dokumentiert: *MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN EINES TRANSFERS ZWISCHEN FEMINISTISCHER WISSENSCHAFT UND POLITIK*, Dokumentation der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 11, Berlin 2001, 60 Seiten.

Dokumentation des Workshops und der anschließenden Diskussion unter www.glow-boell.de

GRÜNE AKADEMIE

Wie bereits im vorangegangenen Jahr beschäftigte sich die Grüne Akademie, „grüner Think-Tank“ und unabhängiges Forum zur Reflexion aktueller politischer Fragen gleichermaßen, auch 2001 mit den Themen „Europa“ und „Zukunftstechnologien“. Die Grüne Akademie besteht aus rund 60 ehrenamtlichen Mitgliedern; diese beteiligen sich für einen begrenzten Zeitraum aktiv an einem selbstbestimmten, interdisziplinären und politischen Diskussions- und Arbeitsprozeß mit dem Ziel, eine Brücke zwischen Wissenschaft und Politik zu schlagen.

Die Arbeitsgruppe „Zukunftstechnologien“ tagte im Februar zum Thema „Grenzen der Medizin“ und hatte zur inhaltlichen Unterstützung den Neuropathologen Otmar Wiestler, die Biologin Silke Schick-tanz, die Soziologin Gesa Lindemann und Andreas Brandhorst, Referatsleiter im Bundesministerium für Gesundheit, geladen. Diskutiert wurde über so unterschiedliche „Grenzfragen“ wie die der embryonalen Stammzellenforschung, der Xenotransplantation und der Hirntod-Diagnostik.

Eine dreitägige Konferenz der Arbeitsgruppe „Europa“ im Februar 2001 widmete sich unter dem Titel „Moderne Zeiten, europäische Räume – Grenzfragen“ der Frage, ob Europa in der zeitlichen und räumlichen Dimension anders als im Rahmen geographischer Grenzen gedacht werden kann. Grenzen markieren ein Innen und Außen, stiften Identität, schließen aber „Fremdes“ und „Anderes“ auch aus. Behandelt wurden Fragen nach der europäischen Demokratie an den Grenzen des Wachstums, nach sozialen Grenzziehungen und den unsichtbaren neuen Grenzen als Konsequenz der bisher vertretenen Einwanderungs- und Währungspolitik. Mit diskutiert haben u. a. László Kiss, Lord Goldsmith, Sonja Puntcher-Riekman, Heide Rühle, Stefan Collignon und Irmgard Schultz.

Im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung der beiden Arbeitsgruppen sowie der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Heinrich-Böll-Stiftung im Mai 2001 wurde das Memorandum der Grünen Akademie zur Innovationspolitik vorgestellt und diskutiert. Das Memorandum mit dem Titel „Das gute Leben“ verzichtet auf Technikpessimismus und Technikeuphorie und befaßt sich vor allem mit Fragen gesellschaftlicher Wertsetzung. Es leistet damit einen Beitrag zur Debatte um das grüne Grund-satzprogramm und will zur Reflexion des Verhältnisses von Mensch und Technik vor dem Hintergrund des Wunsches nach dem „guten Leben“ anregen.

Seit dem Jahr 2000 sind auch Stipendiatinnen und Stipendiaten der Heinrich-Böll-Stiftung themenorientiert in die Vorbereitung und Durchführung von Akademie-Projekten einbezogen. Die Mitarbeit jüngerer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erweist sich dabei immer mehr als unverzichtbarer Bestandteil der Akademie. Die Mitgliederversammlung im Oktober einigte sich auf ein neues Dachthema für die Arbeit der kommenden Jahre. Mit inhaltlicher Unterstützung von neu gewählten Mitgliedern wird sich die Grüne Akademie den vielfältigen Problemen der „Wissensgesellschaft“ widmen. Die geplante USA-Reise der Grünen Akademie im September mußte infolge der Terroranschläge vom 11. September abgesagt werden; sie wurde Anfang März 2002 nachgeholt.

DAS GUTE LEBEN. NEUE TECHNOLOGIEN IM DIENST DER ENTFALTUNG VON MENSCH UND NATUR. Ein Memorandum zur Innovationspolitik. Hrsg. von der Grünen Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung. 1. Auflage, Berlin 2001, 40 Seiten.

ARCHIV GRÜNES GEDÄCHTNIS

Das Archiv Grünes Gedächtnis hat die Aufgabe, die Überlieferung der Partei Bündnis 90/Die Grünen und ihrer gesellschaftlichen Grundströmung zu bewahren, zu erschließen und der wissenschaftlichen Forschung und interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Das herausragende Ereignis im vergangenen Jahr war der Archivumzug von Bornheim bei Bonn nach Berlin. Der Abschluß des Umzugs mit der Aufstellung der Archivalien fand im Januar 2002 statt und wurde von der Wiedereröffnung des Archivs am 31. Januar 2002 gekrönt. Trotz der starken Beanspruchung aller Kräfte für den Umzug mußten die laufenden Geschäfte aber aufrecht erhalten werden.

Zur Arbeit des Archivs: Das Kerngeschäft, das den Arbeitsalltag auch im letzten Jahr bestimmt hat, ist die Bearbeitung, Bewertung, Sicherung und Erschließung der Archivalien. Soweit es sich dabei um Archivalien von Bundestagsabgeordneten handelt, erhält das Archiv dafür eine Projektförderung aus Mitteln des Deutschen Bundestages. Die Durchführung dieser Archivierungsprojekte macht stets den größten Teil der Jahresplanung aus. Die Projektförderung betrug im vergangenen Haushaltsjahr 473.316,00 DM und wurde für die folgenden vier Verzeichnungsprojekte verwendet:

- Verzeichnung der Korrespondenz von Petra Kelly;
- Verzeichnung der Archivalien der Volkskammerfraktion Bündnis 90/Grüne 1990;
- Verzeichnung der Archivalien der Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen 1990–1994;
- Verzeichnung des Depositums der Bundestagsabgeordneten Christa Nickels.



Das Archiv konnte auch im Jahr 2001 die Überlieferung bündnisgrüner Politik durch den Erwerb einzelner Deposita von Bundestagsabgeordneten und anderen Politikerinnen und Politikern der Grünen sowie durch Ergänzungen seiner Bestände von Fraktionen und Gliederungen von Bündnis 90/Die Grünen erweitern. Die Nutzung der Archivalien war mit Ausnahme der Freihandbibliothek nur bis Ende März möglich, da die Archivalien im Zuge der Umzugsvorbereitungen verpackt werden mußten.

Archiv Grünes Gedächtnis
 Eldenaer Str. 35, Gebäude 34
 10247 Berlin
 Tel.: 030-2853 42 60
 E-mail: archiv@boell.de
 Internet: www.boell.de



Christoph Becker-Schaum,
 Leiter des Archivs

Der Umzug war eine große logistische Herausforderung, denn es galt 85.000 Einzelobjekte aus drei Standorten im neuen Archiv so zusammenzuführen, daß am Schluß jede Akte, jedes Buch, jedes Foto an seinem Platz stand. 85.000 Archivobjekte, das waren 1.230 lfm Akten, 2.180 Umzugskartons mit ausgelagerten Akten in einem Keller in Köln, weitere 480 Umzugskartons in einem Lager in Berlin, dazu 2.500 Plakate, 2.000 Fotos, 400 Videofilme, 1.900 Tonkassetten, 200 Tonbänder und 80 Transparente, außerdem eine Bibliothek mit 30.000 Bänden und eine Zeitschriftensammlung mit 1.000 Reihen. Für den Umzug wurde jede einzelne Archivalieneinheit eindeutig gekennzeichnet, zum Teil neu verpackt, und eine detaillierte Aufstellung jedes der 180 Bestände erarbeitet, zugleich als Grundlage für die Magazinplanung in Berlin.

Der Umzug bot auch eine Fülle von Chancen für ein verbessertes archivistisches Angebot. Dazu gehört die Umstellung der Recherche-Maske der Datenbank für die leichtere Benutzung der Archivalien, die Entwicklung einer neuen Bibliothekssystematik, ein neues Internetangebot und nicht zuletzt die Überprüfung der Organisationsstrukturen einschließlich der Zuständigkeiten für die einzelnen Akten- und Sammlungsbereiche, verbunden mit der Einführung neuer Techniken zur Erschließung und zum Schutz der Archivalien.

Das Archiv veranstaltete im Jahr 2001 Seminare und Führungen, in deren Zentrum der Beitrag des Archivs zur zeitgeschichtlichen Forschung und zur politischen Bildung stand. Darüber hinaus gab es in Kooperation mit dem Fachbereich Archiv-Bibliothek-Dokumentation der Fachhochschule Potsdam archivfachliche Veranstaltungen, in denen die spezifischen Arbeitsweisen der politischen Archive in der Bundesrepublik Deutschland und die Besonderheiten der Archivierung von Unterlagen der neuen sozialen Bewegungen erörtert wurden. Die im Vorjahr begonnene Verzeichnungsübung anhand von Archivalien des Landesverbandes Baden-Württemberg wurde fortgeführt.



Öffnungszeiten des Lesesaals
 Montag, Dienstag und
 Donnerstag: 9–17 Uhr
 Mittwoch: 12–20 Uhr
 Freitag: 9–16 Uhr

AUS DER STIFTUNG

NEUES LEITUNGSTEAM DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Mit breiter Mehrheit wählte die Mitgliederversammlung der Heinrich-Böll-Stiftung Anfang Dezember 2001 Barbara Unmüßig und Ralf Fücks zum neuen hauptamtlichen Vorstand für die kommenden 5 Jahre. Die beiden ausscheidenden Vorstandsmitglieder Dr. Claudia Neusüß und Petra Streit wurden für ihren besonderen Einsatz und ihre Leistungen in der schwierigen Phase des Aufbaus der Bundesstiftung am Standort Berlin gewürdigt. Claudia Neusüß war u. a. verantwortlich für das frauen- und geschlechterpolitische Profil der Stiftung sowie das Feministische Institut, Petra Streit für das innere Management und die Organisationsentwicklung der Stiftung. Das neue Leitungsgremium, ergänzt um Dr. Birgit Laubach als Geschäftsführerin, trat zum 1. April 2002 sein Amt an.

Mit Barbara Unmüßig gewinnt die Stiftung eine ausgewiesene Expertin nord-süd- und umweltpolitischer Zusammenhänge. Die Diplom-Politologin arbeitete in den 80er Jahren als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Grünen im Bundestag und war von 1993 bis zu ihrer Wahl in den Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung geschäftsführende Vorstandsvorsitzende der Organisation „Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung“ (WEED) und Sprecherin des Forums „Umwelt & Entwicklung“. Sie ist außerdem ehrenamtliche Vorsitzende des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Barbara Unmüßig übernimmt die Verantwortung für den Bereich Internationale Zusammenarbeit in Asien, Lateinamerika und Afrika sowie für das Feministische Institut der Stiftung.

Ralf Fücks, der ein zweites Mal in seinem Amt bestätigt wurde, profilierte sich in den letzten Jahren mit zahlreichen Beiträgen zu Programm und Perspektiven grüner Politik. Der Sozialwissenschaftler war 1989–1990 Sprecher des Bundesvorstandes der Grünen und von 1991–1995 Bremer Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Er ist im neuen Vorstand für die politische Bildungsarbeit Inland, den europa- und außenpolitischen Bereich, das Studienwerk sowie für die Grüne Akademie verantwortlich. Birgit Laubach engagierte sich in den 80er Jahren im Bereich Frauenpolitik. Die gelernte Volljuristin war zuständig für den Aufbau des Ressorts der Frauenbevollmächtigten in der Hessischen Landesregierung und verantwortlich für den ersten bundesweit verbindlichen Frauenförderplan des Landes Hessen. 1987 war sie Mitgründerin der Heinrich-Böll-Stiftung. Seit 1990 zunächst Justitiarin der ostdeutschen Bundestagsgruppe von Bündnis 90/Die Grünen, wurde sie 1994 Justitiarin und stellvertretende Fraktionsgeschäftsführerin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Birgit Laubach veröffentlichte zahlreiche Beiträge in juristischen und anderen Fachzeitschriften und promovierte zu „Europäische Bürgerrechte für Ausländer und Ausländerinnen“ (Nomos-Verlag). Sie war Mitglied im Redaktionsausschuß des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder, sachverständiges Mitglied im Verfassungsausschuß des Landes Thüringen und ist zur Zeit Sachverständige in der Enquete-Kommission Parlamentsreform des Niedersächsischen Landtages.



Birgit Laubach

VERABSCHIEDUNG VON ROSHAN DHUNJIBHOY, LEITERIN DES REGIONALBÜROS LAHORE, PAKISTAN

Als Roshan Dhunjibhoy Anfang 1993 die Leitung des ersten Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung in Asien übernahm, hatte sie bereits Arbeitserfahrung in fast vierzig Ländern der Welt. Bis zu ihrer



Roshan Dhunjibhoy

Verabschiedung in den Ruhestand Ende 2001 waren weitere zehn asiatische Länder dazugekommen. Durch ihre entwicklungs- und stiftungspolitische Pionierarbeit in Asien, ihren reichen Erfahrungsschatz und nicht zuletzt durch ihre Persönlichkeit war sie für die Stiftung ein großer Gewinn. Roshan Dhunjibhoy hatte sich zudem als Gründungsmitglied und langjähriges ehrenamtliches Vorstandsmitglied der (alten) Heinrich-Böll-Stiftung verdient gemacht. Ihre Nachfolge im Regionalbüro Südasien wird im November 2002 Dr. Angelika Koester-Loßack antreten.

PILOTPROJEKT „TELEARBEIT“

Seit Herbst 2000 erprobt die Heinrich-Böll-Stiftung im Rahmen eines Pilotprojektes die Vor- und Nachteile von Telearbeit – etwa 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten tageweise nicht im Büro, sondern an ihrem Schreibtisch zu Hause. Mit dem Projekt möchte die Stiftung die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen und einen Beitrag zum störungsfreieren Arbeiten besonders streßanfälliger Arbeitsplätze leisten. Die Zwischenauswertung des Projektes im Sommer 2001 fiel derart positiv aus, daß im Jahr 2002 Telearbeit im Regelbetrieb eingeführt wird. Auch wertvolle Nebeneffekte wie die Förderung der Selbstorganisation und die Professionalisierung der Teamarbeit waren für diese Entscheidung von Bedeutung. Inzwischen wurde auch die Telekom auf den vorbildlichen Projektverlauf aufmerksam, geplant ist eine inhaltliche Kooperation zum Thema, u. a. soll der Projektverlauf in der Heinrich-Böll-Stiftung modellhaft vorgestellt werden.

KOMMUNALPOLITISCHE INFOTHEK KOMMUNALES FACHINFORMATIONSSYSTEM IM INTERNET

Seit Januar 1999 betreibt die Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit mehreren Kooperationspartnern die „Kommunalpolitische Infothek“, ein Fachinformationssystem im Internet. Wichtigster Bestandteil der Infothek ist eine öffentliche Datenbank, die Fachtexte zu über 30 Sachgebieten der Kommunalpolitik, Literaturhinweise und Rezensionen sowie Internet-Adressen bereithält. Auch aktuelle Nachrichten können nachgelesen werden. Darüber hinaus sind interaktive Elemente im Aufbau, die es ermöglichen, Kontakte zu Fachleuten zu knüpfen sowie an Diskussions- und Beratungsforen teilzunehmen.

Im Jahr 2001 wurde ein Forum zum Thema „Verkehrspolitik“ eröffnet, in dem Expertinnen und Experten knifflige Fragen beantworten und Nutzerinnen und Nutzer sich über ihre Erfahrungen aus der Arbeit vor Ort austauschen können. Wichtigstes Projekt im Jahr 2001 aber war die Umstellung auf ein Redaktionssystem. In Zukunft wird damit ein verteiltes Arbeiten möglich sein, d.h., Kooperationspartner können selbst ihre Inhalte in die Infothek stellen. Diese Umstellung, die einem technischen Neuaufbau des Projektes gleichkommt, wird erst Mitte 2002 abgeschlossen sein. Sie ist verbunden mit einer Überarbeitung der Struktur und einer übersichtlicheren Navigation.

Die Infothek richtet sich nicht nur an „Profis“ (wie Mitglieder von Kommunalvertretungen, Beschäftigte in Verwaltungen), sondern an alle, die sich als Betroffene, als Lehrende und Lernende oder einfach aus politischem Interesse mit kommunalen Themen beschäftigen. Ziel ist es, die oft komplizierten fachlichen Hintergründe der Politik vor Ort verständlich zu machen und damit mehr Beteiligung und Einmischung von unten zu ermöglichen.

Ohne fachlich versierte Kooperationspartner wäre ein solch anspruchsvolles Projekt nicht möglich. An erster Stelle ist hier die Fachzeitschrift „Alternative Kommunalpolitik“ zu nennen, die seit 20 Jahren die grün-alternative Politik vor Ort fachlich begleitet und unterstützt. Sie zeichnet für die Mehrzahl der Fachtexte und für die Nachrichten verantwortlich. Wichtige Partner sind auch der Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR e.V.) und verschiedene grün-alternative kommunalpolitische Vereinigungen.

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG ONLINE

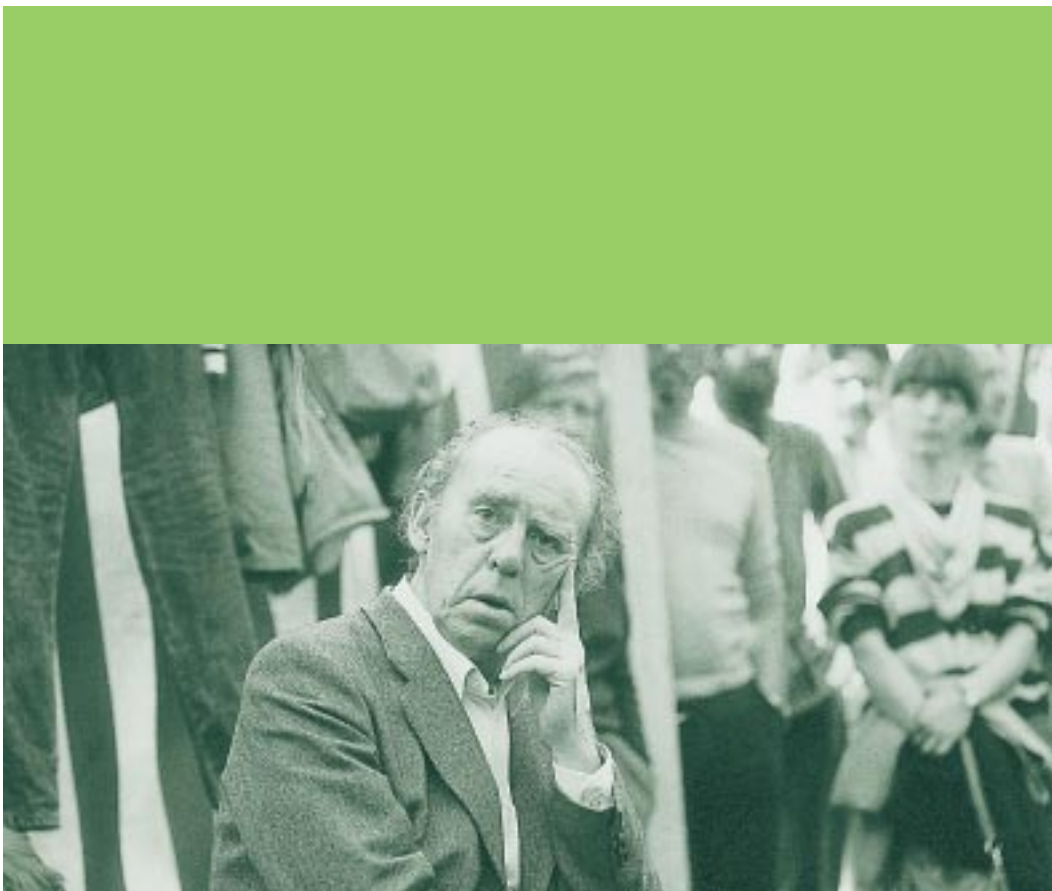
Mittlerweile verfügt die Stiftung über ein umfangreiches Online-Angebot: im Buchladen (Menüpunkt „Publikationen“) können alle verfügbaren, von der Stiftung publizierten oder herausgegebenen Titel bestellt werden. Zahlreiche Broschüren, Studien und Reader stehen zudem kostenlos zum Download zur Verfügung. Neben Texten bietet der Internet-Auftritt einen umfangreichen Kalender, der über die bundesweiten und internationalen Veranstaltungen der Stiftung informiert, zu denen sich Interessierte auch online anmelden können. Die kürzlich aufgebauten Presseseiten (Menüpunkt „Presse“) bieten fortlaufend alle Pressemitteilungen und -erklärungen der Heinrich-Böll-Stiftung. Im Archiv sind alle Presseerklärungen ab Anfang 2000 abrufbar.

www.boell.de

DIE SCHRIFTEN DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Zu den Aufgaben bzw. Tätigkeiten der Heinrich-Böll-Stiftung gehört auch die Herausgabe von Publikationen. Dabei bilden die Bücher der Stiftung den Kern ihrer Publikationspraxis. Daneben erscheinen u.a. Berichte, Kataloge, Dokumentationen und Studien. Mit ihren Publikationen legt die Heinrich-Böll-Stiftung Zeugnis ab über ihre Arbeit, dokumentiert wichtige Konferenzen, Seminare und Werkstattgespräche und wirkt als nicht zu unterschätzender Teil von Projekten und Kampagnen in die Öffentlichkeit hinein. Darüber hinaus sucht sie durch ihre Veröffentlichungen die Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Themen. Jede einzelne Veröffentlichung stellt ein eigenes kleines Projekt im Rahmen der gesamten Stiftungsarbeit dar. Auch mit ihren Schriften will die Heinrich-Böll-Stiftung versuchen, ihrem Namensgeber gerecht zu werden: sich einzumischen, um realistisch zu bleiben.

Das aktuelle Schriftenverzeichnis ist gegen Einsendung eines frankierten Rückumschlags kostenfrei erhältlich.



Heinrich Böll in Mutlangen

PROJEKTPARTNER DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG IM AUSLAND

ÖKOLOGIE UND NACHHALTIGKEIT
Eine Querschnittsstudie über Projekte
der Heinrich-Böll-Stiftung im
Ausland. Von Theo Mutter, Jochen
Töpfer und Christa Wichterich
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2002, 368 Seiten, zahlreiche
Tabellen und Grafiken
Preis: € 8,- ISBN 3-927760-40-4

Die internationale politische Bildungs- und Projektarbeit nimmt innerhalb der Heinrich-Böll-Stiftung den größten Platz ein. Mittlerweile arbeitet sie mit über 200 Projektpartnern – vorwiegend Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftliche Gruppen – in ca. 60 Ländern zusammen.

Die Stiftung orientiert ihre internationale Zusammenarbeit an der Frage, was diese für die soziale Gerechtigkeit, die politische und soziale Emanzipation – gerade von Frauen –, zur Durchsetzung der Menschenrechte und für den Erhalt der Umwelt leisten kann. Ziele der Auslandsarbeit sind daher u.a. die Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen, der Aufbau einer unabhängigen kritischen Öffentlichkeit, die Sicherung ökologischer Zukunftsperspektiven sowie die Förderung demokratischer Fraueninitiativen und feministischer Projekte zur Verwirklichung geschlechterdemokratischer Strukturen. Häufigste Form der internationalen Zusammenarbeit sind längerfristige gesellschaftspolitische Bildungsprogramme. Weitere wichtige Instrumente sind Informations- und Studienreisen bzw. politische Begegnungsprogramme, die dem Erfahrungsaustausch und der politischen Vernetzung dienen, sowie Aus- und Fortbildungen für engagierte Akteure.

Im Jahr 2001 standen der Stiftung rund 19 Millionen Euro für ihre Projektarbeit im Ausland zur Verfügung.

AFRIKA

Addis Abeba Environment Protection Bureau, Äthiopien

AGENDA, Südafrika

Africa Information Afrique, Simbabwe

Association for the Promotion of Girl's and Women's Advancement, Gambia

Association of Westafrican Young Writers, Nigeria

Center of Excellence for Literacy and Literacy Education, Nigeria

Centre for Democracy and Development, Nigeria

Centre for Women Studies and Intervention, Nigeria

Civil Liberties Organization, Nigeria

Civil Resource Development & Documentation Centre, Nigeria

Community Action for Popular Participation, Nigeria

Community Development Foundation, Nigeria

Community Technology Development Trust, Simbabwe

Democratic Alternative, Nigeria

EARTHLIFE AFRICA, Südafrika

EARTHLIFE AFRICA, Namibia

Environmental Monitoring Group, Südafrika

Environmentalists Society, Sudan

Film Resource Unit, Südafrika

FONSAG, Botswana

Forum for Environment, Äthiopien

Forum for the Future, Namibia

Freedom of Expression Institute, Südafrika

Gender and Development Action, Nigeria
Green Belt Movement, Kenia
Group for Environmental Monitoring, Südafrika
Khanya College, Südafrika
HUNDEE, Äthiopien
Institute for the Advancement of Journalism, Südafrika
IUCN The World Conversation Union, Südafrika
ISIS – Women's International Cross-Cultural Exchange, Uganda
The League of Human Rights, Nigeria
Men for Change, Südafrika
Media Institute of Southern Africa, Namibia
Ministry of Pasture and Environment, Rep. of Somaliland
NAGAAD, Women NGO Umbrella Organization, Rep. of Somaliland
Nigerian Book Foundation, Nigeria
NISAA Institute for Women's Development, Südafrika
Nordic SADC Journalism Centre, Mosambik
Panos, Äthiopien
Project Democracy, Nigeria
Self-Employed Women's Union, Südafrika
Sister Namibia, Namibia
Shelter Rights Initiative, Nigeria
SOS – Femmes, Mauritius
The Umtapo Centre, Südafrika
Tigray Education Bureau, Äthiopien
WIN – Women in Nigeria, Nigeria
Women's Association of Tigray, Äthiopien
Women's Media Watch, Südafrika
Zimbabwe Women's Resource Centre and Network, Simbabwe

Alternative Energy Project for Sustainability (AEPS), Thailand
Asia Pacific Forum on Women Law and Development (APWLD), Thailand
Asian Regional Exchange for New Alternatives (ARENA), Hong Kong
Association of Nuns and Laywomen of Cambodia (ANLWC), Kambodscha
Aurat Foundation, Pakistan
Bangladesh Institute of Theatre Arts (BITA), Bangladesch
Bangladesh Nari Progati Sangha (BNPS), Bangladesch
Buddhist Institute (BI), Kambodscha
Cambodian Institute for Cooperation and Peace (CICP), Kambodscha
Center for Ecological Economies (CEE), Thailand
Center for Science and Environment, Indien
Development Alternative with Women for a New Era (DAWN), SEA Region, Philippinen
Diverse Women for Diversity, Indien
Environmental Training Center Project (ETC), Thailand
Global Alliance Against Traffic in Women (GAATW), Thailand
Norbulingka Buddhist Cultural Institute, Mongolei
Pesticide Legal Action Network Thailand (PLANT), Thailand
Project for Ecological Recovery (PER), Thailand
Public Interest Research Centre, Indien

ASIEN

Roots for Equity, Pakistan
Royal University of Phnom Penh (RUPP), Kambodscha
Sakyadhita, Sri Lanka
Shirkat Gah, Pakistan
Takhleeq Foundation, Pakistan
Thai Volunteer Service (TVS), Thailand
The Maple Women's Psychological Counseling Centre, China
Tibet Heritage Fund, China
Tibetan Centre for Human Rights and Democracy (TCHRD), Indien
Tibetan Institute of Performing Arts (TIPA), Indien
Tibetan Nuns Project, Indien
Tibetan Supreme Justice Commission (TSJC), Indien
Tribal Women Welfare Association (TWWA), Pakistan
Women's Development Collective (WDC), Malaysia
Women's Studies Centre (WSC), Thailand

EUROPA

AG für Energie: Romanian Working Group on Energy, Rumänien
AG für Landwirtschaft: Romanian Working Group on Agriculture, Rumänien
AG für Verkehr: Romanian Working Group on Sustainable Transport, Rumänien
„Aspekt“ – Bildungs- und Informationszentrum für Frauen, Slowakische Republik
Biokultúra, Ungarn
Bürgervereinigung Fondoko, Bosnien-Herzegowina
Bürgervereinigung „Ji“, Ukraine
Ekoland, Polen
Ekoniva, Russische Föderation
Energia Klub Budapest, Ungarn
Frauen in Schwarz, BR Jugoslawien
Frauenbildungs- und Informationszentrum Tbilissi, Georgien
Fraueninnovationsprojekt ZhIP „Ost-West“, Russische Föderation
Frauenstiftung eFKa – Frauenberatungs- und Informationszentrum Krakau, Polen
Frauzentrum Krona, Ukraine
FWIE – Fundacja Wspierania Inicjatyw Ekologicznych (Stiftung zur Förderung von Umweltinitiativen), Polen
Gemeinwesenzentrum St. Petersburg, Russische Föderation
Georgian Green Movement, Georgien
Green Action, Kroatien
Hnuti DUHA Tschechien, (Friends of the Earth Czech Republic), Tschechische Republik
Kaukasisches Haus Tbilisi, Georgien
Kharkiv Human Rights Protecting Group, Ukraine
Kreis 99, Bosnien-Herzegowina
Liga pro Europa, Rumänien
Memorial, Russische Föderation
„Mikuszewo“ Deutsch-Polnische Begegnungsstätte, Polen
Ökologische Baikal-Welle Irkutsk, Russische Föderation
Ökologischer Presse- und Informationsdienst Ave-Info, Nishni Nowgorod, Russische Föderation
Partners for Democratic Change Georgia, Georgien
Polnische Gesellschaft für Abfallmanagement, Polen
PRO-BIO, Tschechische Republik

ProFem – Beratungszentrum für Frauen, Tschechische Republik
PSF (Polnische Feministische Gesellschaft) – Frauenkultur- und Bildungszentrum Warschau, Polen
Republika, BR Jugoslawien
St. Petersburger Zentrum für Gender-Studien, Russische Föderation
St. Petersburger Zentrum für unabhängige soziologische Forschungen, Russische Föderation
Ukrainian Energy Brigades (Ecoclub Rivne), Ukraine
„Woman Studies Center“, BR Jugoslawien
„Zeleni-Neretva“, Konjic (Grüne Neretva), Bosnien-Herzegowina
Zentrum für Gender Studies, Tschechische Republik
Zentrum für unabhängige Rechtsstudien (CUPS), BR Jugoslawien

Asociación de Desarrollo Municipal (ADM), Nicaragua
Asociación de Mujeres Rurales (ASMUR), El Salvador
Asociación Pro Derechos Humanos (APRODEH), Peru
Associação Regional de Convivência com a Seca (ARCAS), Brasilien
Caribbean Association for Feminist Research & Action (CAFRA), Trinidad und Tobago
Casa por la Identidad de las Mujeres Afro – IDENTIDAD, Dominikanische Republik
Centro de Asesoría Laboral del Perú (CEDAL), Peru
Centro para la Defensa del Consumidor (CDC), El Salvador
Centro de Encuentros, Cultura y Mujer (CECYM), Argentinien
Centro para Estudios y Formación (CEFA), Panama
Centro Humboldt, Nicaragua
Centro de la Mujer Peruana Flora Tristán (CMPFT), Peru
Centro Nacional Salud, Ambiente y Trabajo (CENSAT) „Agua Viva“, Kolumbien
Colectiva Mujer y Salud, Dominikanische Republik
Comunicación e Información de la Mujer (CIMAC), Mexiko
Confederación de Trabajadores de la Educación de la República Argentina (CTERA), Argentinien
Coordinadora de Mujeres del Cibao (CMC), Dominikanische Republik
Corporación Viva La Ciudadanía, Kolumbien
Cotidiano Mujer, Uruguay
CRIOLA, Brasilien
Equidad de Género: Ciudadanía, Trabajo y Familia A. C., Mexiko
Federação de Órgãos para Assistência Social e Educacional (FASE), Brasilien
Foro Boliviano sobre Medio Ambiente y Desarrollo (FOBOMADE), Bolivien
Fundación Foro Nacional por Colombia, Kolumbien
Fundación Instituto de la Mujer, Chile
Fundación Río Lempa (FUNDALEMPA), El Salvador
Instituto Brasileiro de Análises Sociais e Econômicas (Ibase), Brasilien
Instituto para la Cultura y la Autogestión Popular de la Región Noroeste (INCAP), Dominikanische Republik
Instituto de Ecología Política (IEP), Chile
Instituto de Estudo Sócio-Econômicos (INESC), Brasilien
Instituto de Estudos da Religião (ISER), Brasilien
Investigación Social y Asesoramiento Legal Potosí (ISALP), Bolivien
ISIS Internacional, Chile
MAMA, Brasilien
Milenio Feminista, Mexiko
Movimiento pro Emancipación de la Mujer Chilena (MEMCH), Chile

LATEINAMERIKA

Movimento das Mulheres do Nordeste Paraense (MMNEPA), Brasilien
Red de Ecología Social (REDES) – Amigos de la Tierra, Uruguay
Red de Educación Popular entre Mujeres de América Latina y El Caribe (REPEM), Uruguay
REDEH/Cemina, Brasilien
Red Mexicana de Acción frente al Libre Comercio (RMALC), Mexiko
Sempreviva Organização Feminista (SOF), Brasilien
SOBREVIVENCIA Amigos de la Tierra, Paraguay
Sociedade Paraense de Defesa dos Direitos humanos (SDDH), Brasilien
SOS-Corpo, Brasilien

**NAHER OSTEN
UND TÜRKEI**

Al Muwatin, Palästinensische Autonomiegebiete
Arab NGO Network of Environment and Development (RAED), Ägypten
Arab Youth Center, Palästinensische Autonomiegebiete
Ashtar, Palästinensische Autonomiegebiete
Beirut Center for Human Rights, Libanon
Centre d'Ecoute et d'Orientalion pour Femmes Agressées, Marokko
Centre d'Ecoute pour femmes victimes de violence, Tunesien
EL-Nadim Center for Management and Rehabilitation of Victims of Violence, Ägypten
Fondation Zakoura, Marokko
Friends School Ramallah, Palästinensische Autonomiegebiete
Kav La'Oved, Israel
Kol Ha'Isha, Israel
Popular Art Center, Palästinensische Autonomiegebiete
Radiojournalismus, Bir Zeit Universität, Palästinensische Autonomiegebiete
Salama Moussa, Verein für Bildung und Entwicklung, Ägypten
SIGI Sisterhood is Global Institute, Jordanien
Solidarité Féminine, Marokko
SOS Femmes en Détresse, Algerien
Transparency Maroc, Marokko
Transparency Libanon, Libanon
*Women's Empowerment Project (WEP), Gaza Community Mental Health Program,
Palästinensische Autonome Gebiete*
Women's Studies Center (WSC), Israel

INTERNATIONAL

International Feminist Magazine LOLApress, Berlin, Montevideo, Johannesburg u.a.
*Asiatisch-Europäisches Austausch- und Dialogprogramm zu alternativen Politikstrategien in Asien
(ASED)*

GREMIEN

Stand: Juni 2002

MITGLIEDERVERSAMMLUNG Margarete Bause, Lukas Beckmann, Dr. Mechthild Bereswill, Maren Bock, Viktor Böll, Dr. Barbara Böttger, Reinhard Bütikofer, Helga Flores Trejo, Dr. Gernot Folkers, Jürgen Gneiting, Katrin Göring-Eckardt, Winfried Hammann, Monika Hantschick, Dr. Cilja Harders, Annette Hecker, Antje Hermenau, Dorothea Höck, Georg Hörnschemeyer, Willi Hoss, Irmgard Jochum, Dr. Angelika Köster-Loßack, Ali Kuhlmann, Uta Leichsenring, Kordula Leites, Reinhold Mau, Christoph Meertens, Brigitte Moritz, Christiane Overkamp, Cem Özdemir, Dr. Pino Olbrich, Dr. Lothar Probst, Gabriele Rosenbaum, Heide Rühle, Jörg Sauskat, Dirk Scheelje, Christine Scherer, M. Max Schön, Kristina Steenbock, Dr. Tine Stein, Edda Stelck, Gerda Stuchlik, Malti Taneja, Elisabeth von Thadden, Alena Wagnerova-Köhler, Henriette Wägerle, Dr. Elisabeth Weber, Reinhard Weißhuhn, Dr. Christine von Weizsäcker, Volker Wiedersberg

AUFSICHTSRAT Reinhard Bütikofer, Gregor Enste, Helga Flores-Trejo, Jürgen Gneiting, Antje Hermenau, Christoph Meertens, Gabriele Tellenbach

FRAUENRAT Dr. Mechthild Bereswill, Maria Brosch, Dr. Rachel M. Herweg, Jeanett Kipka, Dörte Mierau, Irene Reifenhäuser, Gabriele Rosenbaum, Aysel Safak, Alena Wagnerova-Köhler

KOORDINATIONSGREMIUM DES FÖRDERKREISES Christian Holtgreve, Mechthild M. Jansen, Eva Quistorp, Edda Stelck

MITGLIEDER GRÜNE AKADEMIE Dr. Gabriele Abels, Prof. Dr. Marie-Theres Albert, Biggi Bender, Dr. Mechthild Bereswill, Marianne BIRTHLER, Prof. Dr. Angelo Bolaffi, Prof. Dr. Christina von Braun, Prof. Dr. Claudia von Braunmühl, Prof. Dr. Hubertus Buchstein, Prof. Dr. Thomas Christaller, Prof. Dr. Wolfgang Coy, Prof. Dr. Michael Daxner, Dr. Simone Dietz, Andrea Fischer, Ralf Fücks, Karsten Gerlof, Prof. Dr. Arnim von Gleich, Adrienne Göhler, Dr. Sigrid Graumann, Prof. Dr. L. Horst Grimme, Prof. Dr. Boris Groys, Prof. Dr. Hariolf Grupp, Rebecca Harms, Dr. Jeanette Hofmann, Dr. Otto Kallscheuer, Dr. Manuel Kiper, Dr. Cornelia Klinger, Prof. Dr. Rainer Kuhlen, Dr. Rainer Land, Dr. Reinhard Loske, Dr. Willfried Maier, Dr. Joan Martinez-Alier, Dr. Hendrik Milting, Johannes Moes, Prof. Dr. Frank Nullmeier, Prof. Dr. U. K. Preuß, Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher, Dr. Shalini Randeria, Prof. Dr. Jens Reich, Ulrike Riedel, Prof. Dr. Raúl Rojas, Prof. Dr. Arno Rolf, Krista Sager, Prof. Dr. Thomas Saretzki, Prof. Dr. Birgit Sauer, Joscha Schmierer, Peter Siller, Dr. Tine Stein, Rena Tangens, Dr. Beatrix Tappesser, Wolfgang Templin, Ellen Ueberschär, Dr. Wolfgang Ullmann, Sybille Volkholz, Prof. Dr. Harald Wagner, Dr. Frieder Otto Wolf.

MITGLIEDER DES KURATORIUMS DES FEMINISTISCHEN INSTITUTS Dr. Delal Atmaca, Dr. Mechthild Bereswill, Juliane Freifrau von Friesen, Adrienne Goehler, Renate Künast, Dr. Claudia Neusüß, Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel, Prof. Margery Resnick, Viola Roggenkamp, Claudia Roth, Barbara Unmüßig, Alena Wagnerova, Gitti Hentschel (Koordinatorin)

FACHBEIRAT MITTEL-, SÜDOST-EUROPA Prof. Dr. Wolfgang Eichwede, Eva Feldmann, Dr. Helmut Lippelt, Ludwig Mehlhorn, Sonja Schelper, Elisabeth Schroedter, Theresa Tarassova, Dr. Elisabeth Weber, Esther von Weizsäcker, Ljubljana Wüstenhube-Romanova

FACHBEIRAT STUDIENWERK Tanja Berg, Prof. Dr. Micha Brumlik, Prof. Dr. Gudrun Ehlert, Prof. Dr. Gert Jannsen, Prof. Dr. Sabine Kiel, Sonja Schreiner, Johannes Moes, Charlotte Karibuhoye

FACHBEIRAT SÜD Marianne Dallmer, Dr. Karamba Diaby, Bernhard von Grünberg, Christine M. Merkel, Prof. Dr. Klaus Meschkat, Dr. Wolfgang Sachs, Wolfgang Schmitt, Corry Szanthy von Radnoth, Hilda von Krosigk

FACHBEIRAT WEST Rainer Emschermann, Prof. Dr. Margit Mayer, Edith Müller, Heide Rühle, Dr. Frithjof Schmidt, Joscha Schmierer, Dr. Albert Statz

FACHKOMMISSION ARBEIT UND SOZIALES Dr. Susanne Angerhausen, Holger Backhaus-Maul, Dr. Peter Bleses, Andreas Brandhorst, Ute Brümmer, Herbert Düll, Dr. Thomas Gebhardt, Dr. Gisela Jakob, Dr. Irene Kühnlein, Dr. Eva Mädje, Prof. Dr. Frank Nullmeier, Prof. Dr. Thomas Oik, Prof. Dr. Michael Opielka, Dr. Lothar Probst, Dr. Dita Vogel, Prof. Dr. Margherita Zander

FACHKOMMISSION BILDUNG Prof. Dr. Gerd de Haan, Dr. Warnfried Dettling, Prof. Dr. Wolfgang Edelstein, Herbert Höngsberger, Reinhard Kahl, Undine Kurth, Elizabeth Neswald, Prof. Dr. Jens Reich, Cornelia Stern, Volkmar Strauch, Dr. Dieter Wunder, Sybille Volkholz (Koordinatorin)

FACHKOMMISSION KULTURPOLITIK Hajo Cornel, Eckhart Gillen, Dr. Albrecht Göschel, Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba, Dr. Dorothea Kolland, Dr. Jochen Spielmann, Dr. Thomas Strittmatter, Dr. Helga Trüpel, Bernd Wagner

FACHKOMMISSION MIGRATION Almuth Berger, Hartwig Berger, Judy Gummich, Ulrike Hemberger, Mark Holzberger, Dr. Annitta Kalpaka, Filiz Karsligil, Memet Kilic, Bernd Knopf, Prof. Dr. Rainer Münz, Özcan Mutlu, Eka Neumann, Frank Osterland, Adil Oyan, Cem Özdemir, Günter Piening, Wolfgang Richter, Birgit Rommelspacher, Malti Taneja, Prof. Monika Treber, Czarina Wilpert

FINANZEN UND PERSONAL
BILANZ
ZUM 31. DEZEMBER 2000

		VORJAHR
AKTIVA		
ANLAGEVERMÖGEN		
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	92.777,66	
geleistete Anzahlungen, zuwendungsfinanziert	0,00	50.000,00
Sachanlagen		
Grundstücke, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken, zuwendungsfinanziert	204.721,00	4.325,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung, zuwendungsfinanziert	1.278.614,00	1.458.113,55
Betriebs- und Geschäftsausstattung, Verein	9.110,00	10.820,00
geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau, zuwendungsfinanziert	3.095.207,11	0,00
Finanzanlagen		
Kautionen	2.461,99	3.890,76
Genossenschaftsanteile	0,00	30,00
UMLAUFVERMÖGEN		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
Sonstige Vermögensgegenstände	271.078,96	595.439,45
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	8.009.417,80	5.846.866,83
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	83.319,46	308.752,52
Summe	13.046.707,98	8.278.238,11

		VORJAHR
PASSIVA		
VEREINSVERMÖGEN		
Vereinsvermögen zum 01.01.2000	544.366,96	232.257,08
Jahresergebnis	-406.128,25	312.109,88
SONDERPOSTEN MIT RÜCKLAGEANTEIL		
Sonderposten aus Zuwendungen zum Anlagevermögen	4.671.319,77	1.512.438,55
Sonderposten aus Zuwendungen zu Kautionen	2.461,99	3.800,00
VERBINDLICHKEITEN		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	185.913,18	170.648,81
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	638.280,85	1.543.037,65
Verbindlichkeiten gegenüber Projektpartnern		
aus BMZ-Mitteln	4.894.700,03	2.559.145,88
aus AA-Mitteln	258.329,54	198.565,60
aus BMA-Mitteln (i. Vj. BMI-Mittel)	129.179,00	10.407,42
Verbindlichkeiten gegenüber Zuwendungsgebern		
gegenüber dem BMZ	175.198,20	539.410,17
gegenüber dem AA	161.229,07	147.992,78
gegenüber dem BMA (i. Vj. BMI)	18.535,45	0,00
gegenüber dem BMBF	0,00	100.000,00
Sonstige Verbindlichkeiten	787.311,58	778.303,48
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
BMBF	986.010,61	170.120,81
Summe	13.046.707,98	8.278.238,11

FINANZEN UND PERSONAL
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2000

		VORJAHR
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG		
Erträge Globalmittelhaushalt	29.045.237,39	25.706.107,41
Erträge anderer Zuwendungsbereiche	43.911.797,05	41.786.893,76
Summe der Erträge	72.957.034,44	67.493.001,17
Personalaufwand	13.832.100,76	13.039.703,43
Sächliche Verwaltungskosten	5.312.816,91	5.616.188,88
Investitionen	3.558.160,31	381.936,71
Fachausgaben bezogen auf die Globalmittel des BVA (i. Vj. BMI)	2.177.516,87	2.799.441,12
Weiterleitung von Zuwendungen aus dem Globalmittelhaushalt	4.164.822,83	3.868.997,69
Fachausgaben bezogen auf die anderen Zuwendungen	8.985.020,33	8.089.684,45
Weiterleitung von BMZ Projektmitteln	34.926.776,72	33.697.209,31
Summe der Aufwendungen	72.957.214,73	67.493.161,59
Zwischenergebnis	-180,29	-160,42
Vereinserträge	1.143.986,74	1.278.158,63
Vereinsaufwendungen	1.549.934,70	965.888,33
Vereinsergebnis	-405.947,96	312.270,30
Jahresfehlbetrag/überschuß	-406.128,25	312.109,88

PERSONAL

Insgesamt waren zum 31.12.2001 198 Personen (davon 32 studentische Aushilfen o.ä.) bei der Heinrich-Böll-Stiftung beschäftigt - und zwar 177 im Inland und 21 im Ausland. Von den 198 Beschäftigten waren 141 Frauen und 57 Männer, wiederum 37 Migrantinnen bzw. Migranten. 84 Stellen waren Teilzeitstellen.

FINANZEN UND PERSONAL VORLÄUFIGE GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2001

		VORJAHR
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG		
Erträge Globalmittelhaushalt	26.424.623,14	29.045.237,39
Erträge anderer Zuwendungsbereiche	43.781.648,88	43.911.797,05
Summe der Erträge	70.206.272,02	72.957.034,44
Personalaufwand	13.673.904,72	13.832.100,76
Sächliche Verwaltungskosten	5.664.884,94	5.312.816,91
Investitionen	1.092.690,87	3.558.160,31
Fachausgaben bezogen auf die Globalmittel des BVA	1.928.535,50	2.177.516,87
Weiterleitung von Zuwendungen aus dem Globalmittelhaushalt	4.064.638,87	4.164.822,83
Fachausgaben bezogen auf die anderen Zuwendungen	9.173.821,14	8.985.020,33
Weiterleitung von BMZ Projektmitteln	34.607.827,74	34.926.776,72
Summe der Aufwendungen	70.206.303,78	72.957.214,73
Zwischenergebnis	-31,76	-180,29
Vereinserträge	1.036.588,95	1.143.986,74
Vereinsaufwendungen	1.063.753,06	1.549.934,70
Vereinsergebnis	-27.164,11	-405.947,96
Jahresfehlbetrag/überschuß	-27.195,87	-406.128,25

ANMERKUNGEN

Die der Heinrich-Böll-Stiftung zustehenden Baumittel des Bundesministeriums des Inneren werden für den neuen Standort des Archivs Grünes Gedächtnis verwendet.

Über die Ausgaben legt die Heinrich-Böll-Stiftung jährlich öffentlich Rechenschaft ab. Bundesministerien, Rechnungshof und Wirtschaftsprüfer kontrollieren die sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Mittel.

FINANZEN UND PERSONAL
VORLÄUFIGE BILANZ
ZUM 31. DEZEMBER 2001
VORJAHR
AKTIVA
ANLAGEVERMÖGEN
Immaterielle Vermögensgegenstände

Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	248.034,23	92.777,66
geleistete Anzahlungen, zuwendungsfinanziert	0,00	0,00

Sachanlagen

Grundstücke, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken, zuwendungsfinanziert	3.927.425,00	204.721,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung, zuwendungsfinanziert	1.968.320,00	1.278.614,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung, Verein	7.400,00	9.110,00
geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau, zuwendungsfinanziert	0,00	3.095.207,11

Finanzanlagen

Kautionen	2.542,00	2.461,99
Genossenschaftsanteile	0,00	0,00

UMLAUFVERMÖGEN

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	203.299,97	271.078,96
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	3.969.898,95	8.009.417,80

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

	42.178,21	83.319,46
--	-----------	-----------

Summe	10.369.098,36	13.046.707,98
--------------	----------------------	----------------------

		VORJAHR
PASSIVA		
VEREINSVERMÖGEN		
Vereinsvermögen zum 01.01.2001	138.238,71	544.366,96
Jahresergebnis	-27.195,87	-406.128,25
SONDERPOSTEN MIT RÜCKLAGEANTEIL		
Sonderposten aus Zuwendungen zum Anlagevermögen	5.584.405,39	4.671.319,77
Sonderposten aus Zuwendungen zu Kautionen	2.542,00	2.461,99
VERBINDLICHKEITEN		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	157.291,75	185.913,18
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.202.821,27	638.280,85
Verbindlichkeiten gegenüber Projektpartnern		
aus BMZ-Mitteln	570.853,89	4.894.700,03
aus AA-Mitteln	229.254,87	258.329,54
aus BVA-Mitteln	0,00	129.179,00
Verbindlichkeiten gegenüber Zuwendungsgebern		
gegenüber EU	382.720,43	0,00
gegenüber dem BMZ	153.195,17	175.198,20
gegenüber dem AA	186.328,90	161.229,07
gegenüber dem BVA	0,00	18.535,45
Sonstige Verbindlichkeiten	677.927,85	787.311,58
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
gegenüber EU	66.021,43	117.448,80
gegenüber dem BMBF	23.791,18	112.918,82
gegenüber dem BMZ	20.901,39	750.000,00
gegenüber sonstigen	0,00	5.642,99
Summe	10.369.098,36	13.046.707,98

ADRESSEN

Stand: Juli 2001

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel.: 030-285340, Fax: 030-28534109
E-mail: info@boell.de, Internet: www.boell.de

ARCHIV GRÜNES GEDÄCHTNIS

Eldenaerstr. 35, Gebäude 34,
10247 Berlin
Tel.: 030-28534-260, Fax: 030-28534-5260
E-mail: archiv@boell.de

DIE LANDESSTIFTUNGEN DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

Rieckestr. 26, 70190 Stuttgart
Tel.: 0711-26339410, Fax: 0711-26339419
E-Mail: info@boell-ba-wue.de, Internet: www.boell-ba-wue.de

PETRA-KELLY-STIFTUNG – BILDUNGSWERK FÜR DEMOKRATIE UND ÖKOLOGIE IN BAYERN E.V.

Reichenbachstr. 3a, 80469 München
Tel.: 089-24226730, Fax: 089-24226747
E-Mail: info@petra-kelly-stiftung.de, Internet: www.petra-kelly-stiftung.de

BILDUNGSWERK BERLIN DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG E.V.

Kottbusser Damm 72, 10967 Berlin
Tel.: 030-6126074 Fax: 030-6183011
E-Mail: info@bildungswerk-boell.de, Internet: www.bildungswerk-boell.de

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG BRANDENBURG – WERKSTATT FÜR POLITISCHE BILDUNG E.V.

Charlottenstr. 30, 14467 Potsdam
Tel.: 0331-2800786, Fax: 0331-292092
E-Mail: info@boell-brandenburg.de, Internet: www.boell-brandenburg.de

BILDUNGSWERK UMWELT UND KULTUR IN DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Plantage 13, 28215 Bremen
Tel.: 0421-352368 Fax: 0421-352389
E-Mail: ruedel.boell@t-online.de, Internet: www.boell-bremen.de

UMDENKEN – POLITISCHES BILDUNGSWERK – HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG HAMBURG

Max-Brauer-Allee 116, 22765 Hamburg
Tel.: 040-3895270, Fax: 040-3809362
E-Mail: umdenken@t-online.de, Internet: www.umdenken-boell.de

HESSISCHE GESELLSCHAFT FÜR DEMOKRATIE UND ÖKOLOGIE E.V.

Niddastr. 64, 60329 Frankfurt a. M.
Tel.: 069-231090, Fax: 069-239478
E-Mail: info@hgdoe.de, Internet: www.hgdoe.de

BILDUNGSWERK MECKLENBURG-VORPOMMERN IN DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Mühlenstr. 9, 18055 Rostock
Tel.: 0381-4922184 Fax: 0381-4922156
E-Mail: boell.m-v@flix.de, Internet: www.boell-mv.de

STIFTUNG LEBEN UND UMWELT NIEDERSACHSEN

Schuhstr. 4, 30159 Hannover
Tel.: 0511-30185711/12, Fax: 0511-30185714
E-Mail: info@slu.de, Internet: www.slu.info

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG NORDRHEIN-WESTFALEN

Huckarder Str. 12, 44147 Dortmund
Tel.: 0231-9144040, Fax: 0231-91440444
E-Mail: info@boell-nrw.de, Internet: www.boell-nrw.de

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG RHEINLAND-PFALZ

Rhein-Allee 3D, 55116 Mainz
 Tel.: 06131-905260 Fax: 06131-905269
 Hauptstr. 21, 67280 Ebertsheim
 Tel.: 06359-961800, Fax: 06359-961427
 E-Mail: mainz@boell-rlp.de, Internet: www.boell-rlp.de

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG SAAR E.V.

Talstr. 56, 66119 Saarbrücken
 Tel.: 0681-583560, Fax: 0681-583536
 E-Mail: boell.stiftung@t-online.de

BILDUNGSWERK WEITERDENKEN IN DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Schützengasse 18, 01067 Dresden
 Tel.: 0351-4943311, Fax: 0351-4943411
 E-Mail: info@weiterdenken.de, Internet: www.weiterdenken.de

MITWELT - HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG IN SACHSEN-ANHALT E.V.

Neumarktstr. 9, 06108 Halle
 Tel.: 0345-2023927, Fax: 0345-2023928
 E-Mail: hbs.sachsen-anhalt@t-online.de

BILDUNGSWERK „ANDERES LERNEN“ – HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN

Medusastr. 16 24143 Kiel
 Tel.: 0431-9066130, Fax: 0431-9066134
 E-Mail: boell.s.-h@t-online.de, Internet: www.boell-sh.de

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG THÜRINGEN

Trommsdorff Str. 5, 99084 Erfurt
 Tel.: 0361-5553257, Fax: 0361-5553253
 E-Mail: info@boell-thueringen.de, Internet: www.boell-thueringen.de

ARABISCHER NAHER OSTEN

Heinrich Böll Foundation
 Kirsten Maas, Tal az-Zaatar St. 6, Ramallah, P.O. Box 38447, IL-91385 Jerusalem, Palestine
 Tel.: 00972-2-2961121, Fax: 00972-2-2961122
 E-Mail: boell@palnet.com

BOSNIEN-HERZEGOWINA

Fondacija Heinrich Böll
 Azra Dzajic, Cekalusa 42, BIH-71000 Sarajevo
 Tel.: 00387-33-260450, Fax: 00387-33-260460
 E-Mail: h.boell@bih.net.ba

BRASILIEN

Fundação Heinrich Böll
 Karin Urschel, Rua da Gloria 190, ap. 701, 2024 1180 Rio de Janeiro – Gloria
 Tel.: 0055-21-3852 1104, Fax: 0055-21-3852 1104
 E-mail: boell@boell.org.br

EL SALVADOR

Fundación Heinrich Böll
 Silke Helfrich, Residencial Zanzíbar, Pasaje A-Oriente No.24, San Salvador
 Tel.: 00503-2746812, Fax: 00503-2746932
 E-Mail: boell.direccion@integra.com.sv

EUROPÄISCHE UNION / BELGIEN

Heinrich Böll Foundation
 Claude Weinber/Günter Chodzinski, 28, rue le Titien, B-1000 Bruxelles
 Tel.: 0032-2-7434100, Fax: 0032-2-7434109
 E-Mail: brussels@boell.de, Internet: www.boell.be

INDIEN

Heinrich Boell Foundation
 Mr. Mukul Sharma, C – 4/5, Second Floor, Safdargunj Development Area, New Delhi 110016
 Tel.: 00 91-11-6854405, Fax: 00 91-11-6516695
 E-Mail: mukul@hbsasia.org

**DIE BÜROS
DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG
IM AUSLAND**

ISRAEL

Heinrich Böll Foundation
 Julia Scherf, Nachlat Binjamin 24, IL-65162 Tel Aviv
 Tel.: 00972-3-5167734, Fax: 00972-3-5167689
 E-Mail: hbstl@boell.org

KAMBODSCHA

Heinrich Böll Foundation
 Hema Goonatilake, Sothearos Street, Unnalom Pagoda, P.O. Box 1436, Phnom Penh
 Tel.: 00855-23-210535, Fax: 00855-23-216482
 E-Mail: hbf@camnet.com.kh, Internet: www.hbfasia.org

KENIA

Heinrich Böll Foundation
 Asghedech Ghirmazion, Forest Road, P.O. Box 10799-00100, GPO Nairobi
 Tel.: 00254-2-3744227 / 3750329, Fax: 00254-2-3749132
 E-Mail: nairobi@hbfa.com

NIGERIA

Heinrich Böll Foundation
 Dr. Axel Harneit-Sievers, 9b, Omo Osagie St., S.W. Ikoyi, Lagos, Nigeria
 Tel: 00234-1-4721465
 E-Mail: hbf_harneit@micro.com.ng

PAKISTAN

Heinrich Böll Foundation
 Dr. Angelika Köster-Loßack (ab 01.11.2002), 76-B, Nisar Road, Lahore Cantt.-54800
 Tel.: 0092-42-6666322, Fax: 0092-42-6664899
 E-Mail: angelika@hbsasia.org, Internet: www.hbfasia.org

POLEN

Fundacja Heinricha Bölla
 Agnieszka Rochon, ul. Podwale Nr. 13, 00-252 Warszawa
 Tel. 0048-22-831 6356, Fax 0048-22-635 7923
 E-Mail: boell@mak.com.pl

RUSSLAND

Heinrich-Böll-Stiftung
 Jens Siegert, Grunsinskij Pereulok 3-230, RU-123056 Moskau
 Tel.: 007-095-935 8015, Fax: 007-095-935 8016
 E-Mail: info@online.ru, Internet: www.boell.ru

SÜDAFRIKA

Heinrich Böll Foundation
 Stefan Cramer, 43 Tyrwhitt Avenue, Melrose 2196 / P.O. Box 2472, Saxonworld 2132, South Africa
 Tel: 0027-11-447 8500, Fax: 0027-11-447 4418
 E-Mail: hbssa@wn.apc.org

THAILAND

Heinrich Böll Foundation
 Dr. Heike Löschmann, 91/9 Umong Soi 5, Tambon Suteh, Muang, 50200 Chiang Mai
 Tel: 0066-53-810430, Fax: 0066-53-810124
 E-Mail: heike@hbsasia.org, Internet: www.hbfasia.org

TSCHECHIEN

Nadace Heinricha Bölla
 Milan Horacek, Barrandovska 1, CZ-15200 Praha 5
 Tel.: 00420-2-581-4173, Fax: 00420-2-581 4174
 E-Mail: boell@mbox.vol.cz

TÜRKEI

Heinrich-Böll-Vakfi
 Fügen Ugur, İnönü Cad. Hacı Hanim Sok, No. 10/12, Keresteci Apt., TR-80090 Gümüssuyu - Istanbul
 Tel.: 0090-212-2491554, Fax: 0090-212-2450430
 E-Mail: hbsist@superonline.com

USA

Heinrich Böll Foundation
 Sascha Müller-Kraenner, Chelsea Gardens, 1638 R Street, NW, Suite 120, USA-20009 Washington, DC
 Tel.: 001-202-4627512, Fax: 001-202-4625230
 E-Mail: info@boell.org, Internet: www.boell.org

ORGANIGRAMM HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG E.V.

Hackesche Höfe, Rosenthaler Straße 40/41, 10178 Berlin
 Telefon: 030 – 2853 40, Fax: 030 – 2853 4109
 E-mail: info@boell.de, Internet: www.boell.de

Die mit einer dunklen Linie verbundenen Felder bezeichnen ehrenamtliche Gremien der Heinrich-Böll-Stiftung



Frauenrat Förderkreis Grüne Akademie Kuratorium des Feministischen Instituts	Fachbeirat Studienwerk Fachbeirat Mittel-, Süd-, Osteuropa Fachbeirat Süd Fachbeirat West	Fachkommission Arbeit und Soziales Fachkommission Bildung Fachkommission Kulturpolitik Fachkommission Migration
---	--	--

VORSTANDBÜRO 030-285 34 110	PERSONALABTEILUNG 030-285 34 160	INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT 030-285 34 300	FEMINISTISCHES INSTITUT 030-285 34 122
GESCHÄFTSFÜHRUNG 030-285 34 114	HAUSHALT UND FINANZEN 030-285 34 141	POLITISCHE BILDUNG 030-285 34 230	GRÜNE AKADEMIE 030-285 34 121
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT 030-285 34 200	CONTROLLING 030-285 34 155	ARCHIV „GRÜNES GEDÄCHTNIS“ 030-285 34 260	GEMEINSCHAFTSAUFGABE GESCHLECHTERDEMOKRATIE 030-285 34 181
GREMIEN UND FUNDRAISING 030-285 34 112	IT-SYSTEME/TECHN. DIENSTE 030-285 34 170	STUDIENWERK 030-285 34 400	GEMEINSCHAFTSAUFGABE MIGRATION 030-285 34 242

PROGRAMMTEAMS				
Zukunftsfähige Entwicklung	Zeitgeschichte/Demokratie	Bildung und Wissenschaft	Kunst und Kultur	Neue Medien

Heinrich-Böll-Stiftung 0711 – 2633 9410 Baden-Württemberg	Petra-Kelly-Stiftung 089 – 2422 6730 Bayern	Bildungswerk Berlin 030 – 612 6074 Berlin	Heinrich-Böll-Stiftung 0331 – 280 0786 Brandenburg	Bildungswerk Umwelt und Kultur 0421 – 352 368 Bremen	umdenken – Politisches Bildungswerk 040 – 3895270 Hamburg	Hessische Gesellschaft für Demokratie und Ökologie 069 – 231090	Bildungswerk M.-V. 0381 – 4922184 Mecklenburg- und Vorpommern
Stiftung Leben und Umwelt 0511 – 30185711 Niedersachsen	Heinrich-Böll-Stiftung 0231 – 914 4040 Nordrhein-Westfalen	Heinrich-Böll-Stiftung 06131 – 905260 Rheinland-Pfalz	Heinrich-Böll-Stiftung 0681 – 583 560 Saarland	Bildungswerk Weiterdenken 0351 – 4943311 Sachsen	Mitwelt – Heinrich Böll-Stiftung 0345 – 2023927 Sachsen-Anhalt	Bildungswerk anderes lernen 0431 – 9066130 Schleswig-Holstein	Heinrich-Böll-Stiftung 0361 – 5553257 Thüringen

PUBLIKATIONEN DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

EINE AUSWAHL

Alle Preise zzgl. Versandkosten!
Heinrich-Böll-Stiftung
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Telefon: 030-285340
Fax: 030-28534109
E-mail: info@boell.de
Internet: www.boell.de

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

■ ÖKOLOGIE UND NACHHALTIGKEIT. EINE QUERSCHNITTSSTUDIE ÜBER PROJEKTE DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG IM AUSLAND *Von Theo Mutter, Jochen Töpfer und Christa Wichterich.* Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2002, 368 Seiten, zahlreiche Tabellen und Grafiken, EUR 8,- ISBN 3-927760-40-4

ZEITGESCHICHTE

■ DER BÜNDNIS-FALL. POLITISCHE PERSPEKTIVEN 10 JAHRE NACH GRÜNDUNG DES BÜNDNIS 90 *Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung und Werner Schulz im Edition Temmen Verlag,* Bremen 2001, 201 Seiten, zahlreiche Abbildungen, EUR 12,- ISBN 3-86108-796-0

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

■ IRAN NACH DEN WAHLEN. EIN KONGREß UND SEINE FOLGEN *Mit einer Einführung von Sonia Seddighi und einem Beitrag von Peter Philipp. Übersetzungen: Bahman Nirumand.* Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2001, 268 Seiten, EUR 18,- ISBN 3-89691-506-1

■ MUSLIME IM SÄKULAREN RECHTSSTAAT. NEUE AKTEURE IN KULTUR UND POLITIK *Eine Dokumentation der Hessischen Gesellschaft für Demokratie und Ökologie (HGDÖ), Heinrich-Böll-Stiftung, Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung, Petra-Kelly-Stiftung, Stiftung Leben und Umwelt.* Hrsg. von Thomas Hartmann u. Margret Krannich, Berlin 2001, 128 Seiten, EUR 10 ISBN 3-930832-09-7

GESCHLECHTERDEMOKRATIE UND FEMINISMUS

■ GESCHLECHTERDEMOKRATIE. VIELFALT DER VISIONEN – VISIONEN DER VIELFALT *Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, mit Beiträgen u. a. von Christina Thürmer-Rohr, Jeff Hearn, Jacinta Escudos, Jovan Nolic, Hans-Joachim Lenz, Stefan Etgeton und Katrin Schäfgen,* Berlin 2001, 228 Seiten plus CD mit einer Hörcollage von Alena Wagnerová, EUR 8,- ISBN 3-927760-39-0

SONDERAUSGABE DER REIHE „WORLD SUMMIT PAPERS“

■ DAS JO'BURG-MEMO. ÖKOLOGIE – DIE NEUE FARBE DER GERECHTIGKEIT *Ein Memorandum zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung.* Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2002, 88 Seiten (auch in Englisch erhältlich)

REIHE „TEXTE ZUR EINMISCHUNG“

■ ARGUMENTE FÜR DAS STAKEHOLDING *Von Bruce Ackerman.* Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, *Texte zur Einmischung Nr. 1,* Berlin 2002, 24 Seiten

FÖRDERKREIS

„EINMISCHUNG IST DIE EINZIGE MÖGLICHKEIT, REALISTISCH ZU BLEIBEN“ – HEINRICH BÖLL

Werden Sie Mitglied im Förderkreis der Heinrich-Böll-Stiftung!

Der Förderkreis unterstützt die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung. Er hilft direkt und unbürokratisch Menschen, z. B. politisch bedrängten Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten. Er fördert kulturelle, soziale und humanitäre Projekte, die mit öffentlichen Mitteln nicht finanziert werden können. Die Heinrich-Böll-Stiftung wahrt sich damit Unabhängigkeit in ihrem Handeln. Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen. Die Stiftung ist gemeinnützig. Der Jahresbeitrag für die Mitgliedschaft im Förderkreis beträgt 92€ (für Geringverdienende 46€). Darüber hinaus freuen wir uns auch über einmalige Spenden.

Was bekommen Sie als Mitglied des Förderkreises von uns?

- Informationen über Veranstaltungen und Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung
- den Jahresbericht und das Stiftungsmagazin
- Informationen über die Förderprojekte
- die Einladung zur Jahresversammlung des Förderkreises
- die Einladung zu den Mitgliederversammlungen der Heinrich-Böll-Stiftung
- Einladungen zu besonderen Veranstaltungen, z. B. Besichtigungen von Projekten, und
- wir organisieren für Sie ein- bis zweimal im Jahr eine politische Bildungsreise ins Ausland

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Regine Walch oder Ellen Deuse, Gremienkoordination
 Telefon: 030-285 34-112/-113, Fax: 030-285 34-109
 E-mail: walch@boell.de, deuse@boell.de
 Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 10175 Berlin.
 Aktuelle Informationen über den Förderkreis finden Sie auch auf unserer Homepage www.boell.de

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich unterstütze die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung und erkläre meinen Beitritt zum Förderkreis der Heinrich-Böll-Stiftung als (bitte ankreuzen)

FÖRDERMITGLIED

- mit dem Regelbeitrag von 92€ im Jahr ermäßigt für Geringverdienende auf 46€ oder
- mit dem Förderbeitrag von 123€ im Jahr
- 184€ im Jahr
- 310€ im Jahr
- mit dem Förderbeitrag von €

- Ich trete nicht in den Förderkreis ein, unterstütze aber mit einer einmaligen Spende von €

INSTITUTIONELLES FÖRDERMITGLIED

- mit dem Jahresbeitrag von 92€ im Jahr oder
- reduziert für Basisinitiativen auf 46€

Name

Adresse

Fon, Fax

E-Mail

Datum, Unterschrift

ZAHLUNGSWEISE

- Überweisung:** € habe ich auf die Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Konto-Nr. 307 67 02 überwiesen

- Einzug:** Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir eingetragenen Betrag von € bei Fälligkeit zu Lasten meines Girokontos einzuziehen.

Bank

Konto-Nr.

BLZ

Datum

Unterschrift



An die Heinrich-Böll-Stiftung
Förderkreis
Regine Walch
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin

- BEITRITTSERKLÄRUNG ZUM FÖRDERKREIS
DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG
- ICH MÖCHTE NUR INFORMATIONEN
ÜBER DEN FÖRDERKREIS

